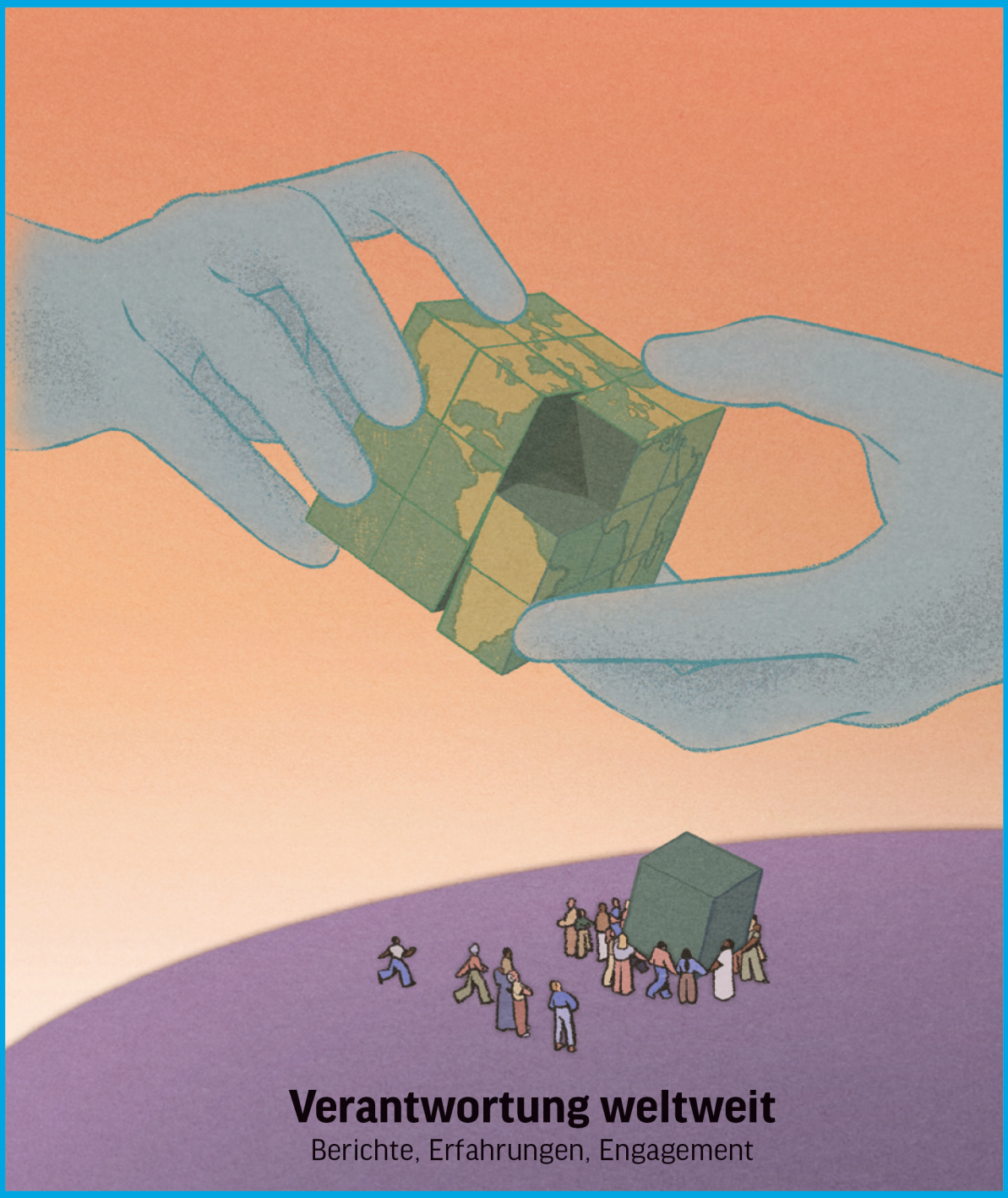
Januar/Februar 2020 Sonderbeilage

INTERNATIONALE POLITIK

Mercator Kolleg 2019



Verantwortung weltweit

Berichte, Erfahrungen, Engagement

EUROPA. INTEGRATION. KLIMAWANDEL. KULTURELLE BILDUNG.

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Dabei konzentriert sie sich darauf, Europa zu stärken, den Bildungserfolg benachteiligter Kinder und Jugendlicher insbesondere mit Migrationshintergrund zu erhöhen, Qualität und Wirkung kultureller Bildung zu verbessern, Klimaschutz voranzutreiben und Wissenschaft zu fördern. Die Stiftung Mercator steht für die Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Als eine führende Stiftung in Deutschland ist sie national wie international tätig. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.

Das Magazin der Stiftung
www.aufruhr-magazin.de

facebook.com/StiftungMercator
twitter.com/MercatorDE
youtube.com/StiftungMercator

www.stiftung-mercator.de

STIFTUNG
MERCATOR

Länderübergreifend handeln

Der Regenwald im Amazonas stand im Sommer 2019 in Flammen. Die Bilder, die um die Welt gingen, haben uns schockiert. Doch nicht alle Probleme der Welt stehen so sehr im Fokus der Öffentlichkeit wie die verheerenden Waldbrände. Schon lange leiden viele Länder unter Wasserknappheit, Hunger und Armut. Politische Instabilität, Kriege und Flüchtlingsströme fordern die Weltgemeinschaft nach wie vor heraus.

Die globalen Probleme sind vielfältig, doch oft nehmen wir sie nur wahr, wenn Aktivistinnen und Aktivisten sowie die Medien Themen entsprechend setzen und Aufmerksamkeit schaffen. Ein positives Beispiel ist die Bewegung „Fridays for Future", der es gelungen ist, die Klimakrise ins Bewusstsein vieler Menschen zu rücken. Dem Engagement der Jugendlichen gibt auch der Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) über Klimawandel und Landsysteme Rückenwind: Er dokumentiert die besorgniserregenden Auswirkungen von Landnutzung und Ernährungsgewohnheiten auf das Klima – und somit auf das Leben auf der Erde. Vor diesem Hintergrund stellt der Bericht die brennende Frage, wie wir immer mehr Menschen ernähren können, ohne unsere Existenzgrundlage zu zerstören.

Das Beispiel des Klimawandels macht deutlich: Viele Herausforderungen verlangen länderübergreifende Maßnahmen. Diese Erfahrung hat auch der 10. Jahrgang des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben gemacht. Junge Menschen aus Deutschland und der Schweiz haben den Blick auf Themen gerichtet, die nicht im Zentrum der medialen Öffentlichkeit stehen: Wie erreicht man ein effektives, global gerechtes Klimarisikomanagement? Wie lassen sich privatwirtschaftliche Strukturen im Maghreb fördern? Welchen Beitrag kann Theater zur Konfliktmediation leisten? Wie kann man die Potenziale von in ihre Heimat zurückgekehrten Migrantinnen und Migranten nutzen? In ganz unterschiedlichen Kontexten und Weltteilen haben sie sich mit relevanten Themen auseinandergesetzt und dabei in internationalen Organisationen, NGOs, Unternehmen und Institutionen gearbeitet.

Die Erkenntnisse der Stipendiatinnen und Stipendiaten sind so vielfältig wie ihre Themen. In dieser Sonderbeilage teilen sie mit Ihnen ihre Erfahrungen. Lassen Sie sich vom Engagement der jungen Autorinnen und Autoren inspirieren. Erfahren Sie, wo sie Handlungsbedarf und Lösungsmöglichkeiten sehen.

Dr. Annette Julius
Generalsekretärin, Studienstiftung des deutschen Volkes

Michael Schwarz
Geschäftsführer, Stiftung Mercator

Dr. Klara Sekanina
Direktorin, Schweizerische Studienstiftung

Dr. Andrew Holland
Geschäftsführer, Stiftung Mercator Schweiz

nefia netzwerk für internationale aufgaben

Das Netzwerk für internationale Aufgaben

Wir sind das stetig wachsende deutsch-schweizerische Ehemaligennetzwerk des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und des früheren Stiftungskollegs.

Unsere über 400 Mitglieder, die aus vielen verschiedenen Fachbereichen kommen, übernehmen weltweit gesellschaftliche Verantwortung und setzen sich für internationale Verständigung ein.

Als Netzwerk bieten wir unseren Mitgliedern eine Plattform für den Austausch und Kontaktpflege. Gleichzeitig teilen wir in Veranstaltungen und Publikationen umfangreiches Praxis- und ExpertInnenwissen zu global relevanten Themen und versuchen, junge Menschen in Deutschland und der Schweiz für das Arbeiten in internationalen Einsatzfeldern zu begeistern.

Fotos: J. Mitchell und G. Diez, Rechte: nefia e. V.

www.nefia.org

Förderer und Partner

STIFTUNG MERCATOR

STIFTUNG MERCATOR SCHWEIZ

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation

Studienstiftung des deutschen Volkes

Globale Perspektiven

Wie sehr Ferne und Unterwegssein den Blick weiten können. Über die eigene Pfadgebundenheit hinaus, über bloß nationale Diskurse oder randständige Problematiken. Vermeintliche Sicherheiten werden infrage gestellt, Maßstäbe relativiert, Muster aufgebrochen und Diskurse belebt; auch der Blick auf das eigene Land ändert sich. Im besten Falle wird er schärfer, klarer und freier für Lösungen, wo andere nur Probleme sehen.

Eine Sonderausgabe der *Internationalen Politik* gemeinsam mit einem Jahrgang des Mercator Kollegs zu denken und zu gestalten, ist eine schöne Tradition geworden. Auch diesmal war das Ziel dieser Kooperation ein doppeltes: Hier neue Ansätze und Perspektiven aus der Welt einzusammeln, dort diese Einsichten in Gestalt der *IP* einer an der Welt in besonderem Maße interessierten Leserschaft nahezubringen.

Finanzinstrumente und Klimarisikomanagement, Desinformation und rückkehrende Migranten, Nahrungsproduktion und grenzübergreifender Naturschutz – das sind nur einige der Themenfelder, die der 10. Jahrgang sehr intensiv bestellt hat. Die Absolventinnen und Absolventen berichten aus Mosambik, Marokko oder Ecuador, schreiben über die Ukraine, die NATO und vieles mehr; oft ist der Fokus länderübergreifend, manchmal bricht er Phänomene der Globalisierung herunter und zeigt, wie sehr das vermeintlich Kleine des täglichen Erlebens Teil des großen Ganzen ist.

Ein Sprichwort sagt, die Zuschauer sähen stets mehr als die Spielenden; die Kollegiatinnen und Kollegiaten haben beide Rollen eingenommen, Gewinner ist die Leserschaft dieses Heftes.

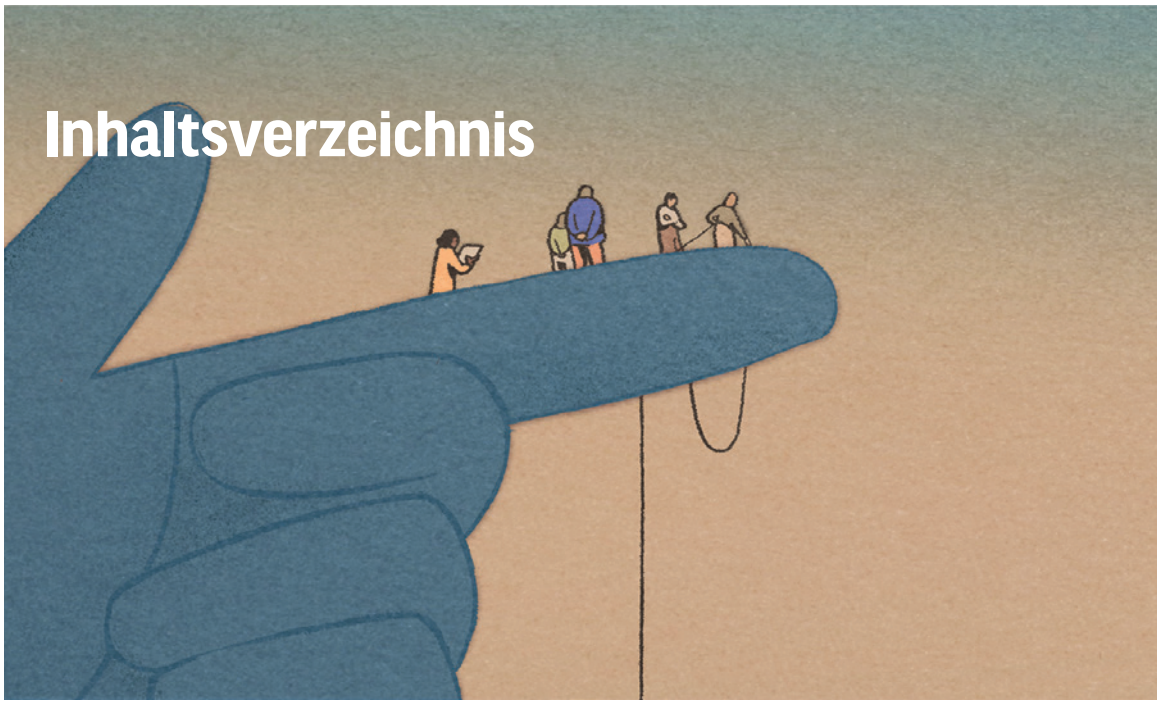
Martin Bialecki
Chefredakteur

Zur in dieser Ausgabe verwendeten Sprache

Während des Schreib- und Redaktionsprozesses hat sich der Jahrgang mit der *IP*-Redaktion über Artikel in gendersensibler Sprache ausgetauscht und sich dabei einstimmig für die Verwendung des generischen Femininums ausgesprochen. Statt „Spieler“ zu schreiben und männliche Spieler, weibliche Spielerinnen und Spielende mitzudenken, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen, verwendet das generische Femininum „Spielerinnen“ und meint damit alle Spielenden, unabhängig von Identität oder Geschlecht. Das generische Femininum ist eine bisher unübliche Form gendersensibler Sprache. Der Jahrgang hat sich intensiv mit Fragen von Geschlechtergerechtigkeit auseinandergesetzt. Wir, vor allem die Frauen des Kollegs, sehen uns im generischen Maskulinum nicht repräsentiert, sondern empfinden entsprechende Schriftpraktiken als Manifestation struktureller Unterdrückung des Weiblichen und Nicht-Binären im Raum des Denk- und Sagbaren. Durch die bewusste Verwendung des generischen Femininums hätten wir Sie gerne zu einer persönlichen Auseinandersetzung mit Fragen von Repräsentation und Gerechtigkeit im Umgang mit der deutschen Sprache angeregt. Der Vorschlag wurde aus redaktionellen Gründen nicht angenommen, ebenso wie Konstruktionen mit Sternchen oder Unterstrich. Wir freuen uns, hier unsere Gedanken offenlegen zu können und wünschen Ihnen nun viel Freude bei der Lektüre.

Der 10. Jahrgang des Mercator Kollegs

Inhaltsverzeichnis



EDITORIAL 1

EDITORIAL *Von Martin Bialecki* 3

VORWORT: **Weltoffenheit und langer Atem**
Von Klaus Scharioth 6

VORWORT: **Ein grünes Jahrhundert?**
Von Georges Martin 7

Konflikt und Stabilisierung

Voneinander lernen
Militär, Polizei und Zivilkräfte sollten ihre Erfahrungen aus Auslandseinsätzen besser austauschen. *Von Nadine Düe* 10

Realitätscheck notwendig
Warum ist eine engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO so schwierig?
Von Lucie Haupenthal 12

Frieden aus dem Reagenzglas
Wissenschaftskooperation kann zur Lösung des Nahostkonflikts beitragen.
Von Yoran Beldengrün 15

Die Achillesferse der Demokratie
Desinformationen sind ein starkes Instrument im Kampf um die öffentliche Meinung.
Von Daniel Weimert 17

Klima und Ressourcen

Vom Todesstreifen zur Lebenslinie
Die demilitarisierte Zone in Korea ist nicht nur Symbol eines Konflikts, sondern auch ein Hotspot für Biodiversität. *Von Marie-Yon Strücker* 22

Krieg entzweit, Natur vereint
Die Umweltfolgen des Krieges in der Ukraine lösten eine Welle von sozialem und politischem Aktivismus aus. *Von Igor Mitchnik* 24

Klimarisikomanagement
In Mosambik setzt die Regierung auf Frühwarnsysteme und einen Risikomanagementsfonds. *Von Alina Bill-Weilandt* 27

Zwischen zwei Welten
Die indigenen Völker könnten Vorbilder im Kampf gegen den Klimawandel sein.
Von Johannes Christian Haas 30

Klimafreundliche Kredite
Entwicklungsbanken tragen mit „grünen" Darlehen zur Erreichung des 2-Grad-Ziels bei. *Von Louisa Barzen* 32

Migration und Menschenrechte

Mehr legale Wege für Zuwanderung
Entwicklungsprojekte, die Migration verhindern sollen, funktionieren nicht. *Von Jennifer Lehnen* 36

Es gibt nicht nur eine Geschichte
Die Folgen humanitärer Hilfe müssen immer wieder bedacht werden – auch bei der Auszahlung von Geld. *Von Corinne Duriaux* 38

Ende der Vogelperspektive
Zwei Beispiele aus Ecuador zeigen, wie lokale Landwirtschaft gestärkt werden kann. *Von Julia Spanier* 40

Das Muster wiederholt sich
Freiwilliges Engagement genügt nicht, um die schlechten Arbeitsbedingungen im Textilsektor zu verbessern. *Von Andrea Schill* 43

Verschleppt, versteckt, verkauft
Der illegale Handel mit Kulturgütern blüht auch jenseits von Krisen. *Von Paul Fabel* 45

Wirtschaft und Innovation

Lust auf Neues
Die Stadtverwaltung in Medellín profitiert von einem Innovationslabor. *Von Mirko Hohmann* 50

Den Privatsektor fördern
In Tunesien muss Wachstum für alle geschaffen werden. *Von Stefan Brantschen* 52

Nicht nur eine Frage der Technik
Bei der Kakaoproduktion und dem Reisanbau müssen soziale Fragen stärker bedacht werden. *Von Sebastian Heinz* 55

Reisen tut gut
Mit nachhaltigen Ansätzen können auch ländliche Regionen in Marokko vom Tourismus profitieren. Von *Marian Liesenfeld* 57

Demokratie und Entwicklung

Neue Horizonte, alte Strukturen
Premier Ahmed will Äthiopien durch Digitalisierung umkrempeln, schaltet aber das Internet immer wieder ab. *Von Clara Stinshoff* 62

Die gestohlene Revolution
Junge Menschen in Tunesien müssen am politischen Prozess beteiligt werden. *Von Sebastian Franzkowiak* 64

Theatrale Interventionen
Kunst aller Art kann dabei helfen, Konflikte zu bearbeiten. *Von Maja Leo* 67

Wandel durch Fußball
Soziale Fußballprojekte zeigen ihr Potenzial für Veränderungen. *Von Julian Niklas Pohl* 70

Zug um Zug zur Verständigung
Beim Brettspiel lässt sich testen, welche Auswirkungen Regeländerungen haben. *Von Céline Dillmann* 72

Leitung 75
Jahrgang 76
Impressum 80

Weltoffenheit und langer Atem

Von Klaus Scharioth

Viel steht auf dem Spiel, sehr viel: das Prinzip des gegenseitigen Gebens und Nehmens; das Bemühen, Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten gut sind, weil nur solche Ergebnisse langfristig Bestand haben; die internationale und europäische Friedensordnung, die auf das Völkerrecht und gemeinsam vereinbarte Regeln gegründet sind; die europäische Integration, die transatlantische Wertegemeinschaft und Partnerschaft, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Schutz von Menschenrechten, der Rechtsstaat und die offene Gesellschaft. Was die Weltgemeinschaft in über 70 Jahren aufgebaut hat – auch als Lehre aus den furchtbaren Kriegen des vergangenen Jahrhunderts –, droht seine verbindende Kraft zu verlieren. Demokratiefeindliche und nationalistische Kräfte, die Alleingänge befürworten und die Verantwortung für die Welt von morgen scheuen, tun ihr Werk.

Keiner bestreitet, dass unsere Weltordnung unvollkommen ist. Aber ich stimme Hans Rosling („Factfulness“) zu, wenn er herausarbeitet, welche enormen Fortschritte – und zwar weltweit – wir dank dieser kooperativen Weltordnung in den letzten Jahrzehnten gemacht haben: weniger Krieg, Elend, Hunger und Krankheit. Deswegen geht es nicht darum, diese Weltordnung niederzureißen, sondern darum, sie zu verteidigen und weiter zu verbessern. Schritt um Schritt, Region um Region, Problem um Problem.

Zum Glück gibt es junge, weltoffene Menschen, die genau dies tun wollen, die ihre ganze Kraft für das internationale Gemeinwohl einzusetzen bereit sind. Die den Mut haben, sich in eine fremde Welt einzufühlen und einzuarbeiten. Und die den langen Atem besitzen, den die Lösung internationaler Probleme erfordert.

Das Mercator Kolleg hilft diesen jungen Menschen, sich auf derartige Aufgaben professionell vorzubereiten und die Zusammenarbeit in fremden Ländern praktisch zu erproben, sei es in Abidjan, Quito, Accra, Phnom Penh, Slowjansk oder Yangon. Dabei ging es um Fragestellungen, die ebenso komplex wie aktuell sind: Bietet die entmilitarisierte Zone in Korea eine Chance für den Naturschutz? Wie lässt sich der illegale Kulturgüterhandel wirksam bekämpfen? Ist eine Kooperation mit nicht anerkannten „Staaten“ im postsowjetischen Raum sinnvoll und machbar? Wie lässt sich lokales Personal am besten in internationalen militärischen Friedenseinsätzen einbringen? Eröffnet Wissenschaftsdiplomatie im Nahen Osten neue Möglichkeiten?

In den vergangenen zwölf Monaten haben wir alle gemeinsam viel Neues erfahren und gelernt. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten haben sich mit den Mühen ganz konkreter, sehr praktischer Fragestellungen auseinandergesetzt und ihre Einsichten und Erkenntnisse schriftlich festgehalten. Erfahren Sie auf den folgenden Seiten, wie diese aussehen. Ich bin nach diesem Jahr optimistisch: Diese jungen Menschen werden ihren Weg gehen und dazu beitragen, Lösungen zu finden, die allen Beteiligten nützen – Lösungen, die die Welt ein bisschen besser machen.

Dr. Klaus Scharioth ist Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy, USA.

Ein grünes Jahrhundert?

Von Georges Martin

Ende Oktober 2019 heißt es in der *NZZ*: „Verschiebungen dieser Größenordnung bei den Parteistärken sieht die Schweiz selten. Zwar war den grünen Parteien ein Zuwachs prognostiziert worden. Aber es erstaunt, wie stark vor allem die am linken Rand politisierenden Grünen dazugewinnen. Sie sind neu vor der CVP die viertstärkste Kraft im Nationalrat."

Was hat die sonst gemäßigte *Neue Zürcher Zeitung* zu einer solchen Feststellung bewegt? Die Schweiz hat wie alle vier Jahre die zwei Kammern des Parlaments erneuert. Aber dieses Mal gleichen die Ergebnisse einem politischen Tsunami: Die Grünen (links) gewinnen 17 Sitze. Mit nun insgesamt 28 Sitzen überholen sie die traditionsreiche Christlich-Demokratische Partei (CVP). Zusätzlich haben die Grünliberalen (rechts) auch kräftig zugelegt. Die zwei grünen Parteien zusammen werden im neuen Parlament 44 Sitze von 200 besetzen. Außerdem wird das Parlament viel weiblicher (über 40 Prozent Frauen) und jünger (Durchschnittsalter 49). Die *NZZ* ist folglich zu bescheiden: Eine Verschiebung dieser Größenordnung hat die moderne Schweiz noch nie gesehen!

Ein solches politisches Erdbeben kommt nicht von ungefähr. Letzten Sommer wurde die Schweiz von zwei Wellen überrollt: vom Frauenstreik und von der Klimabewegung „Fridays for Future". Die beiden Ereignisse haben Millionen von Menschen in Bewegung und auf die Straßen unserer Städte gebracht. Angesichts der abwartenden Haltung und der Untätigkeit der politischen Behörden wurden gewisse Kreise der Bevölkerung selbst aktiv. Straßendemonstrationen und Wahlsiege gehen aber nicht zwingend Hand in Hand. Deshalb war die Überraschung der *NZZ* und der Medien bei den jüngsten Parlamentswahlen groß!

Weshalb ist dieses Beispiel interessant? Es zeigt die Kraft, die Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb des traditionellen politischen Rahmens haben können. In unserer Welt, in der die Politik oft versagt, ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sich informieren und politisch engagieren. Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben möchte dieses Engagement bei den Stipendiatinnen und Stipendiaten fördern. Es möchte sie dazu ermutigen und befähigen, die Welt aktiv mitzugestalten. Die Schlusspräsentation des 10. Jahrgangs hat gezeigt, dass wir dieses Ziel wieder erreicht haben: Mit einem dramaturgisch überzeugenden Auftritt zeigten die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Mercator Kollegs ihre Besorgnis, was Diskriminierungen jeglicher Art und den Klimawandel angeht. Sie sendeten einige deutliche Botschaften ans Publikum: Der Planet ist verletzt und braucht dringend Hilfe.

Der französische Schriftsteller und ehemalige Kulturminister von General de Gaulle, André Malraux, soll seinerzeit geschrieben haben: „Das 21. Jahrhundert wird religiös sein oder es wird nicht sein." In Anlehnung an diesen Satz kann man sagen: „Das 21. Jahrhundert wird grün sein oder es wird nicht sein!"

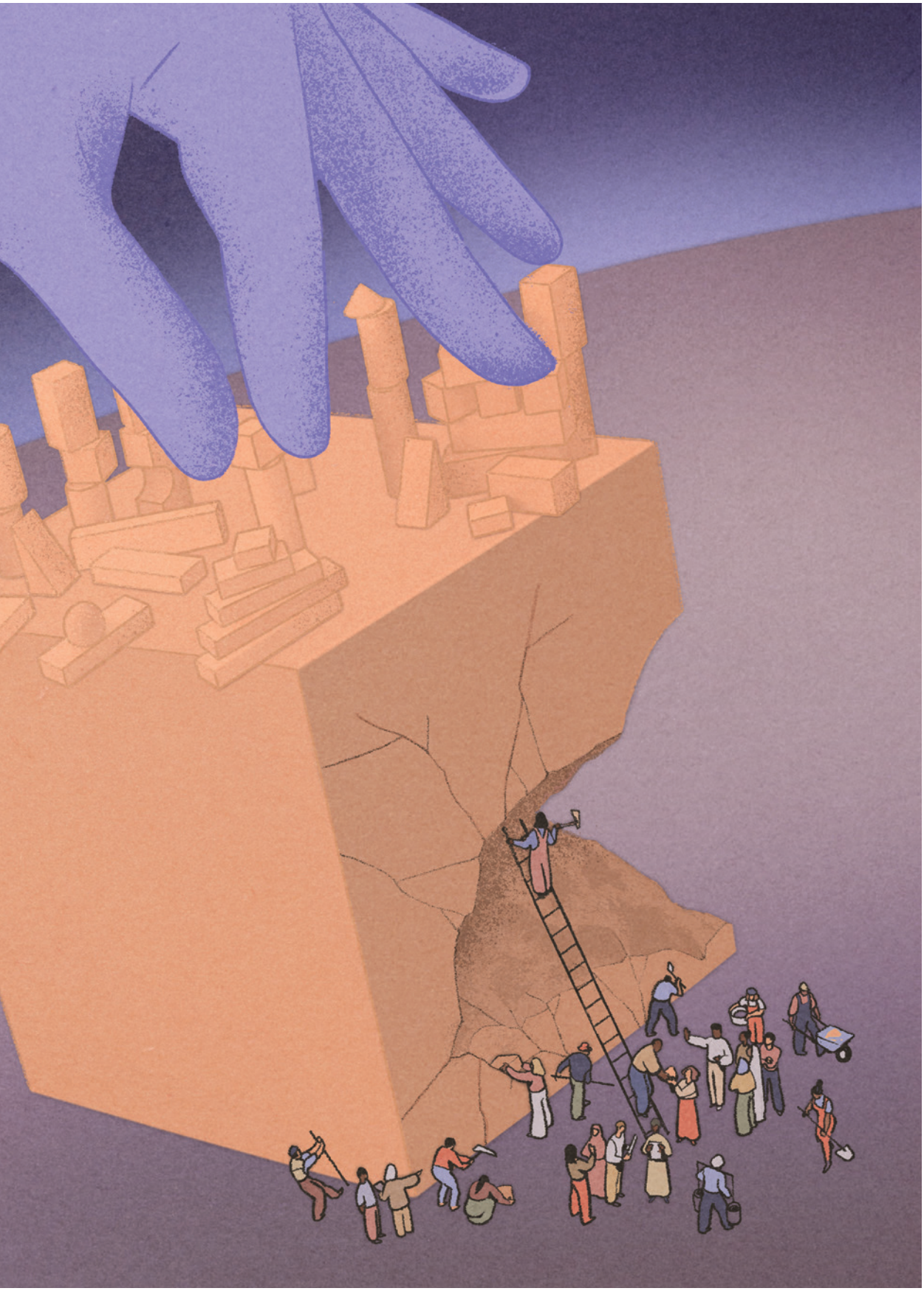
Es liegt in unserer Verantwortung, mit den vielen unvermeidlichen Widersprüchen des alltäglichen Lebens umzugehen. Das ist keine einfache, aber dringend notwendige Aufgabe.

Georges Martin ist Vizerektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben.

Konflikt und Stabilisierung

Aus den Erfahrungen anderer und miteinander lernen: Das gilt für alle Kräfte im Auslandseinsatz, bei EU und NATO sowie in der Wissenschaft.

Von Nadine Düe, Lucie Haupenthal, Yoran Beldengrün, Daniel Weimert



Voneinander lernen

Erfahrungen aus Auslandseinsätzen sollten durch mehr Austausch zwischen Militär, Polizei und Zivilkräften genutzt werden. Ganz wichtig ist dabei auch eine bessere Einbindung des lokalen Personals.

Von Nadine Düe

Es gibt da so eine Geschichte von einem Soziologen, der über Lokführer forschte. Am Ende seiner Forschung schmiss er das wissenschaftliche Handtuch und wurde selbst Lokführer. Dieses Beispiel einer teilnehmenden Beobachtung, die in der absoluten Selbstidentifikation mit dem Forschungsobjekt mündet, habe ich im Kopf, als ich im Flecktarn der Bundeswehr in einer deutschen Kaserne stehe. Es ist 7 Uhr, ich trete mit 50 Soldatinnen und Soldaten an, damit wir gemeinsam in den Lehrsaal „einrücken". Die Kopfbedeckung sitzt, das Gepäck ist geschultert und der Blick ist nach vorne gerichtet. Mein Name wird aufgerufen. „Hier", rufe ich etwas verhalten. Trotz Uniform falle ich auf wie ein bunter Hund. Ich trage keinen Dienstgrad, und auch sonst sieht man mir an, dass ich keine Soldatin bin.

Ich bin mittendrin in der ELUSA, der einsatzlandunspezifischen Ausbildung für Soldatinnen und Soldaten, die auf Auslandseinsätze vorbereitet werden sollen. Was mich hierhin gebracht hat? Ich möchte erfahren, wie sie auf die Zusammenarbeit mit Ortskräften vorbereitet werden.

Die Bundeswehr ist weltweit in zwölf Einsätzen aktiv. Sobald sich die deutschen Soldatinnen und Soldaten auf fremdem Terrain bewegen, sind sie auf Ortskräfte angewiesen, die zum Beispiel als Übersetzer nicht nur sprachliche, sondern auch kulturelle Brücken schlagen. Die Erfahrungen, die die Bundeswehr in Afghanistan gesammelt hat, waren strapaziös, auch was die Zusammenarbeit mit Ortskräften angeht. Gleiches berichten die Ortskräfte. Spätestens seit 2013, als die Bundeswehr einen Großteil ihrer Truppen aus Afghanistan abzog und die Taliban wieder an Schlagkraft gewannen, wurde das Thema einer breiten deutschen Öffentlichkeit bekannt. Die Ortskräfte, die jahrelang für Deutschland übersetzten, Feldlager bewachten oder lokale Medien auswerteten, wurden als Verräter verunglimpft und mussten Racheakte fürchten. Nun wird man auch in Zukunft auf dieses Netzwerk aus Helfern angewiesen sein. Was haben Bundeswehr, Bundespolizei und Auswärtiges Amt daraus gelernt? Wie bereiten diese Institutionen ihre Entsandten auf die Zusammenarbeit vor? Besteht die Vorbereitung den Stresstest im Ausland? Und was, wenn nicht?

Mit diesen Fragen im Gepäck zog ich los. Im Einsatzführungskommando der Bundeswehr rollte ich das Feld von hinten auf und beschäftigte mich zunächst damit, wie mit bedrohten Ortskräften umgegangen wird. Wer an der Seite deutscher Soldatinnen und Soldaten gearbeitet und sich denselben Strapazen ausgesetzt hat, soll nicht um sein Leben fürchten müssen, sondern möglichst unkompliziert nach Deutschland kommen dürfen. Das Ortskräfteverfahren ist nur einer von vielen Vorgängen, hier laufen alle Fäden aus den Einsätzen zusammen. Ich beschäftige mich also mit allen Themen, die im Auslandseinsatz relevant sind – von der medizinischen Versorgung bis zur Pressearbeit.

Dieses Bild vom großen Ganzen soll ich auch wenig später am Vereinte Nationen Ausbildungszentrum Bundeswehr (VNAusbZBw) bekommen, wo die ELUSA stattfindet. Von der sogenannten Verwundetenversorgung bis hin zum Aufspüren von vergrabenen Sprengsätzen werden die Soldatinnen und Soldaten für ihren Dienst im Ausland fit gemacht. Die Interaktion mit Ortskräften spielt hier nur eine untergeordnete Rolle. Frage ich die Ausbilder, ob es nicht sinnvoll wäre, eine Fußpatrouille mal mit einer unbewaffneten, militärisch nicht versierten Person zu trainieren, die zudem nicht Deutsch spricht, ist die Antwort klar: So eine Person im Schlepptau zu haben, stellt die Soldaten vor eine zusätzliche Herausforderung, besonders im Gefecht. Ein Soldat müsste aufpassen, sie beschützen und durch die Situation führen.

Über 700 ehemalige afghanische Ortskräfte sind bisher nach Deutschland geflohen. Sie als Rollenspieler einzusetzen, wäre sicherlich ein Gewinn für beide Seiten. Spreche ich darüber mit ehemaligen Ortskräften, erhalte ich eine ähnliche Einschätzung. Ein afghanischer Sprachmittler erlebte ein Gefecht an der Seite deutscher Fallschirmjäger. Die Soldaten waren ganz mit sich und dem Gegner beschäftigt. Überfordert von seinem Nachtsichtgerät warf er sich schließlich zu Boden und hoffte auf das Beste. Danach war die Angst sein ständiger Begleiter bei der Arbeit.

Wie löst die Bundespolizei das Problem? Es ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt, dass deutsche Polizistinnen und Polizisten in 15 Missionen weltweit eingesetzt sind. Dazu kommen die Einsätze an Europas Grenzen für die Grenzschutzagentur FRONTEX sowie bilaterale Projekte. Über 50 Landes- und Bundespolizisten sind beispielsweise in Afghanistan im Einsatz, um Sicherheitskräfte auszubilden. Um sich in Kabul oder Masar-e-Scharif fortzubewegen, fahren die Polizistinnen und Polizisten meist nur zu zweit raus. Was im Ernstfall auf sie zukommen kann, wird so realitätsnah wie möglich trainiert.

Was im Ernstfall auf Bundeswehr und Polizei zukommen kann, wird so realitätsnah wie möglich trainiert

Ressortübergreifende Kooperation

Wenige Monate später sitze ich also in einem gepanzerten Jeep. Der Ausbilder haut auf die Windschutzscheibe, das ist das Signal. Wir sind angesprengt und die Beinarterie meiner Kollegin ist durchtrennt. Ich binde ihr Bein ab, klappe ihren Sitz nach hinten, krabbele auf die Rückbank und ziehe. Nichts bewegt sich. Der Ausbilder brüllt: „Das muss schneller gehen!“ Meine Kollegin trägt eine 13 kg schwere Schutzweste, genau wie ich. Der Ausbilder simuliert Gewehrfeuer und trommelt auf die Scheibe. „Schneller!“ Beherzt reiße ich sie zu mir, haue die Tür auf. Ein kurzer, prüfender Blick nach draußen, dann rumpele ich mit ihrem Körper aus dem Fahrzeug. In der Realität würde es erst jetzt kniffelig werden.

Diese Erfahrung bringt mich näher an das, was man internationale Verantwortung nennen kann und wovon Deutschland mehr übernehmen will und soll. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 sprach Bundespräsident Joachim Gauck davon, dass „wir Deutschen [ ] auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung [seien], die wir noch wenig eingeübt haben“. Was damit gemeint ist, wird mir langsam klar. Insbesondere die ressortübergreifende Zusammenarbeit stellt uns noch vor Herausforderungen. Wie gut kennen sich eigentlich deutsche Polizisten, Soldatinnen und

Zivilisten, die oft in den gleichen Missionen arbeiten? Die Vorbehalte sind groß, die Kenntnisse voneinander oft klein.

Dieser Abgrenzung muss entgegengewirkt werden. Eine Möglichkeit dazu bietet die Trainingspartnerplattform. Hier begegnen sich im Schwerpunkt das VNAusbZBw, die Bundespolizeiakademie und das Zentrum für internationale Friedenseinsätze. Es werden Kurse angeboten, die die Vertreterinnen und Vertreter gemeinsam auf die Herausforderungen in Auslandseinsätzen vorbereiten sollen. In einem dieser Kurse lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie sie lokale Sicherheitskräfte am besten beraten. Zwei ehemalige afghanische Polizisten mimen einen General und einen Übersetzer. Mit landestypischen Requisiten, Tee und Gebäck wird das Schauspiel schnell authentisch. Mal ist der General freundlich, mal stur, mal ignoriert er die Polizistin, weil sie eine Frau ist. Damit umzugehen und insbesondere zu einem Team mit dem Übersetzer zu werden, lernen die Teilnehmer. Hier scheint auf einmal alles zusammenzukommen: die Ortskräfte und die Vertreter der verschiedenen Ressorts.

Von diesen Kursen müsste es noch viel mehr geben, und sie müssten ausgewogener besetzt werden. Denn hier begegnen sich diejenigen, die im Einsatz an einem Strang ziehen müssen. Beim Militär ist die eigene Identität besonders stark ausgeprägt, was nicht zuletzt die besondere Sprache und das Erscheinungsbild zeigen. Die Polizei bringt einen umfangreichen Erfahrungsschatz aus dem deutschen Alltag sowie aus internationalen Missionen mit. Und die zivilen Kräfte sind oft jahrelang in weit entfernten Konflikten tätig. Nicht voneinander zu lernen, wäre eine Verschwendung all dieser bisherigen Anstrengungen. • •

Nadine Düe beschäftigte sich u.a. in Abuja mit der Einbindung lokalen Personals in Friedenseinsätze.

Realitätscheck notwendig

Es gibt gute Gründe für eine engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO. Doch noch immer stehen ihr viele Hindernisse entgegen. Es liegt an den Mitgliedstaaten, die politische Blockade zu beenden.

Von Lucie Haupenthal

Die Naval Station Norfolk im US-Bundesstaat Virginia gilt als größte Marinebasis der Welt und ist Heimat des Allied Command Transformation Headquarter der North Atlantic Treaty Organization (NATO). Fern von den politischen Querelen in Brüssel werden hier zukünftige Bedrohungsszenarien analysiert und Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der NATO diskutiert. Ich fuhr jeden Tag mit dem Fahrrad auf die Militärbasis, um mich insbesondere mit der strategischen Partnerschaft zwischen NATO und Europäischer Union zu beschäftigen. Damit war ich gleich in zweierlei Hinsicht ein Paradiesvogel.

Die Sinnhaftigkeit einer engen Kooperation zwischen EU und NATO steht trotz einer gewissen institutionellen Konkurrenz außer Frage. Mit 22 (nach einem Brexit 21) überlappenden Mitgliedstaaten und einer

Ressourcen effizienter nutzen und neuen Herausforderungen besser begegnen – das ist mit Sicherheit sehr sinnvoll

breiten Palette an Instrumenten können EU und NATO zusammen Ressourcen effizienter nutzen und neuen Herausforderungen besser begegnen. EU und NATO haben im Krisenmanagement unterschiedliche Stärken und können sich in der nachhaltigen Konfliktlösung ergänzen. Beide sind immer öfter mit ähnlichen Mandaten in denselben Einsatzgebieten aktiv; damit wird eine enge Zusammenarbeit immer wichtiger, um erfolgreich agieren zu können. Auch im Hinblick auf transatlantisches Burden Sharing und eine künftige Einbindung von Großbritannien erscheint eine enge Kooperation zwischen EU und NATO sinnvoll.

Jedoch macht das sogenannte Participation Problem seit dem Beitritt Zyperns zur EU eine engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO weitestgehend unmöglich. Zypern ist EU-, aber kein NATO-Mitglied; die Türkei ist NATO-, aber kein EU-Mitglied. Somit haben beide wechselseitig die Möglichkeit, eine tiefergehende formelle Kooperation mit ihrer Quasi-Vetomacht zu verhindern. Auch wenn informelle Kooperation zwischen EU- und NATO-Personal zu einem gewissen Grad stattfindet, ist insbesondere die Blockade des Austauschs klassifizierter Informationen ein weitreichendes Problem und stellt die Beschäftigten beider Organisationen vor tägliche Herausforderungen.

Dies war auch in meinem Arbeitsalltag in Norfolk zu spüren. Wie können Sicherheitslagen gemeinsam eingeschätzt und überlappende Mandate und Einsätze effizient geplant werden, wenn klassifizierte Informationen nicht ausgetauscht werden? Die Zusammenarbeit mit der EU gilt daher als mühsam, es gibt Missverständnisse, und oft fehlen Ressourcen und Motivation, um an kreativen Lösungen zu arbeiten.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg, der damalige EU-Ratspräsident Tusk und der damalige EU-Kommissionspräsident Juncker haben 2016 und 2018 zwei Erklärungen unterzeichnet, um der Kooperation „neue Substanz“ und „neue Impulse“ zu geben. Insgesamt 74 Vorschläge wurden entwickelt, um die Kooperation in unterschiedlichsten Bereichen wie hybride Bedrohungen, militärische Mobilität und operationelle Kooperation unter anderem in Bezug auf maritime Sicherheit und Migration zu verbessern.

Informelle Kooperation setzt Impulse

Der Druck von oben hat zwar direkte Kontakte zwischen Counterparts vereinfacht, aber noch hilfreicher sind die Zusammenarbeit in Missionen oder Begegnungen bei Veranstaltungen wie der Shade-Med (Shared Awareness and De-confliction in the Mediterranean)-Konferenz, an der ich in Rom teilnehmen durfte.

Bei dieser Konferenz kommen halbjährig Vertreterinnen und Vertreter von EU- und NATO-Institutionen und -Missionen mit anderen Akteuren zusammen, die im Mittelmeerraum aktiv sind. Hierbei kann in einem ersten Schritt Verständnis für unterschiedliche Interessen und Ansätze entstehen. In einem zweiten Schritt kann dann im informellen Rahmen daran gearbeitet werden, Kooperation zu ermöglichen.

So wurde die Plattform SMART zum Austausch von unklassifizierten Informationen zwischen internationalen Organisationen, NGOs, der Schifffahrtsindustrie und militärischen Akteuren im Mittelmeerraum entwickelt. Diese informelle Ad-hoc-Kooperation sollte unterstützt werden, sie kann formelle Kooperation aber nicht ersetzen.

Ad-hoc-Kooperation sollte unterstützt werden, kann aber formelle Zusammenarbeit nicht ersetzen

Im Fortschrittsbericht zur EU-NATO-Kooperation vom Juni 2019 wird im Bereich der maritimen Zusammenarbeit „taktische und operationelle Kooperation" zwischen der EU-Operation Sophia und der NATO-Operation Sea Guardian als positive Entwicklung genannt. Allerdings hat Operation Sophia nach der umstrittenen Mandatsverlängerung im Mai 2018 keine Schiffe mehr im Einsatz, und somit ist auch die operationelle Zusammenarbeit größtenteils hinfällig. In der Ägäis leitet die NATO in einem oft kritisch hinterfragten Einsatz Standortinformationen über Flüchtlingsboote an die Europäische Agentur FRONTEX weiter. Dieser Informationsaustausch funktioniert, da es sich um unklassifizierte Informationen handelt. Der Mehrwert der NATO beschränkt sich hier auf die Mitgliedschaft der Türkei und den dadurch ermöglichten Zugang zu nationalen Gewässern.

Ein viel diskutiertes Beispiel für eine mögliche vertiefte Zusammenarbeit ist Libyen. Die EU unterstützt bereits viele Projekte insbesondere im Migrationsmanagement und bildet Teile der libyschen Küstenwache und Marine aus. Die NATO könnte dort ein wertvoller Partner bei der Durchführung notwendiger Militärreformen und beim Aufbau eines rechtsbasierten Sicherheitssektors sein. Allerdings kann die von verschiedenen Seiten geleistete Unterstützung für Libyen nur effektiv sein und das Land nachhaltig stabilisieren, wenn sie logisch ineinandergreift, einem umfassenden, nicht national-egoistischen Ansatz folgt und die Bedürfnisse von Zivilgesellschaft, Migrantinnen und Migranten berücksichtigt. Momentan ist dies kein realistisches Szenario.

Unerreichbare Ziele?

Während meiner Zeit in Brüssel stand die EU-NATO-Kooperation wiederholt auf der Tagesordnung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees; die Bedeutung von Fortschritten bei der Vertiefung der „strategischen Partnerschaft" wurde dabei von mehreren Mitgliedstaaten unterstrichen. Auch Deutschland hat ein Interesse an verbesserter Kooperation zwischen EU und NATO sowie an der Vermeidung von Doppelstrukturen insbesondere im Hinblick auf die Ausstattungsprobleme der Bundeswehr. Aus Rücksicht auf politische Empfindlichkeiten wurden hier aber nie die Herausforderungen thematisiert – und deshalb auch keine Richtlinien entwickelt, wie mit Problemen umgegangen werden soll.

Schlussendlich sind es die Mitgliedstaaten, die Fortschritte blockieren oder Bedingungen für eine vertiefte Kooperation schaffen können. Zwar besteht die Gefahr, dass informelle Kooperation erschwert wird, wenn Probleme offen thematisiert werden. Aber die Formulierung politischer Ambitionen in gemeinsamen Erklärungen ohne realistische Einschätzung der Möglichkeiten ist keine Lösung. Es muss ein klar definierter Mehrwert erkennbar sein – sonst bedeutet EU-NATO-Kooperation nur zusätzliche Arbeit für unerfüllbare Visionen.

Politische Absichtserklärungen können sogar demotivieren, wenn sie unerreichbare Ziele vorgeben. Die informelle Kooperation zwischen EU und NATO entwickelt sich stetig weiter, allerdings hat sie Grenzen. Nur wenn die Mitgliedstaaten die politische Blockade auflösen, kann das Potenzial ausgeschöpft werden. • •

Lucie Haupenthal beschäftigte sich in Brüssel, Norfolk und Tunis mit Szenarien der EU-NATO-Kooperation.

Frieden aus dem Reagenzglas

Kann Wissenschaft einen Beitrag leisten zur Beendigung des Nahostkonflikts? Das ist eine schwierige Frage. Aber es gibt vielversprechende Ansätze, die Innovation und Konfliktlösung kombinieren.

Von Yoran Beldengrün

Im Juni 2019 sitze ich in der Schweizer Botschaft in Tel Aviv und blättere durch eine farbige Broschüre. Sie enthält den ersten, wirtschaftlichen Teil des sogenannten Jahrhundertdeals für den Nahostkonflikt, den Jared Kushner, Berater des amerikanischen Präsidenten, am Tag zuvor in Bahrain präsentiert hat. Es geht um nicht weniger als den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern. Der Vorschlag diesmal: ein Investitionsprogramm für die Palästinenser in Höhe von 50 Milliarden Dollar. Der zweite, politische Teil soll folgen. Ob ein Ansatz für Frieden im Nahen Osten ohne Bezug zur politischen Realität betrachtet werden kann, musste ich mich in diesem Jahr mehrfach fragen.

Ich arbeite im Bereich der Wissenschafts- und Innovationsdiplomatie. Wissenschaft kann durch ihren neutralen und universellen Charakter ein gemeinsamer Nenner sein, um Israelis und Palästinenser zusammenzubringen. Gleichzeitig können grenzüberschreitende wissenschaftliche und innovationsgebundene Kooperationen dazu beitragen, regionale Probleme wie Wasserknappheit, auftretende Epidemien oder Energieversorgung zu lösen und wirtschaftliche Fortschritte zu erreichen.

Während meiner Einarbeitungszeit vom Schweizer Wissenschaftskonsulat swissnex Boston aus lerne ich verschiedene Initiativen besser kennen: Zusammenarbeit in der Krebsforschung, Teilchenphysik, Umweltwissenschaften oder Ornithologie. Zumeist sind es internationale Finanzförderung für punktuelle Forschungskooperationen zwischen Israelis und Palästinensern, multinationale Forschungsorganisationen oder gemeinsame PhD-Programme und Konferenzen mit den Schwerpunkten Wissenschaft und Innovation.

Schnell verstehe ich, dass, obwohl die Wissenschaft keine Grenzen kennt, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer wieder Grenzen erleben. Zum einen ist es die Grenze zwischen den palästinensischen Gebieten und Israel: Palästinenser brauchen Bewilligungen, um nach Israel einzureisen, und Israelis ist es von der eigenen Regierung untersagt, nach Gaza und in die palästinensisch kontrollierten Gebiete des Westjordanlands zu fahren. Zum anderen wird das Argument, dass Wissenschaft apolitisch ist und Menschen einfacher zusammenbringen kann, vielen Kooperationsprojekten zum Verhängnis. Grenzüberschreitende Projekte oder Ansätze zur Lösung des Konflikts, die im Gegensatz zur politischen Realität stehen, werden meist von palästinensischer Seite boykottiert.

Dies geschah auch bei der Bahrain-Konferenz. Weil der dort diskutierte Kushner-Plan weder das Ende der Besatzung noch die Unabhängigkeit der Palästinenser erwähnte, nahmen keine Vertreter aus den palästinensischen Gebieten teil. Eine ähnliche Erfahrung machte ich, als ich in Harvard eine Konferenz zur israelisch-palästinensischen Wissenschaftsdiplomatie planen wollte. Leider erteilte mir

die palästinensische Seite eine Absage. Ihre Begründung: Die Konferenz würde die besatzungsbedingten Komplikationen für Wissenschaftler aus der Westbank und Gaza nicht genügend hervorheben.

Aus ähnlichen Gründen verweigern palästinensische Wissenschaftsinstitutionen seit 2004 jegliche offizielle Kooperation mit israelischen Instituten. Den Wissenschaftlern, die trotzdem zur Zusammenarbeit bereit sind, wird häufig vorgeworfen, die Beziehungen zu Israel normalisieren zu wollen. Das kann ihrer Karriere schaden. Deshalb sind öffentliche Informationen über Kooperationsprojekte nur eingeschränkt möglich, die Identität palästinensischer Teilnehmer muss oftmals geschützt werden, und es gibt nur eine begrenzte Anzahl von Kanälen, über die Projekte ausgeschrieben werden können. Umso bemerkenswerter ist also jedes gemeinsame Forschungsprojekt, das umgesetzt werden kann.

Deshalb begebe ich mich in die Region. EcoPeace Middle East ist eine NGO mit Büros in Tel Aviv, Ramallah und Amman, die sich auf umweltpolitische Friedensförderung im Nahen Osten spezialisiert hat. Sie vergibt Forschungsprojekte an israelisch-palästinisch-jordanische Konsortien, die Fakten zusammentragen und Lösungsvorschläge zu regionalen Umweltproblemen entwickeln. Es geht zum Beispiel darum, die Verschmutzung von gemeinsam genutztem Grundwasser zu verringern oder die Austrocknung des Jordans und des Toten Meeres zu verhindern.

Umweltpolitische Friedensförderung: die Austrocknung des Jordans und des Toten Meeres verhindern

Ein erfolgreiches Projekt lerne ich bei einem Ausflug mit Gidon Bromberg, dem israelischen Co-Direktor von EcoPeace Middle East, kennen. Er führt an einem heißen Frühlingstag Diplomatinnen und Diplomaten ins Jordantal, etwas südlich vom See Genezareth. Was wir dort sehen, ist auf den ersten Blick relativ unspektakulär: zwei 50 cm große Rohre, aus denen Wasser fließt. Dies sei der heutige Ursprung des unteren Jordans, erklärt Gidon. Die Verlegung dieser Rohre im Jahr 2013 ermöglichte es, Frischwasser aus dem See Genezareth in den Jordan zu pumpen, um dessen Austrocknung zu verhindern. Wenige Meter daneben gibt es ein drittes Rohr, aus dem eine gelbliche Flüssigkeit fließt. „Das ist aufbereitetes Abwasser“, meint er, „immerhin besser als nichts.“

Agenten des Wandels

Leider gibt es nur wenige Initiativen, die wissenschaftliche oder Innovationszusammenarbeit mit klassischer Konfliktlösung kombinieren. Eine davon ist Tech2Peace. Ich lerne sie in einem Coworking Space in Tel Aviv kennen. An diesem Abend hat Tech2Peace seine Alumni zusammengebracht: jüdische und arabische Israelis, Beduinen aus dem Süden Israels und Palästinenser. Sie tauschen ihre Erfahrungen aus den zweiwöchigen Seminaren zu Technologie und Konfliktlösung aus. Unter der Leitung von Experten der US-Universität MIT konnten sie an den Modulen 3D-Design, Entwicklung mobiler Applikation und Programmierung von Websites teilnehmen. Danya aus Hebron erzählt mir, dass viele von ihnen ohne technisches Vorwissen zum Seminar kamen und es am Ende mit einem konkreten Produkt, zum Beispiel einer App, mit der Israelis Arabisch und Palästinenser Hebräisch lernen können, verließen.

Die Zusammenarbeit im Technologieteil des Seminars bereitete den Boden für den

Seminarteil Konfliktlösung, der im Anschluss stattfand. „Hier ermöglichen wir es den Teilnehmern, sich zu öffnen, der anderen Seite zu vertrauen, dabei nicht unbedingt mit allem einverstanden zu sein, aber sich gegenseitig zuzuhören“, erklärt Abeer, eine palästinensische Co-Gründerin von Tech2Peace. „Manche konnten gar nicht genug davon bekommen“, erzählt die israelische Teilnehmerin Shira. „Obwohl dies im Programm nicht vorgesehen war, wollten wir Lösungen des Nahostkonflikts erarbeiten.“

Abeer ist der Ansicht, dass eine endgültige Lösung des Konflikts nicht Ziel des Seminars sein könne. „Diese Aufgabe überlassen wir den Politikern. Die Teilnehmer sollen erkennen, dass es möglich ist, ihr Umfeld zu verändern, bis das auch bei den Politikern ankommt. Dies wird Schritt für Schritt geschehen. Die Teilnehmer sind Agenten des Wandels.“

Das sind auch alle anderen wissenschaftsdiplomatischen Projekte. Sie tragen dazu bei, Vertrauen zu gewinnen, Vorurteile zu überwinden, Dialog zu fördern und Fähigkeiten zu entwickeln, um gemeinsam regionale Probleme zu lösen sowie Wissenschaft und Innovation voranzutreiben. Und auch hier gilt: Der Wandel wird umso größer, je weniger sich die Wissenschaft von der soziopolitischen und wirtschaftlichen Realität entfernt. • •

Yoran Beldengrün arbeitete in Boston und Tel Aviv zu der Frage, wie wissenschaftliche Kooperation zu Frieden und Entwicklung im Nahen Osten beitragen kann.

Die Achillesferse der Demokratie

Desinformationen sind ein starkes Instrument im Kampf um die öffentliche Meinung. Deshalb müssen soziale Medien geschickt reguliert werden, ohne die Meinungs- und Pressefreiheit zu gefährden.

Von Daniel Weimert

Es ist der 6. Oktober 2018, ein warmer Herbsttag in der Hauptstadt Lettlands, als diese Nachricht auf der Website eines lokalen sozialen Netzwerks angezeigt wird: „Lettische Kameraden, das betrifft euch. Die russischen Grenzen enden nirgends. Die russische Welt kann und muss alle vereinen, die die russische Kultur schätzen, egal ob sie in oder außerhalb Russlands leben.“ Im Hintergrund ertönt die russische Nationalhymne, unterlegt von Fotos des Staatspräsidenten Putin sowie des russischen Militärs. An diesem Tag finden Parlamentswahlen statt. Und die Website wurde gehackt, um diese Botschaft zu übermitteln. Der Absender ist anonym.

Rund 30 Prozent der Bevölkerung Lettlands sind ethnische Russen. Viele von ihnen kamen während der sowjetischen Besatzung der baltischen Staaten ins Land. Die Integration und Gleichstellung der russischsprachigen Minderheit sind eine große innenpolitische Herausforderung. Denn die Minderheit gilt als äußerst anfällig für Manipulationsversuche wie Desinformation und Einschüchterung, die regelmäßig über die staatlichen russischen Medien RT und Sputnik verbreitet

Desinformationen sind nur ein Werkzeug im Kampf um die öffentliche Meinung

werden. Hier, mitten im Baltikum, an der Grenze zwischen der EU und Russland befindet sich im ehemaligen sowjetischen Rekrutierungszentrum der Roten Armee das Exzellenzzentrum der NATO für strategische Kommunikation. Ein internationales Team aus zivilem und militärischem Personal versucht, Desinformationen und Einflussoperationen zu analysieren, Militär und Zivilgesellschaft zu schulen und das Bewusstsein für diese Bedrohungen in den NATO-Staaten zu erhöhen. Auch Deutschland entsendet militärisches Personal.

Digital Sherlocks

„Facebook hat uns einen neuen Datensatz geschickt. Wir haben 48 Stunden. Maximal." Vier Monate später. Washington DC ist mit Schnee bedeckt. Ich blicke am Morgen auf die WhatsApp-Nachricht im Gruppenchat meines Teams und weiß, dass es ein langer Tag wird. Zu später Stunde sitze ich noch in einem Café und analysiere rumänische Medienportale, deren Facebook-Seiten und -Gruppen. Es bleiben nur wenige Stunden, um anhand von Open-Source-Techniken das koordinierte und manipulative Verhalten dieser Seiten zu beweisen. Facebook verrät kaum mehr als die Namen der Seiten, die politisch gefärbte Propaganda für die Sozialdemokratische Partei Rumäniens verbreiten und die Opposition sowie den Präsidenten verunglimpfen.

Im Laufe des Abends stelle ich über eine Google-AdSense-Nummer fest, dass alle Werbeeinnahmen dieser vermeintlich unabhängigen Medienportale auf dasselbe Konto fließen. Die Seiten weisen einen hohen Grad an Koordinierung auf. Inhalte werden vielfach auf Facebook-Seiten und von Facebook-Gruppen der Sozialdemokratischen Partei weiterverbreitet. Facebook wird die Seiten der Medienportale in Kürze löschen und somit genauere Einblicke in ihre manipulativen Strategien verwehren.

Der Fall zeigt, dass der Einsatz von Desinformationen, das heißt von falschen oder falsch interpretierten Informationen, die verbreitet werden, um ein ökonomisches oder politisches Ziel zu erreichen, nur ein Werkzeug von vielen im Kampf um die öffentliche Meinung ist. Die Liste der digitalen Manipulationsinstrumente und der Akteure, die sie weltweit anwenden, wächst mit der steigenden Digitalisierung von Kommunikation. Beispiele sind die künstliche Amplifikation von Inhalten, künstlich erschaffene Graswurzelbewegungen (Astroturfing) sowie audiovisuell manipulierte Videos (Deepfakes). Eine Gruppe junger Forschenden deckt diese Manipulationsversuche auf und beleuchtet die Strategien dahinter. Sie arbeitet für das in Washington ansässige Digital Forensic Research Lab des Atlantic Council, eine Organisation, die mit Facebook kooperiert und seit Juli 2019 in Russland als unerwünschte ausländische Organisation eingestuft ist. Sie nennen sich „Digital Sherlocks".

„Fast 2,2 Milliarden Facebook-Profile wurden vor der Europawahl 2019 von Facebook als gefälscht definiert und gesperrt." Es sitzen nur wenige Journalistinnen und Journalisten an diesem Sommertag im großen Pressesaal der Europäischen Kommission, als ein erstes Resümee zum Einsatz von Desinformationen während der Europawahl gezogen wird. Es hagelt Fragen zu den Inhalten und Initiatoren solcher Kampagnen, zu Beweisen und Verbindungen zu Russland. Die Kommission bleibt vorsichtig. Für die EU sowie für demokratische Regierungen ist das Thema ein Drahtseilakt

zwischen Meinungsfreiheit und Manipulation, Wahrheit und Wahrnehmung. Sie betont erneut ihre Bemühungen, Plattformen wie Facebook und Twitter zu einer engeren Zusammenarbeit zu bewegen. Desinformationen erreichen durch diese sozialen Medien viele Menschen und stellen somit die Meinungs- und Pressefreiheit auf die Probe.

Medienkompetenz gegen Manipulation

Die Probleme sitzen tief: Soziale Netzwerke teilen ihre Daten selten oder nie. Die Plattformen schließen Schlupflöcher, die zur Untersuchung manipulativer Aktivitäten genutzt werden können. Politische Werbung ist nicht transparent, Algorithmen werden nicht offengelegt. Die Probleme werden auf falsche Informationen und Wahlen reduziert, weitere Manipulationswerkzeuge und Ereignisse werden vernachlässigt. Die Fokussierung auf Russland versperrt die Sicht auf andere Akteure. Rechte wie linke populistische Strömungen nutzen Risse in der Gesellschaft und die Filterblasenfunktion sozialer Medien aus. Ausländische Akteure instrumentalisieren diese populistischen Strömungen. So war in Frankreich das russische Propagandamedium RT das populärste Medium bei der Berichterstattung zur Gelbwestenbewegung auf YouTube.

Diese Entwicklung verhindert einen auf Fakten basierenden Meinungsbildungsprozess. Wir brauchen Fortschritte in den Bereichen strategische Kommunikation, Regulierung sozialer Netzwerke und Bildung. Regierungen sollten sich dabei nicht auf das Richtigstellen von vermeintlich falschen Informationen beschränken. Auf Desinformationen zu reagieren, führt zwangsweise zu einer negativen und reaktiven Kommunikation. Vielmehr sollten Regierungen proaktiv handeln und faktenbasiert kommunizieren.

Die EU kann Vorreiterin sein, um Facebook & Co. erfolgreich die Stirn zu bieten und Transparenz einzufordern

Im Bereich Regulierung kann die EU eine Vorreiterin sein, um Plattformen wie Facebook erfolgreich die Stirn zu bieten und Transparenz einzufordern. Wie schon durch die europäische Datenschutzgrundverordnung kann die EU auch in diesem Bereich als Vorbild dienen. Anstatt Inhalte zu moderieren oder zu verbieten, sollten wir das System dahinter angehen, das Manipulationsversuche ermöglicht und bestimmte Themen oft lauter wirken lässt, als sie eigentlich sind. Dieses System besteht aus den Algorithmen, dem Mikrotargeting und der Werbepolitik sozialer Medien.

Im Hinblick auf weitere technologische Entwicklungen können wir uns nur mit umfassender Medienkompetenz gegen Manipulation wappnen. Diese Kompetenz muss in der Bildung für Jung und Alt verankert sein. Zum Erhalt unserer Demokratie müssen wir verstehen, wie manipulative Akteure Argumentationsmuster, Neigungen und Emotionen ausnutzen. Nicht zuletzt braucht es einen starken, objektiven Journalismus, der sich mit neuen Geschäftsmodellen durchsetzen kann und weniger von Facebook, Google & Co. abhängig ist.

Im Kampf um die öffentliche Meinung werden Risse der Gesellschaft und demokratische Werte ausgenutzt. Wir müssen gesellschaftliche Ungleichheiten abbauen und Manipulation verhindern. In Zeiten medialer Einflussoperationen ist die Meinungs- und Pressefreiheit die Achillesferse der Demokratie. Es gilt sie zu schützen. • •

Daniel Weimert arbeitete in Riga, Washington und Brüssel zu Strategien gegen Desinformationen und Manipulation öffentlicher Meinung.

Klima und Ressourcen

Ein Leben im Einklang mit der Natur? Indigene Völker können Vorbilder sein. Und für Unwetter braucht es Frühwarnsysteme und Risikomanagement.

Von Marie-Yon Strücker, Igor Mitchnik, Alina Bill-Weilandt, Johannes Christian Haas, Louisa Barzen

Vom Todesstreifen zur Lebenslinie

Die demilitarisierte Zone in Korea ist nicht nur Symbol eines Konflikts, sondern auch ein Hotspot für Biodiversität. Sie steht für die Hoffnung auf ein Leben im Einklang mit der Natur – und auf Frieden.

Von Marie-Yon Strücker

Wir nähern uns dem Aussichtspunkt des Grenzturms. „Von hier aus kann man sogar die Propagandadörfer in Nordkorea mit dem Fernglas beobachten", sagt unser Begleiter. Doch wir sind gekommen, um etwas anderes zu sehen. Das Zirpen der Zikaden wird lauter. Endlich stehen wir auf der Aussichtsplattform und schauen hinab. Ich bin überwältigt. Es bietet sich mir ein Anblick auf einen Dschungel, wie ich ihn in Korea niemals vermutet hätte. Dies ist also die DMZ, der koreanische Todesstreifen – ein Naturparadies.

Die demilitarisierte Zone zwischen Nord- und Südkorea (DMZ) ist ein Symbol für den Koreakonflikt; sie gehört zu den gefährlichsten Grenzen der Welt. Diese Grenze hat aber auch ein anderes Gesicht. Da sie stark vermint ist und ständig vom Militär überwacht wird, ist der Grenzschutzstreifen seit dem Waffenstillstandsabkommen vor 65 Jahren von nur wenigen Menschen betreten worden. Deshalb konnte sich die Natur hier ungestört entfalten – die DMZ wurde zu einem regionalen Hotspot für Biodiversität.

Intakte Ökosysteme

Überall auf der Welt ist die Artenvielfalt rückläufig – auch in Korea. Sowohl im hochtechnologisierten Süden als auch im schwer sanktionierten und weitreichend abgeholzten Norden ist die 248 Kilometer lange und vier Kilometer breite demilitarisierte Zone heute ein letztes Rückzugsgebiet für zahlreiche heimische Tier- und Pflanzenarten. Dazu gehören Schwarzstirnlöffler, Mondbären und die Mandschurenkraniche – in der koreanischen Mythologie passenderweise ein Symbol für Frieden. Viele andere Arten, besonders große Säugetiere wie Amurleoparden und Sibirische Tiger, sind dagegen schon im vergangenen Jahrhundert während der japanischen Kolonialzeit von hier verschwunden. Die Koreanische Halbinsel wurde im Zuge der Annexion durch Japan vor dem Zweiten Weltkrieg weitgehend abgeholzt, die Wälder im Anschluss künstlich aufgeforstet. Das Geheimnis der reichen Biodiversität in der DMZ beruht auf der natürlichen Sukzession der Pflanzen, die seit der Teilung Koreas ungestört zu funktionierenden Biotopen heranwachsen konnten.

Als Mercator-Fellow in Südkorea habe ich mich mit den Möglichkeiten für den Naturschutz in der DMZ beschäftigt, der hier auch eine politische Dimension aufweist: Das gemeinsame Interesse an Umweltschutz und Nachhaltigkeit bietet eine erste Basis für einen friedvollen Dialog. Der innerkoreanische Austausch reicht dabei jedoch nicht aus, denn bei diesem Konfliktherd mit globaler Bedeutung sind auch die USA, China, Russland und Japan im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche an allen Entscheidungen beteiligt. Naturschutz in der DMZ ist nur zusammen mit der internationalen Gemeinschaft möglich.

Ich habe hier erfahren, wie wichtig die Rolle Deutschlands in diesem Konflikt ist. Die Lehren aus der deutschen Wiedervereinigung können als Beispiel für ein künf-

tiges gesamtkoreanisches Kapitel dienen. So hat Deutschland eine Vorbildfunktion bei der Erhaltung des Grenzschutzstreifens als Naturschutzgebiet. Das seit 30 Jahren bestehende „Grüne Band“ erstreckt sich fast 1400 Kilometer entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze und ist heute der größte nationale Biotopverbund. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die zeigt, dass der Naturschutz des Ökokorridors nicht nur wertvoll für den Erhalt der Biodiversität ist, sondern auch dazu beiträgt, ein Stück Geschichte und Identität zu wahren, ohne sichtbare Grenzen bestehen zu lassen.

Auf die Wiedervereinigung vorbereiten

Bis zu einem „Grünen Band Korea“ ist es noch ein weiter Weg. Aber es gibt einen großen Vorteil im Vergleich zu Deutschland: Man kann schon vor einer Wiedervereinigung über den Naturschutz nachdenken und aus Fehlern lernen. Auf den Mauerfall war man in Deutschland nicht vorbereitet; so weist das Grüne Band immer noch Lücken auf, und Grundstücke müssen aus privater Hand zurückgekauft werden.

Der innerkoreanischen Grenze droht ein ähnliches Schicksal. Auf südkoreanischer Seite weiß man bei rund 40 Prozent der Fläche nicht, in welchem Besitz sie sich befindet, da die Vergaberegister nach dem Koreakrieg verschwunden sind. Trotzdem lockt die derzeitige politische Annäherung Investitionen in die DMZ. Die Grundstückspreise sind seit dem ersten Gipfeltreffen zwischen Moon Jae-in und Kim Jong-un im April 2018 um ein Vielfaches gestiegen. Nach einer Wiedervereinigung könnte die Megastadt Seoul über die Grenze hinaus weiterwachsen: In Richtung Norden erstreckt sich das letzte noch unerschlossene natürliche Flachlandhabitat der ansonsten bergigen Halbinsel.

Im Gegensatz dazu sind die Grundstücke der DMZ auf nordkoreanischer Seite vollständig in Staatsbesitz. „Wenn sich nur ein gewisser Mann überzeugen ließe, wäre die nordkoreanische DMZ direkt geschützt“, scherzt Dr. Chun vom National Nature Trust Korea, der sich seit mehr als zehn Jahren für den Naturschutz in der DMZ einsetzt. Auch das deutsche Grüne Band steht bis auf wenige Ausnahmen vollständig auf ehemaligem DDR-Gebiet. Wie in Südkorea waren auch in Westdeutschland die Grundstücke bis zur Grenze in Privatbesitz.

Nach einer koreanischen Vereinigung könnte die Megastadt Seoul über die Grenze hinauswachsen

In Nordkorea zeigt sich ein anderes Problem: Die Naturressourcen sind ausgeschöpft, das Land wurde weitgehend abgeholzt. Während im Süden schlicht kein Raum für Naturschutz blieb, stellt sich im abgeschotteten Nordkorea die Frage, ob es überhaupt noch Natur gibt, die zu schützen wäre. Auch wenn wir keine genauen Kenntnisse über den Zustand der Biodiversität in Nordkorea haben, bleibt zumindest der Grenzstreifen ein Refugium für viele Arten.

Um einen Dialog für Naturschutz in der DMZ in Gang zu setzen, muss zunächst Nordkorea an den Tisch geholt werden. Wegen der Visarestriktionen ist ein direktes Treffen von nord- und südkoreanischen Delegationen innerhalb Koreas nicht möglich. Auch bei internationalen Konferenzen gibt es aufgrund außenpolitischer Vorgaben wenig Gesprächsbereitschaft. Der Austausch mit Nordkorea läuft deshalb eher über Nordkorea-Expertinnen und -Experten als über Nordkoreanerinnen und Nordkoreaner selbst. Meiner Ansicht nach könnte sich der Dialog durch mehr

Anteilnahme und eine klarere Positionierung Deutschlands stark verbessern.

Die koreanische DMZ ist Sinnbild eines der bedrohlichsten Konflikte der Welt, der den Alltag von mehr als 70 Millionen Menschen prägt. Gleichzeitig ist die DMZ aufgrund ihrer Funktion als Pufferzone zwischen den Koreas unberührt von allen zivilisatorischen Einflüssen zu einem wichtigen Rückzugsgebiet für die Natur geworden. Sie verbindet damit zwei große Themen: den Koreakonflikt und grenzübergreifenden Naturschutz.

Als ich auf dem Grenzturm stehe, wird mir bewusst, dass die DMZ in der Tat noch viel mehr verkörpert als diese Schlagwörter. Es geht um die Grundsatzfrage, wie sich das Spannungsfeld Umwelt und Gesellschaft entwickelt. Denn ob Demokratie oder Diktatur, wir leben auf Kosten nachfolgender Generationen. Beide politischen Systeme haben dabei versagt, ihre Ökosysteme zu schützen. Nun eröffnet die DMZ einen Raum für Reflexion. Wie kann es sein, dass der Biodiversität nur die Räume bleiben, die für Menschen lebensfeindlich sind? Für mich steht die DMZ für Hoffnung. Hoffnung auf Frieden und Wiedervereinigung, aber auch Hoffnung auf ein Leben im Einklang mit der Natur. • •

Marie-Yon Strücker widmete sich in Seoul und Bangkok dem Thema Biodiversität.

Krieg entzweit, Natur vereint

Die Umweltfolgen des Krieges in der Ukraine lösten eine Welle von sozialem und politischem Aktivismus aus. Ein Kernproblem in der Region bleibt die nach wie vor dramatische Wassersituation.

Von Igor Mitchnik

November in Slowjansk, Ostukraine. Der Winter hat bereits angefangen, es ist eiskalt. Ich laufe durch einen großen Saal, in dem gerade ein Film gezeigt wird, dann weiter in ein Hinterzimmer, in dem ich schon erwartet werde. Meine Gastgeberin im Jugendzentrum Tepliza (auf Deutsch Gewächshaus) stellt mich einer Gruppe von jungen Menschen zwischen 16 und 30 Jahren vor. Ich bin hier, um von ihnen zu erfahren, welche ökologischen Themen sie bewegen. Und was sich seit April 2014 – als der Krieg hier begann – für sie als Aktivistinnen und Aktivisten verändert hat.

2014 war ein Schlüsseljahr für Slowjansk. Die Provinzstadt gelangte in dieser Zeit zu trauriger Bekanntheit. Von hier aus organisierten die ersten separatistischen Wortführenden den bewaffneten Aufstand; im April 2014 besetzten sie die Stadt. Zweieinhalb Monate später wurde Slowjansk von der ukrainischen Armee zurückerobert – sowie auch weitere Städte der Region. Mehr als fünf Jahre später trauern Ukrainerinnen und Ukrainer im ganzen Land um mehr als 13 000 Opfer; die Zahl der Binnenvertriebenen beträgt zwei Millionen.

Geschützter Raum

Während die menschliche Dimension der Krise viele bewegt, ist die ökologische Krise

der Donbas-Region nur den wenigsten bewusst. Selbst Menschen in der Region wissen um die Gefahr wenig. Im Jugendzentrum Tepliza – kurz nach Kriegsbeginn gegründet, um jungen Menschen einen geschützten Raum zu bieten – kann allerdings über alles diskutiert werden, außer über den Krieg selbst, der knapp 60 Kilometer von hier bis heute andauert.

Ich frage die Gruppe, wann das Thema Ökologie für sie aktuell wurde. „Nach 2014“, antwortet eine der Aktivistinnen sofort. „Es klingt absurd“, räumt sie etwas nachdenklich ein. „Aber eigentlich hat der Krieg auch etwas Gutes gebracht.“ Ein anderer Aktivist ergänzt: „Viele Leute haben ihr Denken verändert, sie sind wie aus einem Tiefschlaf erwacht. Auf einmal wollten sie alles tun, um die Situation in ihrer Stadt zu verbessern. Die Menschen wollten Verantwortung für ihr Leben übernehmen.“ Und für ihre Umwelt.

Die jungen Menschen sind sich einig, dass das größte Umweltproblem der Stadt die fehlende Müllverarbeitung ist. Zwar schreibt ein ukrainisches Gesetz seit dem 1. Januar 2019 Mülltrennung und ordentliches Recycling vor – die nötige Infrastruktur ist aber in den meisten Städten gar nicht vorhanden. Sanktionen für illegale Müllverbrennung gibt es keine. Dabei spürt man die Auswirkungen unmittelbar: Wenn Müll oder Blätter in der Stadt verbrannt werden, fühlt es sich an, als lege sich ein Schleier aus dickem Smog auf die Lungen. Dennoch sehen lokale politische Eliten wenig Anreize, an dieser Situation etwas zu ändern.

Die Menschen sind wie aus einem Tiefschlaf erwacht. Sie wollten alles tun, um die Lage ihrer Stadt zu verbessern

In Slowjansk löste der Krieg 2014 eine Welle von sozialem und politischem Aktivismus aus. Doch in den Gebieten um Donezk und Luhansk ist das Bild komplexer: Auf regionaler Ebene führte der Krieg zunächst dazu, dass viele der Umweltschutzaktivitäten in der Donbas-Region eingefroren wurden. Umweltschutzagenturen wurden gezwungen, die Region zu verlassen. Es blieben nur wenige Initiativen. In vielen Fällen führten die Gefechte dazu, dass digitale und Papier-Archive mit langjährigen Umwelt-Analysedaten verloren gingen.

Infrastruktur unter Beschuss

Ein Kernproblem der Region ist die Wassersituation. Das hochindustrialisierte Donbas-Gebiet galt schon immer als wasserarm. Deshalb entwarfen sowjetische Ingenieurinnen und Ingenieure in den 1950er Jahren ein komplexes System, über das Wasser vom Fluss Siwerskyj Donez bis nach Mariupol transportiert wurde, eine Strecke von mehr als 300 Kilometern. Bereits lange vor dem Konflikt hätten die Wasserleitungen, Pumpen und Rohrleitungen ersetzt werden müssen. Dazu kommen die Umweltfolgen aus dem intensiven Kohleabbau und aus der Chemie- und Stahlverarbeitung. Mit Beginn des Konflikts verstärkten sich diese Probleme gegenseitig.

Die ohnehin fragile Wasserinfrastruktur steht seit 2014 regelmäßig unter Beschuss. Durch die Kriegshandlungen erhöhen sich nicht nur die bestehenden ökologischen Risiken massiv, es werden auch neue geschaffen. Streumunition könnte chemische und industrielle Betriebe treffen; Kohleminen, die unterirdisch jenseits der „Kontaktlinie“, wie die Grenze zwischen den verfeindeten Truppen genannt wird, miteinander verbunden sind, könnten mit Wasser vollaufen. Und wenn kontaminiertes Wasser ungeschützt ausläuft, besteht die Gefahr, dass industrieller Müll und radioaktive

Wenn kontaminiertes Wasser ungeschützt ausläuft, besteht die Gefahr, dass das Grundwasser in der Region langfristig vergiftet wird

Substanzen das Grundwasser in der Region langfristig vergiften.

Humanitäre Organisationen wie die tschechische NGO People in Need reparieren die Wasserleitungen in den Frontgebieten regelmäßig. Allerdings fehlt es an Geld dafür. Zudem erschweren die fragile Sicherheitslage und Einschränkungen beim Zugang zu den Wasserleitungen die Reparaturarbeiten. Die Wasserversorgung von knapp 3,2 Millionen Menschen ist gefährdet. All das zeigt: Das Ökosystem des Donbas kennt weder Grenzen noch Kontaktlinien. Um eine Umweltkatastrophe zu verhindern, müssten alle Akteurinnen und Akteure in die Diskussion involviert werden. Es bedarf weitreichender Kooperationen, die zugleich die Sicherheitslage der in den Frontregionen verharrenden Zivilbevölkerung verbessern.

Kooperation über Konfliktlinien hinweg

Diese Notwendigkeit, konfliktlinienübergreifend technisch zusammenzuarbeiten, besteht nicht nur im ostukrainischen Kontext. In der international nicht anerkannten Republik Abchasien, die sich 1992/93 unterstützt vom russischen Militär von Georgien abgespalten hat, fehlen nicht nur Umweltkontrollmechanismen im Gebiet der Schwarzmeerküste. Es mangelt auch an internationalen Investitionen, um das veraltete Abwassersystem zu erneuern.

Als 2019 die globalen Klima- und Umweltproteste „Fridays for Future“ Schlagzeilen machten, haben auch Jugendliche in Abchasien demonstriert. Friedensorganisationen wie die britische NGO Conciliation Resources betrachten Umweltaktivistinnen und -aktivisten als potenzielle „connectors“, also verbindende Elemente. Die Organisation fördert Treffen von Umweltexpertinnen und -experten von beiden Seiten, um Wassermessungen im Fluss Inguri durchzuführen, an dem seit Mai 1994 die Waffenstillstandslinie zwischen Georgien und Abchasien verläuft.

Durch solche praktischen Kooperationen können Diskussionen zum Status von Gebieten oder politischen Friedensverhandlungen für kurze Zeit in den Hintergrund rücken. Denn unterschiedliche Weltbilder werden vielleicht irgendwann nachrangig sein, wenn das Verständnis dafür wächst, dass alle umstrittenen Regionen aus ökologischen Gründen langfristig unbewohnbar sein könnten – ein Szenario, das nicht nur in der Donezk- und Luhansk-Region nicht mehr undenkbar scheint.

Mitten im Donbas, in Slowjansk, sitze ich mit den jungen Menschen im Bibliotheksraum der Tepliza. Über uns sehen wir den Schatten eines jungen Mannes. Er lehnt an einer Laterne, auf die Papierflieger zusteuern. Der Mann ist nicht real, sondern Teil eines Gemäldes, das an der Wand hängt. In der Ecke des Bildes steht ein Zitat aus einem bekannten russischen Rocksong, der mich in dieser symbolischen Stadt sehr berührt: „Krieg von allen Seiten – und doch bin ich wieder verliebt.“

Für einen Moment denke ich, dass hier eigentlich nichts undenkbar sein kann – im Guten wie im Schlechten. Ich sehe den jungen Mann auf dem Gemälde und die Gesichter vor mir und weiß, auf wen die internationale Gemeinschaft zählen kann. • •

Igor Mitchnik beschäftigte sich in Slowjansk, London und Berlin mit der Frage, wie Jugendliche durch die Realisierung von Umweltprojekten Konflikte im postsowjetischen Raum entschärfen können.

Klimarisikomanagement

Begrenzte finanzielle Ressourcen erschweren das Katastrophenrisikomanagement in Mosambik. Die Regierung setzt auf Frühwarnsysteme und einen Nationalen Risikomanagementfonds.

Von Alina Bill-Weilandt

Am 11. März 2019 tritt der Technische Rat für Katastrophenmanagement in Maputo zusammen. Über dem Indischen Ozean formt sich Zyklon Idai, der vier Tage später auf die Küste Mosambiks treffen wird. Das Nationale Institut für Katastrophenmanagement (INGC) versichert, sofort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die betroffenen Gebiete zu senden, um die Menschen zu warnen und die lokalen Frühwarnsysteme zu aktivieren. Zuvor hat eine Meteorologin auf einer Karte die Bezirke gezeigt, die besonders hohen Überflutungsrisiken ausgesetzt sein würden. Am 12. März ruft die Regierung die Warnstufe Rot aus.

„Ich war im Hotel. Der Wind ließ das Glas in den Fenstern klirren und ich fürchtete, das Gebäude würde dem Sturm nicht standhalten“, erzählt Higino Rodrigues wenige Tage später. Der Direktor der Abteilung für die Koordinierung des Wiederaufbaus beim INGC war mit drei Kolleginnen nach Beira gereist, bevor Zyklon Idai mit 200 Stundenkilometern aufs Land traf und große Teile der viertgrößten Stadt Mosambiks zerstörte.

Das Nationale Institut für Katastrophenmanagement meldete über 600 Tote, 1600 Verletzte und mehr als 1,5 Millionen Betroffene. Der Zyklon zerstörte über 4200 Klassenräume und mehr als 240 000 Häuser. Die mosambikanische Regierung schätzt die entstandenen Schäden auf 1,4 Milliarden US-Dollar. Über 3000 Quadratkilometer Land wurden überflutet – das entspricht einer Fläche fast so groß wie Mallorca.

Dürren und Überflutungen gefährden die Ernährungssicherheit, denn 71 Prozent der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, 94 Prozent der armen Menschen von Subsistenzlandwirtschaft. Idai verwüstete 715 000 Hektar der Anbaugebiete, eine Fläche größer als Tokio. Das Welternährungsprogramm schätzt, dass 1,7 Millionen Menschen in Mosambik aufgrund der Folgen von Idai Unterstützung bei der Nahrungsmittelversorgung benötigen.

Proaktive und integrative Maßnahmen

Die Ballung von Bevölkerung und wirtschaftlichen Aktivitäten in Küstengebieten macht Mosambik anfällig für große Schäden im Fall von Extremwetterereignissen. Sozioökonomisch benachteiligte Menschen tragen eine besonders große Last. Im Index der menschlichen Entwicklung belegt Mosambik derzeit Platz 180 von 189. 60 Prozent der Menschen müssen hier mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen, sodass es ihnen kaum möglich ist, eine Katastrophe finanziell abzufedern.

„Schau, in Schlauchbooten retten die Südafrikaner Menschen, die auf Bäumen und hohen Gebäuden vor der Überschwemmung Schutz suchen.“ Makala Nangade, Arzt im zentralen Krankenhaus in Maputo, scrollt durch die aktuellsten Videos: Die Situation ist angespannt, die Menschen in Beira kämpfen um die ersten Essenslieferungen. Ein Sicherheitsbeamter schießt in die Luft, um Ordnung herzustellen. Das Video zeigt zerstörte Flugzeuge neben dem

südafrikanischen Zeltlager. „Warum wurden sie nicht vor dem Sturm evakuiert?“, fragt Nangade, „wir hätten sie dringend für den Transport von Hilfsgütern gebraucht.“

1999 hatte die Regierung Mosambiks die erste Katastrophenmanagement-Policy angenommen: Die Resolution 18/99 führte proaktive Maßnahmen ein und etablierte das Nationale Institut für Katastrophenmanagement. 2014 folgte ein Gesetz, das Katastrophenmanagement in nationale, sektorale und lokale Entwicklungsplanung und -budgetierung integriert. Es schreibt die aktive Einbindung aller Stakeholder vor – Regierung, Zivilgesellschaft, Privatsektor und Entwicklungspartner. Vom 16. April bis zum 2. Mai 2019 führte die Regierung mit Unterstützung von internationalen Partnern eine Post-Katastrophen-Bedarfsanalyse durch.

„In Buzi hat der Zyklon nur wenige Menschen getötet, sie waren informiert. Es gibt dort ein Pilotprojekt zur Frühwarnung mit Fahnen, die anzeigen, in wie vielen Stunden der Zyklon aufs Land trifft“, berichtet Higino Rodrigues vom Institut für Katastrophenmanagement. Für die Überflutungen habe so etwas jedoch gefehlt.

Risiken reduzieren und finanzieren

Um das Katastrophenrisiko zu reduzieren, hat die Regierung 2017 einen Masterplan verabschiedet. Der Plan 2017–2030 greift neben Elementen des ersten Masterplans wie Frühwarnung und Informationsmanagement weitere Punkte auf: Katastrophenbewältigung und Wiederaufbau, Berücksichtigung von Katastrophenrisikomanagement (KRM) in öffentlichen Finanzen, öffentliche Entwicklungsplanung sowie Kapazitätsbildung auf allen Ebenen.

„Ich hatte zwar ein Satellitentelefon dabei, wollte es aber nicht nutzen, denn ich hätte es nicht wieder aufladen können. Ich habe es am Ende nur genutzt, um den Helikopter zu rufen, der mich am Einsatzort abgeholt hat“, so Rodrigues.

Zwei Wochen, nachdem Zyklon Idai aufs Land getroffen war, startete die Regierung mit der Weltbank ein Programm für Katastrophenmanagement und Resilienz. Das Programm unterstützt die Regierung bei der Durchführung ihres Masterplans 2017–2030 zum Umgang mit Katastrophenrisiken. Es verfolgt drei Ziele: 1. gestärkte Kapazitäten der Katastrophenvorsorge und -bewältigung durch Training lokaler KRM-Komitees und verbesserte Frühwarnsysteme, 2. verbesserte finanzielle Absicherung gegen Katastrophen und 3. besserer Schutz vor Extremwetterereignissen für Schulgebäude.

„Heute ist ein großer Tag, an dem wir 20 ständige Sekretärinnen und Sekretäre der Bezirke in die Ausbildung für den lokalen Kapazitätsaufbau aufnehmen können“, erklärt der Nationale Direktor für Minderung und Vorbeugung, César Tembe, am ersten Tag der zweiwöchigen Ausbildung im August 2019. „Dieser Schritt fügt sich ein in einen Prozess der Dezentralisierung des Katastrophenmanagements. Es ist ein geeigneter Zeitpunkt für den Kapazitätsaufbau auf Bezirksebene, bevor in einigen Monaten die Regen- und Zyklonzeit beginnt.“

Das einzige präventive Finanzinstrument war lange Zeit der jährliche Notfallplan. Im Fall von größeren Ereignissen war die Regierung bisher angewiesen auf reaktive Instrumente wie Ad-hoc-Budgetumwidmungen oder die Mobilisierung von Spenden und Notfallkrediten. Sie kommen

In der Region Buzi hat der Zyklon kaum Menschen getötet. Sie waren frühzeitig informiert und konnten fliehen

allerdings oft verspätet an und decken die Kosten nicht. Nach den Katastrophen von 2013 und 2014 lag das Defizit für den Wiederaufbau laut Regierung bei 70 Prozent der Schäden und Verluste.

Ein wichtiger Schritt ist die Dezentralisierung des Katastrophenmanagements

Versicherung gegen Stürme und Dürren

Im Rahmen eines Strategiewechsels zur Stärkung des präventiven Risikomanagements hat die Regierung im Oktober 2017 einen nationalen Fonds für Katastrophenmanagement gebilligt und sich verpflichtet, 0,1 Prozent des jährlichen Staatshaushalts einzuzahlen. Der Fonds soll eine staatliche Versicherung gegen Zyklone und/oder Dürrerisiken finanzieren. Ziel ist es, die Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen für die Katastrophenvorsorge und -bewältigung sicherzustellen und die Planbarkeit zu erhöhen. Anfang 2019 floss die erste Regierungszahlung in den Fonds, in den auch internationale Geber einzahlen können.

„Mein Land verfügt nicht über ausreichend finanzielle Ressourcen, um in normalen Zeiten Grundbedürfnisse, Gesundheitsversorgung und Bildung für uns sicherzustellen", erklärt Carlota Inhamússua, Aktivistin der Frauengruppe Partilha de Ideias aus Sofala.

Seit 2011 ist die Regierung mit der African Risk Capacity (ARC) im Gespräch über die Entwicklung einer staatlichen Versicherung. ARC ist ein Risikopool der Afrikanischen Union, an den Staaten gegen einen festen Beitrag einen Teil ihres finanziellen Risikos durch Extremwetterereignisse übertragen können. Ein Pool senkt den Preis des Risikotransfers gegenüber einer klassischen Versicherung, da die Risiken breiter gestreut sind. Die Länder reichen Notfallpläne ein, die beschreiben, wie sie die Auszahlungen im Katastrophenfall nutzen.

Das verwendete Vorhersagemodell Africa Risk View (ARV) überträgt Satellitenniederschlagsdaten in Schätzungen für Risiko- und Vulnerabilitätsparameter und errechnet die Anzahl der Betroffenen sowie die verursachten Kosten. Auszahlungen gibt es, wenn vorher festgelegte Grenzwerte überschritten werden. ARC-Policen decken derzeit maximal 30 Millionen Dollar pro Gefahr ab, also für Zyklone, Dürre und Überflutung insgesamt 90 Millionen Dollar. Die staatliche Versicherung deckt immer nur einen Teil der gesamten Risiken ab. Im Agrarsektor gibt es bereits Pilotprojekte für Mikroversicherungen.

Um Entwicklungsfortschritte zu schützen, bedarf es eines umfassenden Katastrophenrisikomanagements. Präventive Ansätze und eine kontextspezifische Kombination aus Finanzinstrumenten verkürzen die Zeit, bis im Katastrophenfall dringend benötigte Güter und Gelder bei den Betroffenen ankommen.

Am 2. Mai sitzt der Technische Rat erneut zusammen, dieses Mal, um über den Umgang mit Zyklon Kenneth zu beraten, der eine Woche zuvor in Nordmosambik auf die Küste getroffen war. „Auch wenn Kenneth mit Windstärken von bis zu 220km/h Idai in nichts nachstand, war die Zahl der Toten und Verletzten deutlich geringer. Die Unterstützungskanäle waren bereits aktiviert und viele Akteure einsatzbereit." Rodrigues ist überzeugt: „Wenn vorhersehbar ist, welche Ressourcen im Katastrophenfall verfügbar sind, lässt sich deren Einsatz besser planen und somit effektiver gestalten." • •

Alina Bill-Weilandt ging in Washington, Maputo, Chiang Mai und Berlin der Frage nach, wie Klimarisikomanagement effektiv und gerecht gestaltet werden kann.

Zwischen zwei Welten

Sie gehören überall auf der Welt zu den ärmsten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen: die indigenen Völker. Im Kampf gegen den Klimawandel könnten sie aber Vorbilder sein.

Von Johannes Christian Haas

Nachdem die wackelige Propellermaschine mehrere Stunden über endlos scheinende Wälder geflogen ist, taucht ein rotbrauner Streifen im ewigen Grün unter uns auf. Für alle, die keine tagelange Bootsreise auf sich nehmen wollen, ist die Landepiste von Kutsutkau die einzige Verbindung der umliegenden Dörfer mit dem übrigen Ecuador.

Nur neun Familien, insgesamt 95 Personen, leben hier in Kutsutkau, tief im ecuadorianischen Regenwald. Sie alle sind indigene Achuar. Und sie sind von großer Bedeutung für den globalen Umweltschutz. Im Kampf gegen Klimaerwärmung und weltweites Artensterben beginnt die internationale Politik, die Bedeutung einer sonst oft übersehenen Gruppe zu erkennen: der Indigenen dieser Welt.

Seit Jahrhunderten ist der Amazonas, der größte Regenwald unseres Planeten, Heimat für die Achuar und für mehr als 400 andere indigene Völker mit eigener Sprache, Kultur und Tradition. Er ist gleichzeitig von enormer Bedeutung für unser Klima und die weltweite Biodiversität. Als riesige CO_2-Senke und artenreichste Region der Erde ist er Untersuchungsobjekt und Verhandlungsmasse internationaler Politik. Und diese begreift nur langsam, dass sie für den Erhalt des Ökosystems auf indigene Gruppen und deren Wissen angewiesen ist.

Nirgends auf der Welt ist die Artenvielfalt höher als in von Indigenen bewohnten und verwalteten Gebieten. Nirgends schreitet die Entwaldung langsamer voran, nirgends speichern Bäume folglich mehr CO_2. Indigene sind deutlich erfolgreicher im Umweltschutz, als es moderne Staaten jemals waren. Sie besiedeln und bewirtschaften ihr Land und halten Ökosysteme dennoch intakt. Obwohl Schutzgebiete und Nationalparks menschliche Aktivitäten und Siedlungen strikt verbannen, gelingen dort keine vergleichbaren Erfolge.

Indigene Umweltexpertise

Die ganze Tragweite des Themas wird einem erst bewusst, wenn man sich sein globales Ausmaß vor Augen führt. Indigene leben auf allen Kontinenten, aber nur noch ein Bruchteil von ihnen hat keinen Kontakt zur Außenwelt. Es gibt rund 370 Millionen Indigene. Sie bewohnen, bewirtschaften und verwalten ein Viertel der Erdoberfläche. Und fast überall profitiert die Umwelt davon. Laut Weltbank befinden sich weltweit 80 Prozent der auf Landflächen noch verbliebenen Artenvielfalt in indigenen Gebieten. Eine atemberaubende Zahl, die verdeutlicht: Wenn wir beim Klima- und Umweltschutz endlich nennenswerte Fortschritte machen wollen, brauchen wir das Wissen und die Beiträge Indigener.

Aber zurück nach Kutsutkau, an den Rio Pastaza. Die Grenze zu Peru ist nicht weit. Das ständige Summen und Zirpen des Regenwalds wird nur von Tierrufen unterbrochen. Die Luft ist heiß, feucht, schwer. Uns umgibt ein Ökosystem von einmaliger Produktivität: riesige Bäume, Lianen,

Farne, Unterholz. Affen, Vögel, Schmetterlinge. Seit acht Millionen Jahren übertrifft sich hier die Natur selbst. Zum Vergleich: Der Homo sapiens ist nach aktuellem Wissensstand bis zu 300 000 Jahre alt. Aber er ist präsent, überall. Auch hier.

In Kutsutkau werden nicht nur die kulturelle und biologische Vielfalt des Amazonasgebiets, sondern auch die zahlreichen Probleme deutlich, die die Lebensrealität indigener Gruppen vielerorts in der Welt prägen. Überall gehören Indigene zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen. Ihre Lebenserwartung liegt weltweit 20 Jahre unter dem Durchschnitt. Die kulturelle Vielfalt geht rapide zurück, bis 2100 wird die Hälfte aller Sprachen verschwunden sein. Schulen und weiterführende Bildungsinstitutionen sind häufig nicht auf die Bedürfnisse von Indigenen ausgerichtet. Und obwohl der Zugang zu Land für Indigene essenziell ist, werden ihre traditionellen Landrechte von vielen Verwaltungen nicht anerkannt. Vertreibungen und der Abbau von Ressourcen bleiben eine ständige Gefahr.

Federpracht bricht Anzuggrau

Seit Langem kämpfen Indigene gegen solche Diskriminierungen, aber nur zum Teil mit Erfolg. So wurden ihre Rechte in einer eigenen Erklärung der Vereinten Nationen niedergeschrieben. Als Folge ihres jahrzehntelangen Engagements sind indigene Gruppen vielerorts politisch gut organisiert. In Südamerika existieren Regionalorganisationen, deren Vernetzung bis hinunter auf die Dorfebene reicht. NGOs aus aller Welt unterstützen Indigene und stellen Gelder zur Verfügung. Und neuerdings wird überall von ihrer Relevanz für die Umweltpolitik gesprochen und geschrieben. Es scheint fast, als bewegten sich Indigene zwischen zwei Realitäten, die vollkommen unterschiedlich, aber gleichzeitig eng miteinander verbunden sind.

Szenenwechsel: Zentrale der Vereinten Nationen, Manhattan, New York City. Der graue Büroturm überragt den East River und verschwimmt doch in der Skyline der Hochhäuser hinter ihm. Das diskrete Klappern von Laptoptastaturen unterlegt die Ausführungen der Rednerin auf dem Podium, die Klimaanlage kühlt die Konferenzsäle auf angenehme Temperaturen herunter. Hier findet internationale Kooperation auf höchster Ebene statt. Auch indigene Gruppen sind präsent.

Ihre Vertreter haben sich wie jedes Jahr zum Permanent Forum on Indigenous Issues getroffen. Bei der weltweit größten Indigenenkonferenz erarbeiten sie Empfehlungen zu Themen wie Landmanagement, Massensterben der Sprachen, Biopiraterie, Arbeitsschutz oder der erschreckenden Gesundheitslage in vielen Indigenengebieten. Auch der globale Klimaschutz darf nicht fehlen.

Indigene Vertreter reisen aus allen Ecken der Welt an, sie tauschen die Realität ihrer oft abgeschiedenen Gemeinden gegen die der Weltpolitik. Zur Freude der Fotografen brechen Federschmuck und prachtvolle sibirische Mäntel das gewohnte Grau der Anzüge auf den Gruppenbildern internationaler Gipfeltreffen. Für die mittlerweile global agierende Indigenenbewegung ist die neue Prominenz vor allem eine Chance: auf Gehör und Aufmerksamkeit, auf finanzielle Mittel und technische Unterstützung, auf die längst überfällige Anerkennung ihrer grundlegenden Menschenrechte. Kurzum: eine Chance, ihre äußerst prekäre Situation

Nirgends auf der Welt ist die Artenvielfalt größer als in von Indigenen bewohnten und verwalteten Gebieten

endlich zu verändern. Doch trotz ihrer unbestreitbaren Kompetenzen behandelt die internationale Politik Indigene weiterhin als lebende Symbole. Dabei müssen lokale Gemeinden aktiv in die Entscheidungsfindung zur Landnutzung einbezogen werden. Ihre Interessen können mit den Zielen globaler Umweltpolitik vereinbart werden. Von der Anerkennung traditioneller Landrechte oder vom partizipativen Ressourcenmanagement profitieren nicht nur indigene Gruppen, sondern die globale Umwelt und damit wir alle.

Klimapolitik und -finanzierung müssen zwingend an Menschenrechten ausgerichtet sein. Außerdem müssen Klischees und bestehende Marginalisierungen eindeutig benannt werden, um sie aufbrechen zu können. Gleichberechtigte Partnerschaft bei der Planung, Umsetzung und Bewertung politischer Strategien und praktischer Vorhaben ist geboten – auf Augenhöhe statt als Feigenblatt. Dann mag es gelingen, das große Potenzial Indigener zu nutzen und ihnen zugleich eine Chance zur eigenständigen Verbesserung ihrer Lebensrealität zu bieten. Dies ist nicht nur eine ethische Verpflichtung, sondern auch von fundamentaler Bedeutung für den Kampf gegen Klimawandel und globales Artensterben. • •

Johannes Christian Haas arbeitete in Quito, Montreal und Berlin zu kulturell inklusiven Ansätzen für Klima- und Naturschutz.

Klimafreundliche Kredite

Entwicklungsbanken sind ein wichtiges Bindeglied zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Durch gezielte Investitionen und „grüne“ Darlehen können sie dabei helfen, das 2-Grad-Ziel zu erreichen.

Von Louisa Barzen

Juli 2019: Der Klimawandel, mitausgelöst von unserer auf fossilen Brennstoffen beruhenden Lebens- und Wirtschaftsweise und dem Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre, bedroht unsere Existenz; Handeln ist dringend geboten. Das bedeutet in diesem Fall nichts weniger, als unsere Wirtschaftssysteme nachhaltig zu transformieren. Wie zur Mahnung hat Europa gerade eine der heißesten Perioden seit Beginn der Wetteraufzeichnungen hinter sich.

Und so verabschiedet das höchste Entscheidungsgremium einer Entwicklungsbank ein regionales Programm, um Finanzinstitute und deren Kunden von Nordafrika bis Zentralasien bei der Identifizierung und Finanzierung von Projekten zu Klimaschutz und -anpassung zu unterstützen. Eine Vielzahl von Institutionen der internationalen Gemeinschaft leistet ihren Beitrag, den Wandel einer Welt zu ermöglichen, die das 2-Grad-Ziel des Pariser Übereinkommens erreichen kann. So treten darüber hinaus Regierungen, internationale Organisationen, NGOs und die Zivilgesellschaft dafür ein, dass sich unsere Ökonomien langfristig ändern.

Kurzfristig müssen sie sich für extremere Wetterphänomene wappnen, für einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur

und die daraus resultierenden sozialen Probleme. Vor allem der Privatsektor, Banken und Mikrofinanzinstitutionen eingeschlossen, muss seinen Beitrag dazu leisten, dass die Finanzierungslücken geschlossen und Emissionen reduziert werden können.

Entwicklungsbanken, wie die oben beschriebene, haben daher die Aufgabe, zusammen mit dem Privatsektor dazu beizutragen, Volkswirtschaften in grüne und nachhaltige Systeme zu verwandeln. Sie arbeiten dabei beispielsweise zusammen mit Finanzsystemen in Partnerländern und schulen diese, ihre Portfolios um grüne Projekte zu erweitern.

Verschmutzung unattraktiv machen

An welchen Stellschrauben muss nun gedreht werden, damit wir auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad kommen? Noch immer sind ganze Industriesektoren, zuweilen sogar ganze Länder abhängig von einer Treibhausgas-emittierenden Ökonomie. Solange es keinen Mechanismus gibt, der umweltbelastende Investitionen verteuert, werden Investitionsströme nicht entsprechend umgeleitet. Für Entwicklungsbanken ist es daher sinnvoll, Investitionen in grüne Technologien zu fördern und sie damit attraktiver zu machen.

Ein Beispiel für die Transformation des Finanzsektors als Hebel für grüne Investitionen sind sogenannte grüne Kreditlinien, gepaart mit Beratung und Training. Entwicklungsbanken geben grüne Kreditlinien an lokale Banken und Mikrofinanzinstitutionen aus, die ein gutes Verständnis für den Markt und Präsenz im Partnerland haben. Das Kapital für Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung für Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen, die in neue grüne Technologien investieren wollen, wird zusammen mit Expertise und Beratung angeboten. Dies spart Emissionen, fördert Wissen um grüne Technologien und kann zu einer nachhaltigen Marktentwicklung beitragen.

Entwicklungsbanken und Privatsektor müssen dazu beitragen, unsere Volkswirtschaften in grüne und nachhaltige Systeme zu verwandeln

Dazu zwei konkrete Beispiele, die zeigen, dass durch grüne Kreditlinien kleine Projekte realisiert werden, die Entwicklungsbanken ohne lokale Finanzinstitutionen nicht direkt erreichen könnten: Möchte eine Hausbesitzerin ihre Heizung klimaeffizient umbauen, braucht sie dafür einen Kredit und technische Expertise. Möchte eine Landwirtin trotz länger anhaltender Dürreperioden die gleiche Erntemenge wie bisher produzieren, um keine Einkommenseinbußen hinnehmen zu müssen, kann sie dies erreichen, indem sie zu einer nachhaltig wassersparenden Anbauweise wechselt.

Die Eigenheimbesitzerin und die Landwirtin benötigen dazu Kredite einer lokalen Finanzinstitution und technische Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Vorhaben. In Ländern mit Finanzsystemen im Um- oder Aufbau wird ihnen dies aber nicht angeboten, zumindest nicht in Verbindung mit technischem Beistand, Unterstützung und Begleitung des Projekts und nicht zu erschwinglichen Konditionen. Hier beginnt die Arbeit der Entwicklungsbanken, die Kapital bereitstellen, Expertise weitergeben und dabei auf ein Netz von Partnerfinanzinstitutionen setzen. • •

Louisa Barzen beschäftigte sich in Brüssel, Abidjan und London mit innovativen Finanzinstrumenten in der Entwicklungszusammenarbeit.

Migration und Menschenrechte

Meist gibt es mehr als nur eine Version der Geschichte. Deshalb ist es so wichtig, die Perspektiven der Menschen vor Ort zu berücksichtigen.

Von Jennifer Lehnen, Corinne Duriaux, Julia Spanier, Andrea Schill, Paul Fabel

Mehr legale Wege für Migration

Entwicklungsprojekte, die Migration verhindern sollen, funktionieren nicht. Und menschliche Mobilität kann sich auch positiv auf Entwicklung auswirken.

Von Jennifer Lehnen

Während meiner Zeit in Marokko habe ich im Süden des Landes Narjiss kennengelernt, die als Vorzeige-Rückkehrerin bezeichnet werden könnte. Sie war als Gastarbeiterin nach Deutschland gekommen, hat 42 Jahre dort gelebt, und ihre fünf Kinder arbeiten alle in Dortmund. Nun ist Narjiss in ihr Heimatdorf im wirtschaftlich schwachen und von Arbeitslosigkeit geplagten Süden Marokkos zurückgekehrt, wo sie sich von ihrem Ersparten zwei Wohnungen kaufen konnte und eine Bäckerei eröffnet hat. Sie hat fünf Mitarbeiterinnen angestellt, von denen jede wiederum drei bis vier Personen unterstützen kann, wie sie stolz erzählt.

Für Narjiss war es nicht erforderlich, an einem entwicklungspolitischen Rückkehrprogramm teilzunehmen. Durch ihren langen legalen Aufenthalt in Deutschland hatte sie beste Voraussetzungen, um aus eigener Kraft Instrumente der Migration für Entwicklung umzusetzen: Sie schickte Rücküberweisungen in ihre Heimat und baute dort einen kleinen Betrieb auf. Damit trägt sie auch zur Entwicklung ihres Dorfes bei.

Das Problem der aktuellen entwicklungspolitischen Rückkehrprogramme besteht darin, dass es eine Diskrepanz zwischen dem Angebot des deutschen Staates und den Bedürfnissen der interessierten Migrantinnen und Migranten gibt. Die Programme werden meist auf eine Zielgruppe hin ausgerichtet. Allerdings wenden sich diese Programme nicht an Menschen, die länger in Deutschland gelebt und gearbeitet haben und gerne in ihre Herkunftsländer zurückkehren möchten. Vielmehr richten sie sich an abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die oftmals nicht lange genug in Deutschland verweilen, um sinnvoll von den Programmen zu profitieren. Abgelehnte Personen haben ganz andere Bedarfe, zum Beispiel eine übergangsweise Unterkunft, und eine ganz andere Vulnerabilität. Wenn sie zurückkehren, gelten sie oft als gescheitert.

Ohne Rückkehroption würde unser jetziges Asylsystem nicht funktionieren. Die Debatte sollte aber nicht nur auf die freiwillige oder zwangsweise Rückführung in die Herkunftsländer gerichtet sein. Sie sollte auch die dahinterliegenden Dynamiken in den Blick nehmen. Viele Menschen müssen zurückkehren, weil sie Asyl in Deutschland beantragt haben, ohne zu wissen, dass sie gar kein Recht darauf haben. Viele haben zu wenige Informationen über andere Möglichkeiten, wie die Beantragung eines Arbeitsvisums in ihren Herkunftsländern. Deshalb sind grundlegende Informationen wichtige Voraussetzungen für eine geordnete, sichere und reguläre Migration.

Entwicklungszusammenarbeit steht heute oft unter besonderem innenpolitischen Druck. Sie wird zur Abwehr von Migration instrumentalisiert, anstatt bessere Informationen über Einreisebedingungen zu verbreiten. Häufig wird dies mit dem Begriff der Fluchtursachenbekämpfung gerechtfertigt. Diese soll mit

Entwicklungszusammenarbeit die Bedingungen in den Herkunftsländern so weit verbessern, dass die Menschen dort nicht mehr auf die Idee kommen, nach Deutschland zu „flüchten". An diesem Begriff und den Projekten, die darauf aufbauen, sind verschiedene Aspekte problematisch.

Zunächst muss zwischen Flucht und Migration unterschieden werden. Flucht hat mit der Genfer Flüchtlingskonvention einen völkerrechtlichen Rahmen; alle Staaten, die sie ratifiziert haben, sind verpflichtet, Menschen Schutz zu gewähren, die politisch verfolgt werden oder aus einem Konfliktgebiet fliehen. Migration ist jede andere Art von internationaler und längerfristiger Mobilität. Jedoch kann nicht immer genau zwischen Flucht und Migration differenziert werden, da manche Menschen ihr Land aus einer Kombination von Gründen verlassen: staatliche oder nichtstaatliche Verfolgung und schlechte wirtschaftliche Perspektiven.

Druckmittel gegenüber Drittstaaten

Mit dem Begriff der Fluchtursachenbekämpfung werden auch diese gemischten Migrationsbewegungen angesprochen. Entwicklungsgelder werden genutzt, um Migration abzuwehren. Allerdings kann Migration nicht grundsätzlich verhindert werden. Die Theorie des „migration hump" (Migrationsbuckel) zeigt, dass es bei steigendem Pro-Kopf-Einkommen und mehr wirtschaftlicher Entwicklung zunächst zu mehr Migration kommt, weil sich die Menschen dieses teure Unterfangen nun leisten können. Die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten, gern als „Bleibeperspektive" betitelt, führt also zunächst zu mehr Migration. Erst wenn diese sich nicht mehr lohnt, gehen die Zahlen zurück. Aber dies ist eher eine Frage von Jahrzehnten.

Es fließen mehr Gelder in Länder, die von strategischer Bedeutung für Migrationsbewegungen sind

Mit diesen neuen Konzepten Fluchtursachenbekämpfung und Bleibeperspektive werden die Werte und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit untergraben, deren ursprüngliche Ausrichtung dazu dienen sollte, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Nun sollen diese Mittel dazu dienen, unser behagliches Leben in Europa vor Zuwanderinnen und Zuwanderern zu schützen. Entwicklungsgelder werden sogar als Druckmittel gegenüber Drittstaaten instrumentalisiert, um migrationspolitische Interessen wie Rückübernahmeabkommen durchzusetzen. Mittlerweile fließen mehr Gelder in Länder, die für Migrationsbewegungen strategisch bedeutsam sind, als in jene, die am meisten auf Hilfe angewiesen sind.

Wie können die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den positiven Auswirkungen der Migration für Entwicklung besser ausgeschöpft werden? Ich plädiere für einen Perspektivwechsel. Mobilität wirkt sich positiv auf Entwicklung aus, sowohl für Ziel- und Herkunftsländer als auch für Migrantinnen und Migranten, für ihre Familien und Gemeinschaften. Wir sollten aufhören, Entwicklungszusammenarbeit als Instrument zur Verhinderung von Migration einzusetzen. Vielmehr sollten wir mehr Migranten wie im oben genannten Beispiel fördern. Die Rücküberweisungen übersteigen schon jetzt die offiziellen Entwicklungsgelder bei Weitem (529 versus 176 Milliarden Dollar). Wissenstransfer durch Rückkehr und Reintegration, Unterstützung der Diaspora und Ausbildungspartnerschaften bringen alle Seiten weiter.

Legale Migrationswege gehören zu einer ganzheitlichen Migrationspolitik. Rückkehrprojekte scheitern oft daran, dass sie den Migrationszyklus nicht zu Ende denken – Migration ist keine Einbahnstraße. Die Partnerländer haben andere Interessen, sie wollen zirkuläre Migration stärken, zum Beispiel durch saisonale Arbeitsvisa. Diese Interessen sollten mit in Betracht gezogen werden, um eine funktionierende gemeinschaftliche Migrationspolitik zu gestalten, mit Partnern auf Augenhöhe. Das neue Fachkräftezuwanderungsgesetz, das Anfang 2020 in Kraft treten wird, geht einen kleinen Schritt in Richtung einer vereinfachten Einreise nach Deutschland. Die Bundesregierung sollte mutiger in der Schaffung von legalen Migrationswegen sein. Dies würde auch zu einer Verringerung der gefährlichen irregulären Migration beitragen, die in den vergangenen Jahren so viele Menschenleben auf dem Mittelmeer gefordert hat. Und gleichzeitig wäre es der deutschen Wirtschaft zuträglich. • •

Jennifer Lehnen beschäftigte sich in Rabat, Quito, Berlin und Recife mit Instrumenten zur Unterstützung von rückkehrenden Migrantinnen und Migranten.

Es gibt nicht nur eine Geschichte

Wenn wir humanitäre Hilfe leisten wollen, müssen wir die Folgen unserer Projekte abschätzen. Das gilt auch für die Entscheidung, wie und an wen Geldzahlungen geleistet werden.

Von Corinne Duriaux

Dieser Artikel könnte mit dem Bild einer mittellosen Frau in Nigeria beginnen. Einer Frau, der es nicht gelingt, eigenständig ihr Einkommen zu erwirtschaften, und die deshalb auf die Unterstützung durch Hilfsorganisationen angewiesen ist. Meistens reicht das Geld nicht für drei Mahlzeiten und schon gar nicht für die Schulgebühren ihrer Kinder. Sie lebt mit ihrer Familie unter einfachsten Bedingungen in einer Hütte, und Krankheiten gehören zu ihrem Alltag. Es ist ein Bild, das in Nachrichten und Spendenaufrufen immer wieder von afrikanischen Ländern gezeichnet wird. Ist dieses Bild falsch? Es ist sicherlich unvollständig.

Mit der Gefahr einseitiger Geschichten setzt sich die nigerianische Autorin Chimamanda Ngozi Adichie in ihrem Ted-Talk „The danger of a single story“ auseinander. Sie erläutert, dass durch die Verengung der Perspektive auf nur eine von vielen möglichen Geschichten über Personen, Gruppen oder Orte Stereotype und Klischees entstehen. So sei das Bild von Afrika in den westlichen Industriestaaten verzerrt und zeige oft nur negative Seiten. Laut Adichie hält sich dieses Bild so hartnäckig, weil die Geschichte des afrikanischen Kontinents so ständig erzählt wird. Wenn es um humanitäre Hilfe geht, wird oft dieses Bild gezeichnet – und auch ich werde in gewisser Weise diese eine Geschichte weitererzählen. Deshalb ist mir der Hinweis auf Chimamanda Ngozi Adichie so wichtig, deren Werke ein ganz anderes Bild von Nigeria zeichnen.

Während meiner Arbeit beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) besuchte ich vier Frauen in einem Lager für Binnenvertriebene in Maiduguri. Maiduguri liegt im Nordosten Nigerias, der Hochburg der Terrororganisation Boko Haram. Diese Frauen kommen aus Dörfern, aus denen auch viele der Terroristen stammen. Im Maiduguri-Lager wurden diese Frauen oftmals ausgestoßen und erhielten kein Essen, weil ihnen Verbindungen zu Boko Haram nachgesagt wurden. Bei einigen Frauen stimmte das, denn ihre Männer schlossen sich den Terroristen an – wer es nicht „freiwillig" tat, lebte selten lang. Andere waren nur zur falschen Zeit am falschen Ort.

Die Frauen erzählen mir, dass sie allein oder mit ihren Männern erfolgreich Geschäfte führten und dann alles verloren, als Boko Haram ihre Dörfer überfiel. Zwei wurden lange in Gefangenschaft gehalten, alle haben Familienmitglieder verloren. Was diese Frauen erlebt haben, kann ich mir nur ansatzweise vorstellen, und ich frage sie nicht weiter aus. Unsere Aufgabe besteht darin, ihre wirtschaftliche Lage zu analysieren, denn die vier haben Geld vom IKRK erhalten, um wieder eigene Verdienstquellen schaffen zu können. Bei diesen Programmen handelt es sich um direkte Geldleistungen an hilfsbedürftige Personen, wobei diese selbst entscheiden können, was für sie am besten ist. Dies hat sich als effektivere Alternative zur Verteilung von Nahrungsmitteln und anderen Hilfsgütern erwiesen.

Die Frauen zeigen mir, was sie nun tun: Eine stellt Seife, Vaseline und Pomaden her, die zweite schneidert Kleider, die dritte hält acht Ziegen und einen Stall Hühner und die vierte verkauft Getränke und selbstgemachte Pasta. Obwohl das Einkommen meist für nicht viel mehr als das Nötigste reicht, legen sie ab und an Geld zur Seite. Zugleich garantieren sie eine beständige Qualität ihrer Produkte. Die zuvor ausgestoßenen Frauen haben damit an Anerkennung gewonnen: Die Menschen im Lager sprechen wieder mit ihnen und kaufen bei ihnen ein. Anfangs gab es aber auch Missgunst: Warum werden gerade diese Frauen, die in Verbindung mit Boko Haram standen, unterstützt? Das IKRK reagierte darauf mit viel Erklärungsarbeit.

Beispiele aus Nigeria und der Türkei zeigen, wie wichtig unterschiedliche Herangehensweisen für den Erfolg sind

Und wie wird es von den Familien aufgenommen, dass die Frauen Geld erhalten und Geschäfte führen? Eine Frau beschreibt, dass es für ihren Ehemann manchmal schwierig zu akzeptieren sei, dass er keine Arbeit habe und hauptsächlich sie das Einkommen erwirtschafte. Aber nicht nur in diesem Projekt geht die Unterstützung an Frauen, sondern in fast allen IKRK-Direktzahlungsprojekten im Norden Nigerias. Dies überrascht mich, hatte ich doch im Südosten der Türkei, wo syrische Flüchtlinge von Direktzahlungen profitieren, ganz anderes erlebt.

Unterschiedliche Gender-Ansätze

In Gaziantep, einer türkischen Stadt knapp 100 Kilometer nördlich von Aleppo, geht die Zahlung direkt an den Haushaltsvorstand, in den meisten Fällen an einen Mann. Dies kann mit syrischen Familienverhältnissen erklärt werden, wo eher Männer Entscheidungen fällen. Was würde geschehen, wenn auch hier, wie in Nigeria, die Frauen die finanzielle Unterstützung erhielten? Einige Syrerinnen erklären mir, dass es bei ihnen kein Problem wäre, während es bei anderen durchaus zu Spannungen führen

könnte. Um den Ausbruch von häuslicher Gewalt zu verhindern, vergibt sogar die NGO CARE das Geld weiter an Männer, obwohl es ihr Ziel ist, alle Programme „gendertransformativ“ zu gestalten, um Gleichberechtigung zu fördern.

Aber warum kommt es im Norden Nigerias, in einer konservativ muslimischen, polygamen Gesellschaft, nicht zu Spannungen, wenn das IKRK Frauen bei der Geldvergabe bevorzugt? Im Gegensatz zu CARE will das IKRK gar nicht gendertransformativ wirken. Es wurde aber festgestellt, dass die Projektziele besser erreicht werden, wenn Frauen das Geld erhalten. Frauen kennen die Bedürfnisse des Haushalts am besten, weil sie die meiste Zeit zu Hause sind; die Männer hingegen würden das Geld oft dazu verwenden, eine weitere Frau zu heiraten. Die Vorteile erklärte das IKRK den Dorfältesten und den Männern, die sich dann einverstanden erklärten.

Wenn humanitäre Hilfe geleistet wird, müssen unsere Annahmen immer wieder hinterfragt werden – um, wie Adichie es ausdrückt, „zu realisieren, dass es niemals nur eine Geschichte gibt“. Wir müssen mit den Menschen vor Ort sprechen und ihnen Entscheidungsmacht geben, um zu verstehen, welche Folgen unsere Handlungen auslösen können. Vor allem, wenn sie auf einseitigen Geschichten und unvollständigen Bildern beruhen. • •

Corinne Duriaux untersuchte in Amman, Gaziantep und Maiduguri die genderspezifischen Auswirkungen von Geldleistungen in humanitären Kontexten.

Ende der Vogelperspektive

Ernährungssouveränität verlangt einen Perspektivwechsel in der Ernährungspolitik. Der kann zur Stärkung lokaler Landwirtschaft beitragen, wie zwei Beispiele aus Ecuador zeigen.

Von Julia Spanier

Landkarten sind der Inbegriff der Vogelperspektive. Beim Betrachten einer Landkarte schauen wir von einer entrückten Position auf ein Gebiet, als wäre es flach und strukturiert. Die Vogelperspektive erlaubt Abstraktion, das Wahrnehmen von Mustern und übergeordneten Zusammenhängen. So suggeriert sie Objektivität – einem konventionellen wissenschaftlichen Verständnis entsprechend, das Objektivität als das Ausbleiben von Interaktion zwischen Forschenden und Erforschtem versteht. Um eine Sache in ihrer Wahrhaftigkeit zu erfassen, müssen wir uns nur weit genug von ihr entfernen, so lautet die These.

Lange wurde Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aus dieser Vogelperspektive betrieben. Anstatt die Erfahrungen und Interessen der lokalen Bevölkerung als Ausgangspunkt von Veränderung zu verstehen, erfolgte EZ oft anhand extern erstellter Modelle und Analysen. Das Konzept „Entwicklung“ selbst ist das Produkt des westlichen Blickes auf „den Rest der Welt“. Doch das Vertrauen in diesen Ansatz bröckelt seit geraumer Zeit. Wir brauchen einen Perspektivwechsel.

Im Bereich Ernährungssicherheit gewinnen sogenannte territoriale Ansätze immer mehr an Bedeutung. Dies ist die Folge eines Trends hin zu partizipativen Entwicklungsmodellen, die die Perspektive der lokalen Bevölkerung stärker in den Mittelpunkt rücken sollen. Territoriale Ansätze sollen nun die Lücken nationaler und sektoraler Programme zur Ernährungssicherung schließen, indem sie sich den spezifischen Problemen auf der Ebene von Territorien annehmen.

Ein Territorium umfasst dabei sowohl städtische als auch ländliche Gebiete, die funktional miteinander verbunden sind – aber nicht notwendigerweise demselben Verwaltungsgebiet angehören. Innerhalb eines Territoriums werden sektorübergreifende Programme entwickelt – zum Beispiel wird die Zusammenarbeit von Personen aus dem Gesundheits-, Landwirtschafts- und Umweltbereich angeregt, um die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Das klingt vielversprechend, und dennoch bleibt abzuwarten, inwieweit diese territorialen Ansätze von der Vogel- in die territoriale Perspektive wechseln.

Es geht um Macht

Ernährungssouveränität könnte ein gutes Leitbild sein, um territoriale Ansätze tatsächlich mit einem Perspektivwechsel zu versehen. Ernährungssouveränität wurde 1996 von der internationalen kleinbäuerlichen Bewegung La Via Campesina vorgestellt. In der Erklärung des Nyéléni-Forums wird Ernährungssouveränität als „das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste, nachhaltig produzierte Nahrung; das Recht, Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen“ definiert.

Kleinbäuerliche Rechte rücken in den Mittelpunkt der Ernährungspolitik – denn internationaler Agrar- und Lebensmittelhandel sowie die politische und kulturelle Marginalisierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft entziehen der ländlichen Bevölkerung nach und nach den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen, Land und Saatgut. Ernährungssouveränität fordert ein Ende dieser Machtungleichheit.

Ein Aspekt des Kampfes gegen diese Machtungleichheit ist die Einnahme der Perspektive des Territoriums. Das bedeutet zum einen, dass jene, die das Land bewohnen und bearbeiten, politische Macht in Form von Wissensproduktion und Entscheidungsfindung zurückfordern. Und zum andern, dass die Stärkung territorialer Ernährungssysteme und Märkte eingefordert wird, in denen alle Schritte von der Primärproduktion über die Verarbeitung bis zum Konsum innerhalb des Territoriums verbleiben. Dabei bleibt auch der erwirtschaftete Gewinn innerhalb des Territoriums und wird nicht mit der Verarbeitung und Vermarktung der Produkte weit entfernt vom Ort ihrer Ernte erzielt. Territoriale Ernährungssysteme reetablieren soziale Systeme in bestimmten Gebieten, allen voran zwischen Konsumierenden und Produzierenden.

Im Welternährungsausschuss (CFS) in Rom, einem partizipativ gestalteten Gremium der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, werden territoriale Ernährungssysteme diskutiert. Die Zivilgesellschaft, unter anderem repräsentiert durch Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Viehhalterinnen und Vieh-

Vor Ort produzieren und konsumieren: Kleinbäuerliche Rechte rücken in den Mittelpunkt der Ernährungspolitik

haltern, Landlosen und Indigenen, brachte 2015 das Konzept der territorialen Märkte in die CFS-Politikempfehlungen.

Auch das zugrundeliegende Konzept der Ernährungssouveränität hat die Sphäre der Zivilgesellschaft verlassen und den Weg in internationale und nationalstaatliche Politik gefunden. Die im November 2018 verabschiedete UN-Erklärung zu den Rechten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern definiert, dass jene „und andere in ländlichen Regionen arbeitende Menschen das Recht haben, ihre Ernährungs- und Agrarsysteme selbst zu bestimmen, was von vielen Staaten und Regionen als das Recht auf Ernährungssouveränität anerkannt ist". Darüber hinaus haben seit 2008 erste Länder wie Bolivien, Venezuela und Ecuador das Recht auf Ernährungssouveränität in ihre Verfassungen aufgenommen.

Die eigene Landkarte zeichnen

In Ecuador hat Artikel 13 der neuen Verfassung zur Förderung von Ernährungssouveränität jedoch noch keine tiefen strukturellen Veränderungen mit sich gebracht. Die Zivilgesellschaft und Territorien wurden bislang nicht ermächtigt, ihre eigenen Ernährungssysteme zu gestalten; Bergbauprojekte stechen das Recht auf Ernährungssouveränität aus, und kleinbäuerliche Organisationen der Küstenregion beobachten, wie immer mehr kleine Ackerflächen aufgekauft, zusammengeführt und an große Agrarunternehmen weiterverkauft werden.

Aber die ecuadorianische Zivilgesellschaft ist weiter aktiv. So hat die kleinbäuerliche Organisation von Quevedo (CAQ) einen lokalen Markt ins Leben gerufen, der langfristig ein in sich geschlossenes territoriales Ernährungssystem schaffen soll. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sollen mit lokal gezüchtetem Saatgut und lokal zubereiteten organischen Düngern und Tierfutter ihre Produkte herstellen. Sie sollen Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Geräten sowie zu Krediten einer Kooperativbank haben. Auf dem Markt können die Produkte dann verkauft werden – möglichst nach einigen Verarbeitungsschritten, um die Gewinnmarge zu vergrößern. Die Produzierenden bilden sich kontinuierlich politisch und agrarökologisch weiter, tauschen sich mit Kolleginnen und Kollegen anderer Territorien und Provinzen aus und, ganz wichtig, fordern die Unterstützung und Anerkennung ihrer Rechte seitens der lokalen und nationalen Autoritäten ein.

Die Zivilgesellschaft will mit lokalen Märkten ein in sich geschlossenes Ernährungssystem schaffen

In einem anderen Projekt, das derzeit nicht nur von CAQ, sondern auch von der Union kleinbäuerlicher Organisationen Esmeraldas (UOCE) durchgeführt wird, kartieren Kleinbäuerinnen und Kleinbauern die Umrisse ihrer Gemeinschaften, ihre Lebenssituation und die vorherrschenden Formen der Landnutzung in ihrer Region. Sie dokumentieren das Fortschreiten industrialisierter Landwirtschaft in ihren Provinzen, den ungleichen Kampf um Land zwischen kleinbäuerlicher und exportorientierter Landwirtschaft, das Fehlen grundlegender sozialer und materieller Infrastruktur in ländlichen Regionen.

Es ist ein politischer Kampf: Die Menschen zeichnen ihre eigene Landkarte. Anstatt sich befragen und analysieren zu lassen, emanzipieren sie ihren eigenen Blick auf sich selbst und die Welt. • •

Julia Spanier beschäftigte sich in Heidelberg, Brüssel und Quito mit dem Konzept der Ernährungssouveränität.

Das Muster wiederholt sich

Die schlechten Arbeitsbedingungen im Bekleidungssektor sind seit Langem bekannt. Aber geändert hat sich noch immer nicht viel. Denn freiwilliges Engagement von Modemarken genügt nicht.

Von Andrea Schill

Was sind gute Arbeitsbedingungen? Eine sehr subjektive Frage, meinen die einen; sehr schwer zu beantworten, sagen andere. Eigentlich ist sie das nicht. Wenn ich mir vorstelle, jeden Tag acht, oft zehn Stunden auf einem kleinen Holzhocker bei schummrigem Licht zu sitzen, es ist stickig und heiß, zuweilen steigt mir der Geruch von Gummi oder Lösungsmitteln in die Nase. Manchmal ist mein Monatslohn korrekt, manchmal wird er falsch berechnet. Es kann passieren, dass ich von meiner Vorgesetzten angeschrien werde oder der Produktionschef zweideutige Anspielungen macht. Doch etwas zu sagen, traue ich mich nicht. Dann sind das sicherlich keine guten Arbeitsbedingungen, in keinem Land der Welt.

Diese Liste mit weiteren Beispielen zu ergänzen, würde weder mir noch meinen Kolleginnen und Kollegen, die beim Better-Factories-Programm der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) jeden Tag Fabriken bei der Einhaltung von Arbeitsstandards kontrollieren, den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, NGO-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern, Expertinnen und Experten der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit oder Beschäftigten von Modeunternehmen schwer fallen.

Wir wissen genug über den Bekleidungssektor, um endlich etwas zu verbessern. Wer sich länger mit dem Thema beschäftigt, erkennt ein Muster von Problemen, das sich Jahr für Jahr wiederholt. Manchmal ist es ein anderes Land, eine andere Modemarke, die in der Fabrik produziert, aber die Missstände bleiben immer die gleichen.

In meinem Kolleg-Jahr habe ich auf Fabrik-, Regierungs- und Unternehmensebene nach wirkungsvollen Ansätzen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gesucht. Natürlich gibt es sie, die vielversprechenden Beispiele und Geschichten von nachhaltigen Marken, klugen Pilotprojekten, Branchenstandards und Anleitungen, wie man diese einhalten kann. Auch ich habe viele inspirierende Menschen und ihre Ansätze kennengelernt: Seien es Smartphone-Apps zur Aufklärung über Arbeitsrechte in Myanmar oder Ausbildungszentren für ungelernte Arbeiterinnen, die neben einer Nähausbildung auch Verhandlungstraining bekommen und so mit einem besseren Gehalt in die Branche einsteigen können. Seien es die Durchführung von jährlichen Kontrollen verknüpft mit Beratungsangeboten in Kambodscha oder der Aufbau eines detaillierten Lieferkettenmanagementsystems in Paris.

Mode für den Preis eines Cappuccinos

Die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit sind innovativ, oft aber zeitlich, finanziell oder geografisch begrenzt. Brancheninitiativen bringen alle Stakeholder zusammen, sind jedoch nur freiwillig. Nachhaltigkeitsstrategien von Unternehmen sind vorhanden, aber oft schwammig und von außen nur schwer kontrollierbar. Menschenrechtsverletzungen finden statt,

vielerorts fehlt aber die rechtliche Grundlage, um Schadensersatz bei den Marken einzuklagen. Wie können wir eine Branche langfristig reformieren, wenn Engagement freiwillig ist und Menschenrechtsverletzungen keine rechtlichen Konsequenzen haben?

Modemarken sollten Fabriken mit schlechten Bedingungen nicht mehr beauftragen dürfen. Das würde nicht bedeuten, dass in einem bestimmten Land nicht mehr produziert werden kann. Denn es gibt nicht das eine Land mit schlechten Arbeitsbedingungen im Bekleidungssektor. Vielmehr gibt es Fabriken mit schlechten Arbeitsbedingungen, und diese können in Kambodscha, Bangladesch, Italien oder Rumänien stehen. In Kambodscha verfügt das Better-Factories-Programm über Daten zu Arbeitsbedingungen in über 500 Fabriken, da die kambodschanische Regierung alle exportierenden Fabriken zur Teilnahme verpflichtet hat. Auch dort gibt es Fabriken, die fast alle und solche, die nur die Hälfte der internationalen Standards und lokalen Arbeitsrechte einhalten.

Es ist leicht vorstellbar, welche Folgen es für die Arbeitsbedingungen hat, wenn Modemarken pro Jahr 12 000 verschiedene Teile auf den Markt bringen und es manchmal nur 15 Tage vom Entwurf bis zum Verkauf dauern soll. Für viele Menschen ist es normal, für den Preis eines Cappuccinos jede Woche etwas Neues auf den Kleiderbügeln oder Webseiten zu finden.

Der Bekleidungssektor hat in Ländern wie Kambodscha und Myanmar über eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen. Oft macht der Sektor mehr als 70 Prozent des Exportvolumens aus. Diese Branche, in der vor allem Frauen arbeiten, kann ein Sprungbrett für Einkommen und Selbstständigkeit sein. Aber nicht, wenn die Arbeiterinnen gesundheitliche Probleme durch Chemikalien bekommen, sexuell belästigt werden, sich von ihrem Lohn nichts aufbauen können, der Grundwasserspiegel sinkt oder der Fluss ihres Dorfes durch Industrieabwasser vergiftet wird. Die Regierungen der Produktionsländer sind in der Pflicht, ihre Exporte und damit das Risiko von Jobverlusten langfristig zu diversifizieren sowie in Bildung zu investieren. Wenn zusätzlich die Menschen in den Industriestaaten bereit sind, wieder mehr Geld für Kleidung auszugeben und insgesamt weniger zu konsumieren, muss das nicht zwangsläufig Arbeitsplätze kosten.

Für nachhaltige und faire Produktion

Es darf nicht sein, dass wir in einigen Jahren noch immer über die gleichen Probleme diskutieren. Jeden einzelnen Tag betreffen diese Versäumnisse rund 60 Millionen Menschen. Mit dem heutigen Wissen, globaler Mobilität und digitalen Werkzeugen ist es möglich, Lieferketten transparent zu gestalten und Menschenrechtsverletzungen frühzeitig zu erkennen. Es ist möglich, verbesserte Bedingungen auch mit unternehmerischem Profit zu verknüpfen. Dennoch sollten Bedingungen nicht nur verbessert werden, wenn sie zum Unternehmensgewinn beitragen. Für mich gibt es nach diesem Jahr der Einblicke in zwei Produktionsländer nur ein Fazit: Es wird Zeit, endlich größer zu denken und eine nachhaltige und faire Produktion zur neuen Normalität zu machen.

Modemarken müssen ihre Einkaufspraktiken ändern und interne Standards entwickeln, die verhindern, dass in Fab-

Wie können wir eine Branche reformieren, wenn Menschenrechtsverletzungen keine rechtlichen Folgen haben?

riken produziert wird, in denen die Hälfte der Arbeitsrechte nicht eingehalten wird. Fabrikarbeiterinnen leiden unter den kurzen Lieferzeiten, kurzfristigen Designänderungen und dem ständigen Preiswettbewerb. Ein Gesetz zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht ist nötig, um Anreize für Investitionen in Arbeitsstandards zu schaffen. Das heutige System muss grundlegend verändert werden – durch die internationale Zusammenarbeit, Modemarken und vor allem die nationalen Regierungen.

Wenn wir selbst nicht unter unmenschlichen Bedingungen in einer Fabrik arbeiten wollen, dürfen wir auch nicht zulassen, dass andere unter diesen Umständen arbeiten. In meinem Kolleg-Jahr habe ich viele inspirierende, mutige Menschen erlebt, die sich seit Jahrzehnten für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen – und es werden immer mehr. • •

Andrea Schill beschäftigte sich in Yangon, Phnom Penh und Paris mit Ansätzen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textil- und Bekleidungssektor.

Verschleppt, versteckt, verkauft

Der illegale Handel mit Kulturgütern blüht auch jenseits von Krisen und Konflikten. Die Eindämmung ist juristisch kompliziert, aber dringend notwendig – sonst geht unser kulturelles Erbe verloren.

Von Paul Fabel

Die Zerstörung des Weltkulturerbes und der illegale Handel mit Kulturgütern gehen Hand in Hand: Durch die Demolierung werden Büsten abgeschlagen, Mosaike gewaltsam herausgebrochen, Schreine oder Altäre entwendet. Es werden Gräber geplündert oder heilige Stätten durch die Entnahme bedeutsamer Insignien entweiht. Böswillige Zerstörung führt dazu, dass integrale Bestandteile von Kulturerbestätten entwendet und dann illegal in Umlauf gebracht werden.

Einige Beispiele sind uns noch im Gedächtnis: die Sprengung des Bal-Tempels in Palmyra durch den sogenannten „Islamischen Staat“ in Syrien sowie der Mausoleen in Timbuktu durch „Ansar Dine“ in Mali. Die Zerstörung dort scheint vorerst gestoppt – aber dadurch sinkt auch die mediale Aufmerksamkeit für das Thema, der Schutz des Weltkulturerbes verliert an Beachtung.

Es wäre allerdings falsch anzunehmen, dass Antiquitäten und andere Kulturgüter nicht mehr gehandelt werden, nur weil die Zerstörung im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten zurückgegangen ist. Denn: Solange die Nachfrage anhält, werden Kulturgüter geschmuggelt und außer Landes gebracht – und zwar überall dort, wo schwache staatliche Strukturen einen umfassenden Schutz kultureller Stätten nicht garantieren können. Die gestohlenen Kulturgüter werden in geheimen Lagern untergebracht, um sie nach einigen Jahren oder Jahrzehnten gewinnbringend auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Das ist ein lukratives Geschäft, denn Kriminelle können sich der anhaltenden Nachfrage sicher sein. Hinzu kommen kleine Objekte

Organisierte Kriminalität weiß genau, wie lange und wo welche Objekte geparkt werden müssen

wie römische Münzen oder Waffenteile, die mithilfe von Metalldetektoren aufgespürt werden. Der massenhafte Verkauf über Onlineplattformen und soziale Medien ist möglich, weil die Objekte leicht zu verschicken sind und dem Zoll kaum auffallen. Es kommt ebenfalls vor, dass große Objekte in Einzelteile zerlegt, separat verschickt und später wieder zusammengesetzt werden.

All das ist leider gängige Praxis. Organisierte Kriminalität nutzt etablierte Transportrouten und Netzwerke, kennt juristische Schlupflöcher und weiß genau, wie lange welche Objekte wo „geparkt" werden müssen, bevor sie eingeführt werden. Dieses Vorgehen ist nichts anderes als das Reinwaschen kultureller Güter – vergleichbar mit dem Prinzip der Geldwäsche. Und in bestimmten Fällen trägt dieser Handel sogar zur Finanzierung von Terrorismus bei.

Das juristische Regime ist kompliziert

Wie können wir gegen dieses Problem vorgehen? Zur Bekämpfung bedarf es eines internationalen Rechtsregimes, das effektiv und zugleich verständlich ist. Weiter brauchen wir gute Ausbildung und enge Kooperation zwischen Rechtsdurchsetzungs- und Strafverfolgungsbehörden. Und schließlich sind Anreizstrukturen notwendig, um Angebot und Nachfrage wirksam zu senken.

Das juristische Regime zum Schutz vor unrechtmäßigem Handel mit Kulturgütern ist kompliziert; es basiert auf sich teils erheblich voneinander unterscheidenden Definitionen sowie Alters- und Wertgrenzen für Kulturgüter. Weltweit verschiedene Rechtssysteme erschweren die Arbeit. Regierungen von Ländern, die als „Marktstaaten" gelten, also attraktiver Marktplatz für solche Objekte sind, müssen ihr Engagement verstärken, und die EU könnte hier harmonisierend wirken und Unterschiede in der Rechtsordnung ihrer Mitgliedstaaten reduzieren. Aber leider wird dieses Potenzial nicht so effizient genutzt, wie man es erwarten könnte, da sich die EU in ihren Verordnungen nicht strikt an völkerrechtlichen Standards und allgemeingültigen Definitionen orientiert.

Das führt zu Unmut – nicht nur bei Juristinnen und Juristen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, sondern vor allem bei Zoll- und Polizeibeamtinnen und -beamten, die die rechtlichen Vorgaben täglich und unter Zeitdruck umsetzen müssen. Umfangreiche juristische und technische Schulungen bieten Organisationen wie die UNESCO, UNIDROIT, INTERPOL und die Weltzollorganisation an. Deren Seminare sind auf die juristischen Bestimmungen und Kapazitäten eines jeden Staates ausgerichtet. Aber leider erreichen sie nur eine geringe Anzahl von Menschen, denn jede dieser Organisationen hat nur ein oder zwei Beschäftigte, die Workshops durchführen. Diese Weiterbildungen sind im Vergleich zum Volumen an illegal gehandelten Objekten also nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier braucht es mehr Geld für Lehrgänge, Trainerinnen und Trainer und insgesamt mehr Zeit.

Immerhin: Auf operationaler Ebene funktioniert die Zusammenarbeit bereits gut. In der EU führen die genannten Organisationen konzertierte Operationen in mehreren Ländern durch: Binnen weniger Tage gab es dadurch stets zahlreiche Beschlagnahmungen und in der Folge eine Vielzahl internationaler polizeilicher

Untersuchungen. Über die Jahre haben sich diese Operationen gut eingespielt. Bisher wurde jedoch hauptsächlich der illegale Handel innerhalb der EU und nicht in die EU untersucht. Andere Institutionen wie Frontex könnten einbezogen werden – im Rahmen der EU-weiten Operationen oder durch Schulung des eigenen Personals. Denn jedes weitere Engagement würde helfen.

Die Bevölkerung einbeziehen

Unabhängig von der Bekämpfung der Handelsrouten ist es langfristig am sinnvollsten, auf ganzheitliche Bildungs- und Aufklärungsinitiativen zu setzen. In den Herkunftsstaaten müssen Maßnahmen ergriffen werden, die es den Menschen ermöglichen, ihre Kulturgüter zu schützen. Die NGO Heritage Watch geht in Kambodscha mit gutem Beispiel voran: Einheimische Archäologinnen und Archäologen besuchen Grund- und weiterführende Schulen und bringen jungen Menschen ihr gemeinsames kulturelles Erbe näher. Dass sich promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrem eigenen Land an solchen Bildungsmaßnahmen beteiligen, hilft ungemein, um historische, archäologische und fachliche Expertise in ein nachhaltiges Entwicklungskonzept einfließen zu lassen.

Für den Erfolg der Arbeit von Heritage Watch ist die Einbeziehung der Bevölkerung wichtig. Die in unmittelbarer Umgebung eines Tempels oder archäologischer Ausgrabungsstätten lebenden Menschen lernen, Tourismus nachhaltig zu nutzen und damit einen neuen Wirtschaftszweig aufzubauen. Früher wurde oft aus blanker Not heraus geplündert, weil schnelles Geld das Überleben sicherte. Heute ist es für die Teilnehmenden der Workshops dagegen wirtschaftlich lukrativer, die Stätten zu schützen und zu pflegen, als Objekte davon zu entwenden und illegal zu verkaufen. So trägt Heritage Watch auch zum Schutz der kulturellen Identität bei, indem die NGO den Wert der gemeinsamen Geschichte hervorhebt. Sich auf die eigenen Wurzeln zu besinnen und das kulturelle Vermächtnis vergangener Generationen zu schützen, stärkt den sozialen Zusammenhalt über Generationen hinweg.

Sinkt erst die Nachfrage, gehen auch die Zerstörung und der Handel von Kulturgütern zurück

Aber auch bei uns, in den „Marktstaaten“, muss ein Sinneswandel stattfinden: Wer illegal mit Kulturgütern handelt, ist sich des Rechtsbruchs bewusst und muss bestraft werden.

Darüber hinaus sollte klar sein: Es darf nichts gekauft werden, von dem nicht hundertprozentig sicher ist, woher es kommt und unter welchen Bedingungen es importiert wurde. Die Herkunft eines jeden Kulturguts muss geklärt sein. Hier gibt es noch viel Nachholbedarf. Wir alle müssen vorsichtiger sein, wenn wir im Antiquitätengeschäft um die Ecke einkaufen oder beim Flohmarktbesuch im Urlaub nach Souvenirs suchen. Es ist nicht schick, sich teuer gekaufte Gegenstände mit dubioser Herkunft ins Haus zu stellen. Ebenso sollten wir in Schulen frühzeitig ein Bewusstsein für den Schutz von Kulturgütern schaffen – für die eigenen und die anderer. Das wird viel Geld und Weiterbildung kosten. Aber der Schutz unserer kulturellen Identität und unsere globale Verantwortung sollten uns diese Anstrengungen wert sein. • •

Paul Fabel arbeitete während seines Kolleg-Jahres in Rom, Siem Reap, Warschau und Paris zu Möglichkeiten, den illegalen Handel mit Kulturgütern zu unterbinden.

Wirtschaft und Innovation

Innovationslabore, Start-up-Förderung, neue Anbautechniken, nachhaltiger Tourismus: viele, aber längst nicht alle Wege führen zum Erfolg.

Von Mirko Hohmann, Stefan Brantschen, Sebastian Heinz, Marian Liesenfeld

Lust auf Neues

Die Stadtverwaltung in Medellín zeigt, welche Rolle ein Innovationslabor im öffentlichen Sektor spielen kann. Doch dieser Ansatz ist nicht immer erfolgversprechend – viele Projekte scheitern.

Von Mirko Hohmann

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist ein Segen für die Stadt Medellín, die sich in zwei Jahrzehnten von der Mordhauptstadt zu einer der innovativsten Städte der Welt gewandelt hat. Diese Entwicklung zieht Talent und Kapital aus dem In- und Ausland an, die Einkommen und die Zahl der Unternehmen in der Stadt steigen. Für das örtliche Finanzamt ist der wachsende Handel im Netz allerdings eine Herausforderung: Steuerhinterziehung, die offline weit verbreitet ist, nimmt auch online zu. Viele Klein- und Kleinstunternehmen nutzen Instagram und Facebook, um eine Webpräsenz zu unterhalten, über die sie ihr Geschäft, oder zumindest Teile davon, abwickeln. So informell, wie diese Seiten wirken, wird auch das darüber erzielte Einkommen gehandhabt: Oft wird es nicht versteuert.

Das Finanzamt nahm sich diesem Problem an. Ein Computerprogramm sucht nach relevanten Hashtags und Trends und aktualisiert eine Datenbank von Profilen, die die Beamten mit eigenen Daten und denen der lokalen Telefonanbieter abgleichen. Alle Anbieter, die nicht registriert sind, werden aufgefordert, ihr Geschäft zu legalisieren.

Dieser Wandel wurde eingeleitet durch das Innovationslabor der Stadt Medellín, einer Einheit von zehn Personen, die öffentliche Einrichtungen, lokale Unternehmen und Bildungsinstitutionen kostenlos dabei unterstützt, strukturelle Probleme innovativ anzugehen. Angegliedert ist sie an das Innovations- und Geschäftszentrum Ruta N, das größtenteils durch die Stadt als Public Private Partnership finanziert wird.

Das Innovationslabor in Medellín ist nur eines von Hunderten solcher Labore, die in den vergangenen Jahren weltweit entstanden sind. Einige sind direkt in die öffentliche Verwaltung integriert, andere beraten auf Projektbasis von außen. Es gibt sie auf lokaler und nationaler Ebene. Manche haben nur zwei, andere mehrere Dutzend Beschäftigte; die Methoden unterscheiden sich von Ort zu Ort.

Doch die Labore verfolgen ähnliche Ziele: An erster Stelle steht die Förderung eines innovativen Umfelds in der öffentlichen Verwaltung. Dazu gehören die Einführung digitaler Technologien und die Arbeit mit Daten. Zudem ist es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern die Regierungsarbeit näher zu bringen und ein Netzwerk zwischen öffentlichem und privatem Sektor, Zivilgesellschaft und Wissenschaft aufzubauen.

Pilotprojekte spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie ermöglichen auch bei geringen Zeit- und Personalbudgets, neue Ideen in kurzer Zeit auszuprobieren. So entstand zum Beispiel das Projekt in Medellín, das zunächst für drei Monate finanziert wurde. Inzwischen hat das Finanzamt eine eigene Programmiererin eingestellt, die das Projekt ausbaut.

In Wales haben das Y Lab und die Stiftung Nesta diese Idee im millionenschweren Projekt „Innovate to Save“ noch weiterentwickelt. Dabei werden Beschäftigte aus

NGOs und dem öffentlichen Dienst dafür bezahlt, Ideen zu testen und zu bewerten. Dabei spielt die intersektorale Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. In Kopenhagen entwickelte das Solutions Lab gemeinsam mit einem Softwareanbieter ein Projekt, bei dem selbstfahrende Autos ein Jahr lang die Luftqualität der Stadt messen und diese Daten Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Viele Pilotprojekte scheitern jedoch. In Mexiko verschickte das nationale Politiklabor fast eine Million E-Mails an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung, um sie darauf hinzuweisen, dass sie „Geschenke“ ab einem gewissen Wert melden müssen. Daraufhin meldeten 72 statt zuvor 22 Beschäftigte pro Jahr ein Geschenk an. Das war zwar eine Steigerung, aber bei 150 000 Angestellten und weit verbreiteter Korruption doch verschwindend gering. Solche Misserfolge gehören dazu – wichtig ist, aus Fehlern zu lernen.

Innovationslabore tun sich oft schwer mit ihrer Arbeit, das sieht man auch in Medellín. Das Projekt des Finanzamts war zwar erfolgreich, aber die anderen neun Projekte der Kohorte verliefen im Sand, einige gingen nicht einmal in die Pilotphase. Auch in anderen Teilen der Welt fällt es Innovationslaboren schwer, ihre Wirkung nachzuweisen und die Arbeit der öffentlichen Verwaltung langfristig zu ändern. Labore in Kopenhagen, Mexiko-Stadt und Bogotá – alles Vorreiter in ihrem Bereich – mussten schließen, da sie nicht mehr genügend politische Unterstützung fanden.

Gründe für ausbleibenden Erfolg: Es fehlt an Geld, politischem Rückhalt und methodischer Unterstützung

Eine Umfrage, die ich im Rahmen des Mercator Kollegs unter teilnehmenden Organisationen des Innovationsprozesses durchführte, liefert Hinweise auf die Gründe für den ausbleibenden Erfolg. Erstens fehlt es an Geld. Die Mehrheit der Organisationen gab finanzielle Einschränkungen als Grund für die Einstellung ihres Projekts an. Daran gekoppelt sind fehlende personelle Ressourcen, die für die Umsetzung notwendig gewesen wären und die schlicht nicht zu finanzieren waren. Zweitens fehlt der politische Rückhalt. Die Räder der Bürokratie mahlen langsam, und nach dem Ausscheiden aus dem Prozess fehlte oft der politische Wille, das angedachte Projekt umzusetzen. Drittens sind die Projekte und die Unterstützung durch das Labor zu kurz angelegt. Drei Monate lang fand ein „Sprint“ statt, in dieser Zeit wurden Probleme definiert und Lösungen erarbeitet. Danach fehlte für die meisten Ideen die finanzielle und, vielleicht noch wichtiger, methodische Unterstützung.

In Netzwerken und langfristig arbeiten

Was lässt sich daraus lernen? Fünf Aspekte scheinen mir besonders wichtig zu sein: Erstens ist es notwendig, in Netzwerken zu arbeiten. In einer Stadt findet sich immer ein „Ökosystem Innovation“, in dem sich Sozialunternehmen, Start-ups, organisierte Zivilgesellschaft und andere Akteure bewegen. Dieses sollten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen, um von bestehenden Ideen zu lernen und eigene Vorstellungen zu verbreiten.

Zweitens sollten Projekte, die explizit auf die Verwaltung zugeschnitten sind, langfristig gedacht werden. Kürzere Sprints und einzelne Workshops mögen Anstöße liefern. Für nachhaltige Veränderung ist jedoch methodische Begleitung notwendig. Diese sollte auch helfen, den erwünschten politischen Willen zu entwickeln. Natürlich

entstehen hier Zielkonflikte: Mit knappen Ressourcen können nur wenige Projekte umgesetzt werden. Gerade deshalb ist die Arbeit mit Ideenwettbewerben und Pilotprojekten sinnvoll, um eine Vorauswahl treffen zu können.

Drittens muss sich das Innovationslabor auf das Wesentliche konzentrieren. Statt viele verschiedene Felder zu bearbeiten, sollten Ziele und Mission klar definiert werden. Darauf aufbauend kann dann ein entsprechendes Portfolio an Methoden und Projekten entwickelt werden. So wird die Arbeit nach außen hin greifbarer und gleichzeitig einfacher zu kommunizieren.

Viertens sollte der Mehrwert gemessen werden. Das ist nicht einfach, denn was macht den Erfolg aus? Reicht es, wenn je Kohorte eine Organisation weitergeführt wird? Welche Kriterien setzt man an, um ein Pilotprojekt zu evaluieren? Auf solche Fragen fehlen oft die Antworten. Hinzu kommt, dass viele Labore so sehr mit der Umsetzung beschäftigt sind, dass ihnen Mittel und Zeit fehlen, um die eigene Tätigkeit zu evaluieren.

Schlussendlich ist es wichtig, von kleinen, oft kurzfristig finanzierten Einrichtungen nicht zu viel zu erwarten. Sie sind nur ein Teil eines innovativen Umfelds. Wer sich einfache Antworten auf komplizierte Probleme erhofft, wird enttäuscht werden. Trotzdem gilt: Wenn Innovationslabore langfristigen Rückhalt bekommen und sich die Zeit nehmen, ihre Aktivitäten, Methoden und ihr Team an die Bedürfnisse der Region anzupassen, können sie einen wertvollen Beitrag zu nachhaltiger, zukunftsorientierter Stadtentwicklung leisten. • •

Mirko Hohmann arbeitete in seinem Kolleg-Jahr in Berlin und Medellín an Fragen der sozialen und öffentlichen Innovation auf Stadtebene.

Den Privatsektor fördern

In Tunesien fehlen weiterhin wirtschaftliche Perspektiven – sowohl in der Stadt wie auf dem Land. Privatsektorförderung soll dazu beitragen, Wirtschaftswachstum zu schaffen, das nicht nur Eliten zugutekommt.

Von Stefan Brantschen

Die Fahrt in unserem Mietwagen dauert bereits vier Stunden. Ziel ist die Oasenstadt Tozeur im Süden Tunesiens. Den industrialisierten Küstenstreifen um die Hauptstadt Tunis haben wir relativ schnell hinter uns gelassen. Nun steuern wir in das Landesinnere, vorbei an Dörfern und Kleinstädten, deren Häuser sich entlang der Hauptstraße ausbreiten. Händler bieten ihre Produkte am Straßenrand feil. Vor den Metzgereien hängen Schafspelze und Kuhköpfe als Zeichen, dass es frisches Fleisch zu kaufen gibt. Die Luft ist heiß und trocken. Wir befinden uns im Gliedstaat Sidi Bouzid, im tunesischen Hinterland. Hier hat vor mehr als acht Jahren die arabische Revolution ihren Anfang genommen, als sich der 26-jährige Gemüsehändler Mohamed Bouazizi wegen wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit selbst verbrannte und so einen sozialen und politischen Flächenbrand in der gesamten arabischen Welt entfachte.

Der öffentliche Raum in dieser Gegend ist geprägt von Männern. Viele von ihnen sind zwischen 15 und 30 Jahre alt. Einige sitzen in Cafés auf Plastikstühlen und harren der Dinge, die der Tag noch bringen wird. Andere stehen im Schatten der Vordächer, mit dem Rücken an die Hauswand gelehnt. Schule oder Studium haben diese jungen Männer bereits abgeschlossen, Arbeit finden sie jedoch nicht. Sie verkörpern die wirtschaftlichen Probleme, mit denen alle nordafrikanischen Staaten zu kämpfen haben.

Zwei Realitäten, ein Problem

Szenenwechsel. Wir befinden uns in der Cité de la Culture im Zentrum von Tunis. Das prunkvolle Kultur- und Konferenzzentrum bietet einen Präsentationssaal mit Kinoleinwand. Er ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Zehn Jungunternehmen stellen ihre innovativen Geschäftsideen vor. Im Publikum sitzen potenzielle Investoren. Ein paar Monate lang wurden die Unternehmerinnen und Unternehmer von einem Start-up-Gründerzentrum unterstützt. Sie erhielten fachliche Betreuung, Zugang zu einem professionellen Netzwerk sowie einen eigenen Arbeitsplatz.

Die Präsentationen werden in Englisch gehalten, was in der ehemaligen französischen Kolonie Seltenheitswert hat. Man gibt sich mondän, kreativ und digital. Vielleicht wird eine der hier vorgestellten Geschäftsideen ja das nächste Netflix, Spotify oder AirBnB – die Hoffnung auf den Durchbruch ist groß. Die Digitalisierung verspricht auch in Nordafrika neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Trotzdem bleibt fraglich, ob eines dieser Unternehmen tatsächlich Erfolg haben wird. Denn, ungeachtet der unterschiedlichen Lebensrealitäten, sowohl in Tunis als auch in Sidi Bouzid kommt die wirtschaftliche Entwicklung seit Jahren nur schleppend voran.

Sie sind das Rückgrat der Wirtschaft: Kleine und mittlere Unternehmen schaffen die meisten Arbeitsplätze

Der Druck, die angeschlagenen Volkswirtschaften in den nordafrikanischen Ländern zu stärken, ist riesig. Am Beispiel Tunesiens lässt sich das Ausmaß veranschaulichen: Auch Jahre nach der Revolution ist die verarbeitende Industrie nur ungenügend entwickelt, viele Güter werden importiert, während die Inflation hoch und die Arbeitslosigkeit noch höher ist. Ein Drittel aller Hochschulabsolventen findet nach der Ausbildung keine Anstellung. Hinzu kommt, dass knapp die Hälfte der Bevölkerung jünger als 30 Jahre ist.

Vor diesem Hintergrund versucht die Entwicklungszusammenarbeit mittels Privatsektorförderung eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu befähigen. Privatsektorförderung schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten und verbessert die Qualität bestehender Arbeitsplätze. Sie reformiert Ausbildungssysteme, damit auf dem Arbeitsmarkt gefragte Fähigkeiten vermittelt werden. Sie geht gezielt gegen Korruption vor. Kurz, sie begünstigt ein Wirtschaftswachstum, das nicht nur den Eliten zugutekommt.

In Nordafrika liegt ein besonderer Fokus auf der Unterstützung von Start-ups sowie kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU). Denn in der ganzen Region sind es KKMU, die die meisten Arbeitsplätze schaffen. Sie bilden das Rückgrat der Wirtschaft. Sie zu fördern, macht doppelt Sinn, mit Blick auf die hohe Quote der Staatsangestellten. In der Vergangenheit haben viele nordafrikanische Länder arbeitslose Hochschulabsolventen für den öffentlichen

Dienst rekrutiert und so die Arbeitslosenzahlen künstlich nach unten korrigiert. Angesichts der hohen Staatsverschuldung und des aufgeblähten Verwaltungsapparats ist dies künftig nicht mehr möglich.

Mit ganzheitlichem Ansatz zum Erfolg

Fördermaßnahmen für KKMU sind vielfältig. Beispielsweise wird das Management eines Industriebetriebs in Tunis in moderner Personalführung beraten, damit es gut ausgebildete junge Fachkräfte langfristig im Unternehmen halten kann. Währenddessen besucht die Betreiberin einer Konditorei eine Schulung für die Herstellung von Pralinen und Backwaren, damit sie den Fertigungsprozess optimieren und ihre Produkte verfeinern kann.

Diese Unterstützung ist aber nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig ein unternehmerisches Ökosystem entwickelt wird. Damit sind jene Akteure und Rahmenbedingungen gemeint, die ein KKMU direkt umgeben. In einer abgelegenen Region im Landesinneren von Tunesien kann dies der Aufbau eines Coworking Space bedeuten, die Ausbildung von lokalen Unternehmensberatern oder die Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für neugegründete Betriebe.

Im Großraum Tunis sind die Bedürfnisse anders gelagert. Dort können Investitionen in IT-Gründerzentren und Technoparks unter Umständen mehr bewirken. Das soll nicht heißen, dass Tech-Projekte nur in urbanen Regionen anzusiedeln sind. Jedoch können sie erst in urbanen Zentren implementiert werden, wo die nötige Infrastruktur bereits vorhanden ist, um von dort aus in weniger entwickelte Regionen zu gelangen.

Den Finanz- und Bankensektor reformieren, damit kleine Unternehmen leichter an Kredite kommen können

Ein entscheidendes Problem blockiert aber auf dem Land sowie in der Stadt die Entwicklung: Es fehlt an Finanzierungsmöglichkeiten. Für Start-ups und KKMU ist es besonders schwierig, Kredite zu erhalten, um Investitionen zu tätigen – sei es von Banken oder anderen Institutionen. Deshalb versucht Privatsektorförderung, auch die staatlichen Rahmenbedingungen zu verbessern: zum Beispiel durch die Entwicklung des Finanz- und Bankensektors. Hier besteht gerade in Nordafrika großer Nachholbedarf. Die Schaffung gesetzlicher Grundlagen vereinfacht zum Beispiel den Einsatz neuer Technologien. Denn bereits über ein normales Mobiltelefon kann ärmeren Bevölkerungsschichten der Zugang zum Finanz- und Bankensystem ermöglicht werden.

Mit Bedacht und Geduld in die Zukunft

Privatsektorförderung ist vielfältig und das ist ihre Stärke. In den kommenden Jahren wird es die größte Herausforderung sein, sie sinnvoll und entsprechend ihren Möglichkeiten einzusetzen. Wenn der Ruf der Politik nach wirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit lauter wird, steigt der Druck, schnelle Ergebnisse zu liefern. Dabei darf nicht vergessen werden, dass wirtschaftlicher Fortschritt in kleinen Schritten passiert. Um die unterschiedlichen regionalen Begebenheiten zu kennen und sie in der Gestaltung und Implementierung von Entwicklungsprojekten zu beachten, sind lokale Kenntnisse unabdingbar. Sich diese anzueignen, benötigt Zeit. Denn Sidi Bouzid ist nicht Tunis. • •

Stefan Brantschen beschäftigte sich in Tunis und Bern mit unterschiedlichen Aspekten der Privatsektorförderung in Nordafrika.

Nicht nur eine Frage der Technik

Ist Arbeit in der Landwirtschaft noch attraktiv genug? Um die Kakaoproduktion in Indonesien oder den Reisanbau in Bangladesch zu verbessern, müssen auch soziale Herausforderungen bedacht werden.

Von Sebastian Heinz

Der Weltmarktpreis für Kakao ist für lokale Bauern und Bäuerinnen derzeit einfach zu niedrig", erklärt Pak Fitrian Imam, der hochgewachsene Lieferkettenmanager der indonesischen Niederlassung eines multinationalen Lebensmittelkonzerns, mit ernster Miene. Trotz aller Anstrengungen und Trainingseinheiten im Rahmen seines Projekts würden derzeit viele Landwirte aus dem Kakaoanbau aussteigen: Sie wechselten entweder zum von der Regierung stark subventionierten und technisch weniger anspruchsvollen Mais- und Reisanbau oder sie zögen in die boomenden Städte, wo es lukrativere Jobs auf dem Bau oder im Transportgewerbe gebe.

Innerhalb weniger Jahre ist Indonesien von einem der weltweit größten Exporteure zu einem Importeur von Kakao geworden. Mit dem Ziel, für eine NGO eine Fallstudie zur Förderung des Kakaoanbaus zu erstellen, bin ich nach Jakarta gereist. Es handelt sich dabei um ein fast 60 Millionen Dollar schweres, von öffentlichen und privaten Gebern getragenes Projekt. Fitrian und ich beugen uns in seinem hoch über der endlosen Betonwüste Jakartas gelegenen Büro über Statistiken. „Immerhin sind durch die Ackerbaukurse die Erträge im Projektzeitraum von ca. 500 kg/ha auf beinahe 750kg/ha gestiegen. Doch auf einer gut geführten Kakaofarm wären ohne Weiteres 2t/ha und mehr möglich", erklärt Fitrian.

Mit den im Rahmen von Feldschulen vermittelten Techniken wie dem häufigeren Schneiden, Abernten und Befreien der Kakaobäume von Schädlingen ließen sich solche Erträge erreichen – doch das dauert Jahre. Hinzu kommt, dass wegen der relativ kleinen bewirtschafteten Flächen das Einkommen in der Zwischenzeit jedoch nicht ausreicht, um für die erforderliche Motivation und Umsetzung besserer Anbaumethoden zu sorgen.

Es braucht schnellere Erfolge

In einem anderen Gespräch mit einem langjährigen Lieferkettenmanager von Mars erfahre ich, dass sich gerade im Bereich ländliche Entwicklung der private wie auch der öffentliche Sektor oft einseitig auf technische Lösungen für nichttechnische Probleme konzentrieren. Darauf zu hoffen, dass sich durch mühseliges Lernen neuer Techniken das eigene Einkommen nach fünf Jahren um 50 Prozent erhöht, scheint weniger attraktiv als die zeitnahe Aufnahme einer zunächst besser bezahlten Tätigkeit auf dem Bau. Wen wundert es da, dass junge Menschen der Landwirtschaft den Rücken kehren? Langfristig ist es aber keineswegs sicher, dass eine solche Entscheidung sinnvoll ist. Eine gut geführte Kakaofarm kann sich zu einem lukrativen Unternehmen entwickeln, da Kakaobäume nicht jährlich gepflanzt werden müssen.

Doch wie könnte man mehr Bauern und Bäuerinnen zum Bleiben bewegen? Notwendig wären zum Beispiel bessere Finanzierungsmodelle, damit durch neue Techniken das Einkommen schon zeitnah gesteigert werden könnte. Damit fände

landwirtschaftliche Arbeit auch mehr soziale Anerkennung. Denn die Entscheidung, ob man in der Landwirtschaft bleiben oder in die Stadt ziehen soll, wird auch vom sozialen Umfeld mitbestimmt. Ehepartnerinnen oder Verwandte ermutigen junge Menschen, ihr Glück in der Stadt zu suchen.

Um Projektarbeit wirksamer zu gestalten, wäre es hilfreich, sich mehr auf sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen, als nur auf die Vermittlung von technischen Fähigkeiten zu setzen. Das Anstoßen von positiven Veränderungen im ländlichen Raum sollte als soziale Herausforderung und nicht nur als technisches Problem begriffen werden.

Klimaintelligente Landwirtschaft

Wesentlich schwieriger ist die Lage in Bangladesch. Dort hat die schnelle Aneignung neuer Technologien eine existenzielle Bedeutung, wie ich im Rahmen meiner Arbeit beim Klima-Agrar-Team der Weltbank erfahren durfte.

In den vergangenen Jahrzehnten hat das Land große Fortschritte im Kampf gegen Hunger und Armut erzielt. Seit 1995 kann Bangladesch, nach China, die höchsten Produktivitätsgewinne im Agrarsektor verzeichnen. Doch Bangladesch ist massiv vom Klimawandel betroffen, der die mühsam erzielten Fortschritte wieder zunichtemachen könnte. Auf einer Fläche, die weniger als der Hälfte von Deutschland entspricht, leben 163 Millionen Menschen. Zwei Drittel der Landmasse liegen niedriger als fünf Meter über dem Meeresspiegel. Bis 2030 könnten daher zusätzlich 14 Prozent der Fläche von Überflutungen und steigender Versalzung des Grundwassers betroffen sein, was die Reisernten stark beeinträchtigen würde. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung weiter – bis 2030 müssen voraussichtlich 20 Millionen Menschen mehr ernährt werden. Die rasant fortschreitende Urbanisierung übt zusätzlichen Druck auf die knappen Landressourcen aus.

Die Weltbank hat in enger Kooperation mit der Regierung einen Investitionsplan für Bangladesch aufgestellt

Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Produktivitätssteigerung zwingend notwendig. Die neue Regierung hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Um die Nahrungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, will das Land weiterhin genug Reis produzieren. Gleichzeitig soll der Anbau von anderen Feldfrüchten erhöht werden, um die Abhängigkeit von der Reisproduktion zu senken, die Qualität der Ernährung zu verbessern und die Einkommen der Bauern und Bäuerinnen zu erhöhen. Darüber hinaus will Bangladesch seinen im Rahmen des Paris-Abkommens zugesicherten Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels leisten und Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft um bis zu 15 Prozent senken. Um das Land bei seinen Zielen zu unterstützen, hat die Weltbank in enger Zusammenarbeit mit der Regierung einen Investitionsplan für klimaintelligente Landwirtschaft erstellt, an dem ich mitgearbeitet habe.

Innerhalb dieses Investitionsplans hat die Weltbank ein Excel-basiertes Programm für Entscheidungsträger auf nationaler wie lokaler Ebene entwickelt. Dieses Programm ermöglicht eine Einschätzung, wie sich der großflächige Einsatz klimaintelligenter Technologien auf wichtige landwirtschaftliche Produktionsparameter auswirkt; dabei werden verschiedene Erderwärmungs- und Wirtschaftsszenarien durchgespielt.

Dank dieser Szenarientechnik ist es möglich, klimaintelligente Technologien

zu identifizieren, die sich positiv auswirken werden. Dazu gehören zum Beispiel salzwasserresistente Reis- und Weizensorten und der AWD-(Alternate Wetting-And-Drying)-Reis. Beim Anbau von AWD-Reis wird das Feld abwechselnd geflutet und wieder entwässert, was viel Wasser spart und den Treibstoffverbrauch reduziert. Darüber hinaus sinkt der Methan-Ausstoß massiv, da die Zersetzung von Pflanzenmaterial durch das Trockenlegen reduziert wird. Würde AWD-Reis großflächig eingesetzt, könnten die Emissionen in Bangladesch um fast 10 Prozent sinken. Doch die Verfügbarkeit dieser Technologie bedeutet noch lange nicht, dass sie auch im gewünschten Ausmaß zum Einsatz kommt. Die Umstellung ist für Bäuerinnen und Bauern nämlich heikel. Wird das Feld zu spät geflutet oder zu früh entwässert, drohen hohe Ernteeinbußen. Außerdem ist die Bewirtschaftung arbeitsintensiver, da während der Trockenphasen mehr Unkraut wächst.

Und hier schließt sich der Kreis zum indonesischen Kakaoprojekt. Unter welchen Umständen werden Bauern die nach heutigem Kenntnisstand aussichtsreichen Technologien annehmen und langfristig anwenden? Einen Investitionsplan zu entwickeln, ist eine Sache, die Umsetzung hingegen eine ganz andere. Auch hier wird technische Expertise bei Weitem nicht ausreichen. Die beteiligten Akteure müssen sich in die Lage der Bauern und Bäuerinnen vor Ort versetzen und Wege finden, diese schrittweise miteinzubeziehen. Nur so kann es gelingen, den ehrgeizigen Zielen näher zu kommen. • •

Sebastian Heinz arbeitete in Singapur, Washington und Peking zu klimaresilienter Nahrungsproduktion.

Reisen tut gut

Für Marokko ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit nachhaltigen, umfassenden Ansätzen können auch bislang vernachlässigte ländliche Regionen davon profitieren.

Von Marian Liesenfeld

Pascal Wessel genießt die Ruhe. Er steht am Ufer des Moulay-Abdellah-Stausees im Hinterland von Agadir. Der junge Angler wirft seine Rute immer wieder aus und zieht den Köder mit zuckenden Bewegungen an Land. „Wenn ich den Köder auf dem Grund tanzen lasse, glauben die Fische, dass es sich um kleinere Fische handelt und beißen an“, erklärt der Angelprofi. Während die Konkurrenz um ihn herum einen Schwarzbarsch nach dem anderen aus dem Wasser zieht, bleibt Pascal gelassen und erzählt, was ihn an diesen See im kargen Landesinneren von Marokko geführt hat.

Pascal ist auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) angereist. Er ist nicht nur Angler, sondern auch Influencer. Was immer er auf seiner Webseite und in den sozialen Medien schreibt, wird von Tausenden Anglern gelesen. Seine digitale Reichweite soll dazu beitragen, Marokko als touristisches Ziel für Angelfans zu bewerben. Wenn sich nur ein Bruchteil der etwa vier Millionen

Freizeitangler aus Deutschland auf den Weg nach Marokko macht, um den in Europa seltenen Schwarzbarsch zu fangen, kann das große Auswirkungen auf den Tourismus in der Region haben.

Mit dem Tourismus fördert die GIZ einen global wichtigen Wirtschaftszweig mit enormem entwicklungspolitischem Potenzial. Nach Angaben der Welttourismusorganisation sind 10,4 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts sowie jeder zehnte Arbeitsplatz weltweit direkt oder indirekt auf den Tourismus zurückzuführen. Zudem ist die Branche in viele andere Wirtschaftsbereiche verzweigt. Ändern sich die Anforderungen bezüglich der Nachhaltigkeit im Tourismus, hat das auch Auswirkungen auf den Transport, die Gastronomie sowie die Lebensmittelindustrie und den Einzelhandel.

Eine Branche mit Zukunft

Für die marokkanische Wirtschaft spielt der Tourismus eine wichtige Rolle: Er trägt etwa 11 Prozent zum BIP bei und beschäftigt fast 2,5 Millionen Menschen – Tendenz steigend. In einem Land, das unter einer Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent leidet – was zu Flucht und im schlimmsten Fall zur Radikalisierung führen kann –, wird der Tourismus als ein Weg zu Beschäftigung und Entwicklung gesehen. Bislang profitieren davon vor allem einzelne Küstenregionen sowie die bei Kulturreisenden beliebten Königsstädte Marrakesch und Fès. Im Hinterland, wo die Probleme am größten sind, kann kaum ein Dirham mit dem Tourismus verdient werden.

Das soll sich durch das seit 2015 laufende GIZ-Projekt „Nachhaltiger Tourismus“ ändern. Die Projektförderung bezieht sich zunächst auf zwei Pilotregionen und hat zwei wesentliche Ziele: Bis 2020 sollen 2000 Menschen eine neue Arbeitsstelle entlang der touristischen Wertschöpfungskette gefunden, ihre Arbeitsbedingungen oder ihr Einkommen verbessert haben. Dabei soll es keine negativen Auswirkungen auf die kulturellen und natürlichen Ressourcen geben. Ist diese Methode erfolgreich, will die GIZ sie auf ganz Marokko und weitere Länder ausweiten.

Zur Umsetzung dieser Ziele entwickelte die GIZ zusammen mit der marokkanischen Regierung und der Bevölkerung vor Ort diverse Angebote wie Angel-, Mountainbike-, Kletter- und Wandertourismus. Das Projekt unterstützt Kleinstunternehmen und Genossenschaften, es werden Aus- und Fortbildungen zu den Themen internationale Standards, Management und Ökologie angeboten. Außerdem stellt die GIZ Arbeitsmaterial bereit und fördert die Vermarktung der Angebote – unter anderem durch Veranstaltungen wie den Angelwettbewerb, für den auch Pascal angereist ist.

Der Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der gesamten touristischen Wertschöpfungskette. So werden Genossenschaften dabei unterstützt, den touristischen Unterkünften und Restaurants lokale Produkte anzubieten, und Transportunternehmen werden für die Sicherheitsbedürfnisse internationaler Touristen sensibilisiert. Durch die Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette wird die Widerstandsfähigkeit gegen Wirtschaftskrisen und ausbleibende Touristen gestärkt.

Die Hervorhebung des Wertes natürlicher Ressourcen stärkt die ökologische Nachhaltigkeit. Die Rechnung ist einfach: Nimmt der Tourismus eine bestimmte Land-

Das GIZ-Projekt will die gesamte Wertschöpfungskette stärken und die natürlichen Ressourcen schützen

Kultureller Austausch ist wichtig – im Zweifel müssen Flug-Emissionen ausgeglichen werden

oder Wasserfläche ein, bleibt hier die Natur von anderen Industriezweigen oder intensiver Landwirtschaft verschont. Der Angeltourismus verhindert zum Beispiel die Überfischung und Verunreinigung am Moulay-Abdellah-Stausee. In Schulungen wurden die Anwohner darauf aufmerksam gemacht, wie sie den Fischbestand pflegen können, um ihn für Angler attraktiv zu machen und damit Geld zu verdienen. Bevor neue Angebote auf den Markt gebracht werden, wird untersucht, welche Einflüsse sie auf natürliche und kulturelle Ressourcen haben – laut unabhängigen Gutachtern sind sie bislang neutral.

Insgesamt ist das Projekt auf gutem Weg, seine Ziele zu erreichen. Nach drei Jahren Laufzeit haben schon über 1700 Menschen eine neue Arbeitsstelle gefunden, ihre Arbeitsbedingungen oder ihr Einkommen verbessert. Besonders erfreulich ist, dass darunter mehr als 1200 Frauen sind, denn sie machen bislang nur etwa ein Viertel der Erwerbsbevölkerung in Marokko aus.

Projekte wie dieses sind Best-Practice-Beispiele für neue touristische Angebote. Trotzdem kann die CO_2-Belastung der An- und Abreise nicht durch das Projekt allein ausgeglichen werden. Pascals Flüge von Hamburg nach Agadir und zurück haben fast eine Tonne klimawirksame CO_2-Emissionen verursacht. Das entspricht fast der Hälfte dessen, was der Weltklimarat als CO_2-Budget pro Person und Jahr empfiehlt, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen.

Gegenwärtig liegt der Anteil des Flugverkehrs an den globalen CO_2-Emissionen bei 5 Prozent. Das ist im Vergleich zur Strom- und Wärmeerzeugung, die über 40 Prozent ausmachen, verhältnismäßig wenig. Besorgniserregend ist allerdings, dass dieser Wert laut einer vom EU-Parlament in Auftrag gegebenen Studie des Öko-Instituts bis 2050 auf 22 Prozent steigen könnte. Der Aufstieg der Fluglinie Ryanair in die von Kohlekraftwerken dominierte Gruppe der zehn größten CO_2-Emittenten Europas verdeutlicht, dass wir es nicht darauf ankommen lassen sollten, nur auf Innovation in der Luftfahrttechnik zu setzen.

Nachhaltigkeit beim Reisen

Solange die Luftfahrt nicht massiv CO_2 einspart, sollten Reisende bei ihren Planungen die ökologischen Auswirkungen berücksichtigen. Ich plädiere keinesfalls dafür, gänzlich aufs Reisen zu verzichten. Denn umsichtig geplanter Tourismus kann viele positive Auswirkungen haben. Angesichts aktueller gesellschaftlicher Diskussionen ist es überaus wichtig, dass möglichst viele Menschen in den Genuss von kulturellem Austausch kommen. Bekanntlich ist Reisen, um es mit Mark Twains Worten zu sagen, „tödlich für Vorurteile, Bigotterie und Engstirnigkeit“. Aber neben Preis und Komfort sollte auch die Nachhaltigkeit ein entscheidender Faktor bei der Reiseplanung sein. Solange es keine wirksame CO_2-Abgabe auf Flugreisen gibt, müssen die Emissionen im Zweifel ausgeglichen werden. Denn nur dann können wir am Ende sagen: Reisen tut gut.

Es dauert keine Stunde und Pascals Bann ist gebrochen: Nachdem er stolz seinen ersten Schwarzbarsch an Land gezogen hat, beißen die Fische im Minutentakt an. Die Reise hat sich zumindest für ihn gelohnt. • •

Marian Liesenfeld beschäftigte sich in Rabat, Madrid und Berlin mit der Frage, wie die Wertschöpfung des Tourismus zu nachhaltiger Entwicklung beitragen kann.

Demokratie und Entwicklung

Fußball und Brettspiele, Theater und Fernsehshows können eine Reihe von kreativen Ansätzen bieten, um Neues und Erstaunliches zu entdecken.

Von Clara Stinshoff, Sebastian Franzkowiak, Maja Leo, Julian Niklas Pohl, Céline Dillmann

Neue Horizonte, alte Strukturen

Abiy Ahmed will Äthiopien umkrempeln, nicht zuletzt durch die Digitalisierung der Wirtschaft. Doch der Ministerpräsident lässt das Internet immer wieder abschalten, und die internen Widerstände sind groß.

Von Clara Stinshoff

„Na, wie viele hast du schon gepflanzt?" Meine Chefin Helen trägt zwei kleine Setzlinge („Nummer elf und zwölf") in ihren Händen und sucht die Umgebung nach einem geeigneten Ort ab. Es ist Montag, der 29. Juli 2019. Mit einer Gruppe von Beschäftigten des Ministeriums für Innovation und Technologie bin ich in der Nähe von Afar in Äthiopiens Oromo-Region. Der Staatsminister für Innovationspolitik steht fünf Meter entfernt und spricht mit Laura, der Direktorin des Digital-Transformation-Programmbüros, während er Erde auf die Wurzeln eines gerade eingepflanzten Baumes schippt.

Am 29. Juli pflanzten Menschen im ganzen Land nach Angaben des Technologie- und Innovationsministers Getahun Mekuria 3,5 Millionen Bäume. Premierminister Abiy Ahmed hatte versprochen, an diesem Tag mindestens zwei Millionen Bäume zu pflanzen und den Staatsbediensteten extra dafür frei gegeben. Der bisherige Weltrekord lag bei 1,5 Millionen Bäumen an einem Tag – überraschend hoffnungsvolle Nachrichten aus dem Land am Horn von Afrika.

Aufforstung ist nicht das einzige ambitionierte Ziel von Premierminister Abiy Ahmed. So schloss er Frieden mit Eritrea – wofür er im Oktober den Friedensnobelpreis erhielt –, er entließ politische Häftlinge und kündigte die Privatisierung von Staatskonzernen und die Liberalisierung bedeutender Industrien an.

Abiy setzt auf privatwirtschaftlich getriebenes Wachstum, Versöhnung der unterschiedlichen ethnischen Gruppen, Digitalisierung und das Anlocken ausländischer Investoren. Innerhalb eines Jahres will die Regierung drei Millionen neue Jobs schaffen. Besonders wichtig dabei: die Internet- und Kommunikationstechnik (IKT), dank derer 300 000 neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Höchste Priorität aber hat auch die Steigerung von Deviseneinkommen, insbesondere in Dollar. Dafür sollen u.a. wachsende Exporteinnahmen sorgen.

Mit dem Ministerium für Innovation und Technologie, kurz MINT, arbeite ich an diesen Zielen: Wir schreiben die Strategie für die digitale Transformation des Landes. Damit ist nicht nur die Digitalisierung bereits bestehender Funktionen gemeint, zum Beispiel Online-Banking, sondern die weiterreichende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft, die mit der digitalen Transformation einhergeht. Die Herausforderungen sind ähnlich wie in Europa: Wie bereitet sich Äthiopien am besten auf diesen umfassenden Wandel vor? Welche Arbeitsformen, welche Bildung, welche Wirtschaftssektoren werden in 20 Jahren relevant sein? Wo muss der Staat jetzt investieren, damit Arbeitsplätze entstehen und mehr Devisen erwirtschaftet werden? Ergebnisse sollen Anfang 2020 in die dritte industriepolitische Strategie, den „Growth and Transformation Plan III", fließen.

Das sind große Vorhaben mit straffem Zeitplan. Auf den Boden der Tatsachen kommen wir gleich zu Beginn der Arbeit, als wir feststellen, dass MINT ein Ministeri-

um ohne großes politisches Gewicht ist und man bei IKT oftmals noch an den „IT-Typ aus dem Keller“ denkt. Diesem werden wir nämlich vorgestellt, als wir bei der Investitionskommission um einen Termin bitten.

Komplex und zwiespältig

Äthiopiens Umgang mit dem Internet ist komplex und zwiespältig. Angesichts regionaler Konflikte und politischer Instabilität insbesondere im Süden des Landes sieht die Regierung soziale Medien als Mittel zum Schüren von Gewalt; die Blockade des Internets ist für sie daher ein legitimes Mittel. „Das Internet ist weder Wasser noch Luft“, sagt Abiy Anfang August 2019 auf einer Pressekonferenz in Addis Abeba. Um die nationale Sicherheit zu gewährleisten, behalte er sich vor, „das Internet und soziale Medien jederzeit zu blockieren“, möglicherweise sogar „auf unbestimmte Zeit“.

Im Juli und August war das Internet mehr als zwei Wochen lang komplett abgeschaltet. Auslöser waren die nationalen Schulabschlussprüfungen und ein Putschversuch Ende Juni, bei dem der Präsident der Amhara-Region und zwei seiner Berater ermordet wurden. Auch nach Wiederherstellung der Verbindung blieben Facebook und WhatsApp bis Ende August gesperrt; kürzere Internetausfälle gehören weiterhin zur Tagesordnung. Das staatliche Telekommunikationsmonopol von Ethio Telecom, eines der drei letzten weltweit, macht diese umfangreichen Blockaden möglich.

Die Blockaden schränken das Recht der Äthiopierinnen und Äthiopier auf Informations- und Meinungsfreiheit ein. Sie geschehen ohne Ankündigung, ohne Erklärung, ohne offizielle Dauer. Insbesondere nach einem Putschversuch können Familien und Freunde nicht miteinander kommunizieren, um zu erfahren, ob es ihnen gut geht. Sie können nicht dagegen protestieren, denn niemand weiß, wer verantwortlich ist. Dies steht im Widerspruch zu Abiys generellem politischem Kurs, der auf einem freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsmodell basiert. Verheerend sind die Auswirkungen auf den Privatsektor, der doch für Arbeitsplätze und Devisen sorgen soll. „Wenn ihr noch ein einziges Mal das Internet abschaltet, sind auch die letzten Investoren weg“, sagt uns der Besitzer einer Getränkefirma, der seit Jahren nach Geldgebern sucht. Für Anbieter von IT-gestützten Dienstleistungen wie Call-Center bedeuten auch nur zehn Sekunden ohne Internet das Ende ihrer Operationen.

Eine Woche nach Abiys „Internet ist weder Wasser noch Luft“-Erklärung fährt der Minister für Innovation und Technologie mit einer hochrangigen Delegation nach China. Auf Einladung des Technologiegiganten Alibaba besichtigen sie dessen Hauptquartier in Hangzhou, lernen Jack Ma kennen und erleben, wie digitale Wirtschaft in der Realität aussehen kann. Sie erfahren auch, dass die Abwesenheit regulatorischer Hemmnisse ein zentraler Baustein für den Erfolg von Alibaba war, wovon China heute in großem Maße profitiert – und erkennen, wie weit Äthiopien davon noch entfernt ist.

„Alibaba hatte so viele Freiheiten und wurde ausdrücklich gefördert. Auch heute gilt: Alles ist so lange erlaubt, bis es verboten werden muss. Die Einstellung hier ist eine ganz andere: Bei uns ist erstmal alles verboten, bis es jemand explizit erlaubt. Aber das kann lange dauern.“ Unsere Programmdirektorin Laura schüttelt den Kopf

„Das Internet ist weder Wasser noch Luft. … Ich behalte mir das Recht vor, es jederzeit zu blockieren“, so Abiy

und schaut in die Runde. Ihre Gegenüber nicken zustimmend.

Die Teilnehmer der Reise nach China haben sich zu einer Digital Economy Taskforce zusammengeschlossen mit dem Ziel, über die Grenzen der Ministerien hinweg die digitale Wirtschaft zu fördern. Heute treffen sie sich zum ersten Mal nach der Reise im Innovationsministerium. Wir stellen erste Ergebnisse unserer Arbeit vor. „Die richtige Einstellung fehlt hier einfach", sagt die Staatsministerin aus dem Transportministerium, „und Führung fehlt auch" – in Anspielung darauf, dass der Widerstand in kleineren regionalen und lokalen Einheiten eine Umsetzung der Digitalisierungsstrategie praktisch unmöglich machen wird.

Davon erzählt mir auch Feleg Tsefaye, der Gründer des Lieferdiensts DeliverAddis, der mit gemieteten Motorrädern Gerichte aus Addis' Restaurants in die Wohnungen der (kleinen) Mittel- und Oberschicht liefert – neben der Taxi-App RIDE eines der wenigen Start-ups in Äthiopien, das erfolgreich internationale Businessmodelle anwendet. Felegs Geschichte verdeutlicht, wie bürokratische Widerstände Abiys Reformpläne torpedieren. So musste Feleg nach der Internetblockade erst kürzlich seine Unternehmungen für fünf weitere Wochen stoppen. Seine Motorräder wurden ohne Vorwarnung von den Straßen der Hauptstadt verbannt. Dahinter steckte die städtische Verkehrsbehörde. Auf Ministerialebene waren seine Unternehmungen ausdrücklich erwünscht – dennoch stellte sich die Behörde quer, bis Feleg für 60 000 Dollar eigene Motorräder angeschafft hatte.

So bleibt das Internet in Äthopien oft nur ein Versprechen. Aus Kenia und anderen Nachbarländern kennen wir die positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen digitaler Zahlungssysteme und digitaler Lösungen für die Landwirtschaft. Die Hoffnung auf Veränderung ist im ganzen Land zu spüren. Aber bis dies Früchte trägt, wird es wohl noch eine ganze Weile dauern. • •

Clara Stinshoff arbeitete in Washington und Addis Abeba zum Verhältnis zwischen Staat und Privatsektor.

Die gestohlene Revolution

Jugendliche und junge Erwachsene sind vom demokratischen Wandel in Tunesien enttäuscht; an ihrer Situation hat sich fast nichts geändert. Dabei gibt es Wege, um sie am politischen Prozess zu beteiligen.

Von Sebastian Franzkowiak

An diesem warmen Frühlingstag erstrahlt der Prachtboulevard Habib Bourguiba in ungewöhnlichem Glanz. Tunis hat sich herausgeputzt, um die ausländischen Delegationen zum Gipfeltreffen der Arabischen Liga zu empfangen. Dieser Glanz passt nicht zu der sonst staubigen, mit Autos verstopften Stadt, in der ich über ein Jahr gelebt habe – und die auch nicht repräsentativ ist.

Nur wer ins Hinterland fährt, sieht Tunesiens wahres Gesicht. Sidi Bouzid, knapp zwei Autostunden westlich von Tunis, gilt als Wiege des Arabischen Frühlings. Hier

zündete sich der junge Straßenverkäufer Mohammed Bouazizi im Dezember 2010 an. Sein Protest gegen die Demütigung durch korrupte Ordnungskräfte wurde zum Auslöser und Symbol des Widerstands gegen die autoritären arabischen Regierungen.

Sicherlich, im regionalen Vergleich hat Tunesien entscheidende Fortschritte gemacht: freie Wahlen und die wohl liberalste Verfassung aller arabischen Staaten. Doch knapp 200 Kilometer außerhalb von Tunis sieht die Realität so aus: Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 30 Prozent. Das Straßenbild ist geprägt von jungen Männern, die den allseits beliebten „café direct" trinken. In den Maghreb-Staaten hat sich ein Wort für sie etabliert: les Hitistes. „Hit" heißt auf Arabisch „Wand", und die Hitistes sind sprichwörtlich „Nichtstuer", die ihre Zeit damit verbringen, an der Wand zu lehnen. Viele von ihnen sind arbeitslose Hochschulabsolventen.

Arbeit, Freiheit, Würde

Ursprünglich ging es bei der Jasmin-Revolution nicht darum, Tunesien in eine Demokratie zu verwandeln. Vielmehr wurden die sozioökonomische Marginalisierung und Korruption im Land angeprangert. Über Jahrzehnte förderte der Zentralstaat die Küstenregion von Tunis bis Sfax – dort sind 92 Prozent der Industrie angesiedelt –, während das Landesinnere völlig vernachlässigt wurde. „Shugl, hurriya, karama" (Arbeit, Freiheit, Würde) waren die drei Kernforderungen der Revolution. Doch die ursprünglichen Ziele gerieten aus dem Blick. Machtkämpfe prägen die tunesische Politik, Eliten aus den Zeiten des Diktators Ben Ali dominieren weiterhin große Teile des Landes.

Junge Tunesier unter 30 – die Hälfte der Bevölkerung – zeigen wachsendes Desinteresse an der Demokratie. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) präsentierte in einer umfangreichen Jugendstudie 2016/17 ernüchternde Ergebnisse: 76 Prozent der Befragten meinten, „die Revolution wurde von der Jugend gestartet und dann von anderen gekapert", und 65 Prozent sagten: „Nichts hat sich geändert". Demokratie scheint schwer greifbar für viele junge Menschen. Manche romantisierten sogar die Ben-Ali-Diktatur: Das Land habe die wirtschaftlich solide Spur 2011 verlassen. 23 Prozent wünschten sich nun einen „starken Mann" wie as-Sisi in Ägypten, um das Land zu stabilisieren.

Wo ist die Hoffnung geblieben? Und wie können junge Menschen davon überzeugt werden, im Land zu bleiben?

100 000 Studienabsolventen, vor allem gut ausgebildete Ärzte und Ingenieure, haben Tunesien seit 2011 verlassen. Das arabische Wort „Haraga" steht stellvertretend für die jungen Menschen, die nördlich des Mittelmeers ihr Glück suchen. Andere, die in ihrem eigenen Land keine Zukunft mehr sahen, wandten sich radikalen Gruppen zu: Zwischen 5000 und 6000 Tunesier haben sich dem IS in Syrien angeschlossen.

Wo ist die Hoffnung geblieben? Und wie können junge Menschen davon überzeugt werden, im Land zu bleiben und den politischen Wandel mitzugestalten? Ein erster Schritt ist, ihnen die Mittel zu geben, aktiv Teil des Prozesses zu werden. Demokratie muss am besten „erlebt" werden. Artikel 8 der tunesischen Verfassung beschreibt eine rechtliche Basis für größere Teilhabe junger Menschen. Jugendliche werden explizit als aktive Kraft bei der Staatsbildung genannt, die sich an allen Prozessen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beteiligen können. Nach Jahren der

zentralistischen Regierung hat die lokale Ebene das Potenzial, Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Um Demokratie zu „lernen“ und mitgestalten zu können, hat die FES das „Youth 4 Change“-Programm gestartet. Es unterstützt drei Jugendorganisationen in den Provinzstädten Gabes, Gafsa und Kairouan. Junge Menschen werden im Rahmen von Workshops für Demokratie und Kommunalpolitik sensibilisiert, bei Simulationen schlüpfen sie in die Rolle von Entscheidungsträgern. Amal, Teilnehmerin aus Gafsa, zeigte sich beim Workshop begeistert: „Was hier in Tunis in der Politik geschieht, interessiert uns nicht, das ist fern von unserem Leben in Gafsa. Das Programm hilft uns zu lernen, wie wir uns vor Ort aktiv einbringen können. Ich möchte dazu beitragen, dass der Müll endlich wieder regelmäßig abgeholt wird.“

Dezentralisierungsprozesse sind kompliziert, insbesondere in einem so fragilen Staatsgebilde wie Tunesien. Ob der politische Wille in der Hauptstadt ausreicht, tatsächlich vor allem finanzielle Ressourcen an die lokalen Behörden abzugeben, wird sich zeigen. Aber Dezentralisierung kann mehr Bürgerbeteiligung und größere Rechenschaftspflicht fördern. Das Handeln von Kommunalpolitikern kann einfacher verfolgt werden. Wenn die Gemeinde in Gafsa den Müll nicht abholt, kennt die Bevölkerung die Verantwortlichen. Gleichzeitig können Lokalpolitiker eher auf die Bedürfnisse der jungen Bevölkerung eingehen, da sie näher am Volk sind und nicht so sehr gezwungen sind, Parteilinien auf nationaler Ebene zu folgen. Bessere Dienstleistungen und eine Verbesserung der lokalen Lebensqualität müssen ihre Prioritäten sein.

Die britische NGO Search for Common Ground (SFCG) beschreitet innovative Wege, um junge Menschen für Politik zu begeistern. Mit dem tunesischen Fernsehsender Carthage+ entwickelte sie die Sendung „Ich bin Präsident“ („Ana Alrayiys“). SFCG hat ein ähnliches Format bereits in Kenia erprobt – mit so großem Erfolg, dass wöchentlich bis zu einer Million Menschen „Miss President“ einschalteten. Das Projekt simuliert eine Wahlkampagne, von 2000 Bewerbungen bleiben am Ende 24 Endrundenteilnehmer aus allen Landesregionen übrig.

Das besonders Reizvolle: Die Castings bzw. die Shows fanden parallel zu den echten tunesischen Wahlkampfdebatten zwischen August und November 2019 statt. Imen Belhedi, die Programmkoordinatorin, hofft, dass Ana Alrayiys ein neues Bild von jungen, dynamischen Entscheidungsträgern im Land fördert. Nach dem Tod des 92-jährigen Staatspräsidenten Essebsi im Juli 2019 sei die Zeit reif für einen Neustart mit jungen, engagierten Menschen. In der Ausschreibung des Projekts heißt es dazu passend: „Wartet nicht auf Veränderungen, werdet Teil dieser Veränderungen!“

Nicht alle jungen Leute wollen sich aktiv in die Politik einbringen. Ein anderer Ansatz ist zivilgesellschaftliches Engagement. Grundsätzlich ist das Vertrauen gerade vieler junger Tunesierinnen und Tunesier in die Zivilgesellschaft größer als in die Politik. Die NGO 3ich Tounsi hat es sich zum Ziel gesetzt, auf alltägliche Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Sie organisiert beispielsweise Ted-Talk-ähnliche Austauschformate, bei denen Bürgerinnen und Bürger einer Stadt auf einer Bühne auftreten

„Wartet nicht auf Veränderungen, werdet Teil dieser Veränderungen“, lockt die Sendung „Ich bin Präsident“

dürfen. Provokante Fragen werden diskutiert, wie zum Beispiel: „Nimmt uns junge Menschen irgendwer ernst?“

„Shabab“, Arabisch für „Jugend“, hat es am Ende erwartungsgemäß nicht in die Abschlusserklärung des Gipfeltreffens der Arabischen Liga geschafft. „Ernstgenommen werden“ ist dennoch ein gutes Stichwort. Die Wünsche der jungen Leute in Tunesien, mit denen ich bei der GIZ und im MENA-OECD Governance Programme zusammenarbeiten konnte, ähneln im Grunde aktuellen Protesten in Europa, wie sie bei den Fridays for Future-Demonstrationen zum Ausdruck kommen. Junge Menschen wollen nicht mehr, dass ältere Generationen über ihre Köpfe hinweg die Zukunft bestimmen.

Als ich aus Tunis abreise, hängt ein Mitarbeiter der obersten Wahlbehörde gerade ein Plakat vor dem Haus auf: Ein junger Mann ruft mit eindringlichem Blick zum Wählen auf, unter dem Slogan: „Mitmachen, um mitentscheiden zu können. Inschallah – so Gott will.“ • •

Sebastian Franzkowiak beschäftigte sich in Tunis, Berlin und Paris mit dem Potenzial der Jugend in der MENA-Region.

Theatrale Interventionen

Kunst aller Art, insbesondere aber das Theater, kann dabei helfen, Konflikte zu bearbeiten und Veränderungsprozesse anzustoßen. Auch der hohen Diplomatie täten etwas spielerischere Ansätze gut.

Von Maja Leo

Es ist etwas zu still für Beirut, selbst für einen Sonntagnachmittag. Ich treffe einen befreundeten Musiker an einer Straßenecke, an der es normalerweise so laut ist, dass man sein eigenes Wort kaum versteht. Jetzt unterhalten wir uns über den Grünstreifen hinweg.

Die Straßen in der Innenstadt der libanesischen Hauptstadt sind wegen einer Demonstration gesperrt. Wir sind auf dem Weg zu einem Konzert, der Freund trägt Anzug und sein Cello auf dem Rücken. Wir überqueren eine menschenleere Autobahn, Autoreifen und umgekippte Mülleimer blockieren die Fahrbahn. Wir machen einen Umweg und laufen durch schmale Straßen zwischen engstehenden Wohnhäusern hindurch, aus deren Fenstern Wäsche und politische Flaggen gleichermaßen flattern. In einiger Entfernung sind Sirenen und aufgebrachte Sprechchöre zu hören. Der Qualm der Brathähnchenstände im Erdgeschoss mischt sich mit dem Rauch brennender Straßenblockaden, Rußwolken ziehen an uns vorbei. Die Menschen auf der Straße husten und lachen, als sie uns sehen. Viele sprechen uns an, zeigen auf das Cello: „Spielt uns was!“, rufen sie. Schlagartig verändert sich die Atmosphäre. Chaos und Wut lösen sich in Luft auf, unsere Begegnung wird unbeschwert und offen, trotz der aufgeheizten Atmosphäre um uns herum.

Diese Begebenheit ist im Hinblick auf das Transformationspotenzial künstlerischer Praxen in Konfliktsituationen sehr aufschlussreich. Die Aussicht auf eine

Durch künstlerische Unterbrechung wird Raum für andere Sichtweisen geschaffen

musikalische Unterbrechung und der Anblick zweier, in schicker Kleidung inmitten einer Straßenblockade deplatziert wirkender Gestalten reichen offenbar aus, um die Begegnung zwischen Menschen grundlegend zu verändern. Unser Erscheinen lässt sich als eine Art Miniaturversion einer künstlerischen Intervention betrachten.

Künstlerische Interventionen – sei es in Form von Theateraufführungen, Konzerten oder Formaten Bildender Kunst – sind eine Unterbrechung des Alltags und laden dazu ein, kurzzeitig einen veränderten Blick auf die Welt zu richten. Schaue ich in den Himmel, um in der Form der Wolken Gestalten oder Motive zu erkennen, dann ist das ein anderes Betrachten, als wenn ich in den Himmel schaue, um abzuschätzen, ob es regnen wird.

In der Kunsttheorie wird dieser spezielle Blick – die Einladung, die Welt durch eine im besten Sinne zweckentfremdete Brille zu betrachten – mit dem Begriff der „Ästhetischen Rationalität" beschrieben. Dagmar Reichert, Vorsitzende der Artas Foundation, der Schweizer Stiftung für Kunst in Konfliktregionen, beschreibt die Arbeit mit künstlerischen Mitteln in Konfliktkontexten als einen wahrnehmungsgeleiteten Zugang in Abgrenzung zu dem vorherrschenden, wissenschaftlich-technischen Zugriff.

Während meines Arbeitsaufenthalts beim Zivilen Friedensdienst der GIZ im Libanon ging ich der Frage nach, ob und wie sich solch eine spezielle ästhetische Konfiguration des Blickes und der Wahrnehmung für Prozesse der Konflikttransformation nutzbar machen lässt. In der Konfliktbearbeitung sind Perspektivwechsel essenziell, um verfahrenen Situationen zu neuen Dynamiken zu verhelfen. Künstlerische Interventionen können neue Blickwinkel freilegen und Menschen dazu einladen, probehalber neue Rollen einzunehmen.

Neue Perspektiven

Bei zahlreichen Theaterprojekten im Libanon treffen Menschen verschiedener regionaler, familiärer und religiöser Hintergründe auf der Probebühne aufeinander. Gemeinsame Theaterübungen stärken das Vertrauen und die Empathie für das Gegenüber, unabhängig von inhaltlichen Differenzen. Die anderen Teilnehmenden werden als Menschen kennengelernt und nicht anhand von Merkmalen wie sozialer Position oder Religion als Trägerin oder Träger einer gewissen Ideologie schablonisiert. Mit Hilfe von Improvisationen und Storytelling-Methoden entstehen gemeinsame Geschichten, die nicht widerspruchslos sind, aber in ihren diversen Facetten doch eine gemeinsame Erzählung bilden.

Der Theaterraum kann hier vorsichtig als ein geschützter Raum gelesen werden, in dem gesellschaftliche Konventionen vorübergehend außer Kraft gesetzt werden oder zumindest an Bedeutung verlieren können. Die Beteiligten können probehalber eine kritische Distanz zu sozialen Konventionen einnehmen und von der Norm abweichendes Verhalten ausprobieren. Im Schutze eines fiktiven Charakters kann mit alternativen Rollen experimentiert werden. Das gilt insbesondere für die aktiv Beteiligten, zu einem gewissen Grad aber auch für das Publikum. Dieses wird im Moment der Aufführung nicht nur mit der Sachebene konfrontiert, sondern auch auf sinnlicher, das heißt auf emotionaler und körperlicher Ebene angesprochen. Hier schließt sich der Kreis zur konstruktiven Konfliktbearbeitung.

Wie die Autorinnen Carrie Macleod und Michelle LeBaron in ihrem Buch „The Choreography of Resolution“ beschreiben, lassen sich Konfliktdynamiken und -erfahrungen nicht ausschließlich auf kognitiver Ebene erfassen. Sie bleiben im Körper als Eindruck zurück und beeinflussen somit maßgeblich die Wahrnehmung von Konflikten.

Berücksichtigen wir das, können wir mithilfe theatraler Interventionen neue Perspektiven und Herangehensweisen an Konflikte entwickeln, die andere Handlungsoptionen anbieten als das ein rein rationaler, analytischer Zugang auf Sachebene erlaubt. Dabei muss allerdings trauma- und konfliktsensitiv vorgegangen werden, was ein hohes Maß an Professionalität und Kontextwissen bei den Gestalterinnen und Gestaltern solcher Prozesse voraussetzt.

Raum zum Denken

Auch die räumliche Anordnung von Gesprächsformaten beeinflusst das Denken und Sprechen der Akteurinnen und Akteure maßgeblich. Im Januar 2019 konnte ich das bei einem Besuch des Mercator Kollegs am Genfer UN-Sitz „Palais des Nations“ selbst erfahren. Dort saßen wir uns in einem sogenannten kleinen Verhandlungssaal gegenüber, der immer noch die Größe zweier stattlicher Klassenzimmer hatte. Dicker Teppichboden dämpfte die Schritte, hohe stuckverzierte Decken und bodenlange Vorhänge gaben dem Saal eine ehrwürdige Atmosphäre.

Auch bodenlange Vorhänge und wuchtige Holztische können den Blick füreinander versperren

Schwere Sessel waren in einigem Abstand voneinander rings um das Viereck aus wuchtigen Holztischen angeordnet, sodass wir unseren Gesprächspartnerinnen und -partnern weit entfernt gegenübersaßen. Wollten wir uns zu Wort melden, mussten wir eines der Tischmikrophone betätigen, die an unseren Plätzen installiert waren. Obwohl es sich lediglich um ein informelles Gespräch mit UN-Personal handelte, bekam jede Wortmeldung so den Charakter eines Statements, dessen Gehalt sorgfältig abgewogen werden musste. Es stellte sich eine Atmosphäre von großer Ernsthaftigkeit und Vorsicht ein, die nicht förderlich für Prozessoffenheit ist – eine Voraussetzung für Brainstormings und die Entwicklung neuer Ideen.

Je nach Prozessphase könnte es also durchaus sinnvoll sein, das bereits existente Instrumentarium diplomatischer Gesprächsformate um kreative Dialogformate und informell gestaltete räumliche Anordnungen zu ergänzen.

Was für Möglichkeiten würde es etwa eröffnen, wenn Bühnenbildnerinnen oder Designer eingeladen würden, um Verhandlungsräume so zu gestalten, dass sie räumlich auf Kooperation anstatt auf Konfrontation ausgerichtet sind? Oder wenn Theaterschaffende gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern mithilfe von Storytelling-Methoden Visionen, Szenarien und Roadmaps für Friedensverhandlungen erarbeiteten? Wenn durch gemeinsame kulturelle Aktivitäten die zwischenmenschlichen Beziehungen und gegenseitige Empathie gestärkt würden? Was auf Ebene der Zivilgesellschaft funktioniert, kann auch auf Ebene höherer diplomatischer Gespräche Erfolge erzielen, wenn wir es wagen, es auszuprobieren. • •

Maja Leo beschäftigte sich in Beirut und Phnom Penh mit der Entwicklung theaterbasierter Dialogformate für Prozesse der Konflikttransformation.

Wandel durch Fußball

Während das „schöne Spiel“ immer kommerzieller wird, zeigen soziale Fußballprojekte weltweit, welches Potenzial für positive Veränderungen in der Sportart steckt.

Von Julian Niklas Pohl

Ist der Fußball noch zu retten? Viele Entwicklungen in der Fußballindustrie sind besorgniserregend und entfernen den Sport immer weiter von seinem sozialen und integrativen Potenzial – sei es durch die Korruption in den Verbänden, Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Großevents oder turbokapitalisierte Märkte, die Fußballklubs zu Spielzeugen von Superreichen werden lassen.

Gleichzeitig werden soziale Fußballprojekte immer populärer. Der Fußballweltverband FIFA gründete im März 2018 die FIFA Foundation. Nachdem bis dahin gemeinnützige FIFA-Projekte eher situativ, zum Beispiel im Rahmen von Weltmeisterschaften der Männerteams, umgesetzt wurden, sollen nun Projekte kontinuierlicher und stärker unter eigener programmatischer Leitung durchgeführt werden. Derweil publizierte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) kürzlich in Zusammenarbeit mit der Barça Foundation einen Bericht, der sich das ambitionierte Ziel setzte, die Effektivität von über 250 sozialen Sportprojekten zu messen. Der symbolträchtige Titel des Reports: „Getting into the Game“. UNICEF will neue Maßstäbe in der seit Jahrzehnten bestehenden „Sport-for-Development“-Szene setzen.

Doch das Potenzial solcher Projekte muss kritisch betrachtet werden. Einerseits macht ihre Strahlkraft sie zum idealen Instrument für Bildungs- und Sozialprojekte, andererseits können aus demselben Grund soziale Fußballprojekte zu wirkmächtigen PR-Instrumenten für Geldgeber werden – und dabei ganz andere Begehrlichkeiten wecken, als „nur“ sozialen Wandel zu erzielen. Strategien zur Corporate Social Responsibility von profitorientiert handelnden Akteuren der Fußballindustrie eignen sich zum Beispiel nicht automatisch dafür, langfristige Bildungsprojekte umzusetzen.

Dauerhafte, methodisch fundierte und wirksame soziale Fußballarbeit wird eher von lokalen Nichtregierungsorganisationen umgesetzt, deren Beschäftigte wichtiges Wissen über lokale Strukturen und Herausforderungen haben. 132 dieser Organisationen aus 80 Ländern haben sich im Netzwerk der Berliner NGO streetfootballworld zusammengefunden. Ziel des Netzwerks ist es, Wissen zu teilen, Kooperationen zu ermöglichen, Mittel zu generieren und diese bedarfsgerecht unter den Netzwerkmitgliedern zu verteilen. Viele der von lokalen NGOs umgesetzten Projekte verfolgen spezifische Bildungsziele: Fußballtraining wird eingesetzt, um Jugendlichen soziale Kompetenzen zu lehren, an Themen wie sexuelle Gesundheit und Inklusion heranzuführen oder über Landminen aufzuklären.

Ein typisches Beispiel, wie Fußball innerhalb des streetfootballworld-Netzwerks genutzt wird, bietet die Organisation Kick4Life aus Lesotho, dem Land mit der zweithöchsten HIV-Infektionsrate der Welt. Fast jeder vierte Mensch lebt hier mit dem HI-Virus; viele kennen den eigenen Infektionsstatus aber nicht. Dabei mangelt es nicht an

Behandlungszentren. Doch die Stigmatisierung von HIV-Infizierten verhindert häufig, dass Wissen über sexuelle Gesundheit und Behandlungsmöglichkeiten innerhalb von Familien und anderen sozialen Netzwerken weitergegeben wird.

Die Methodik von Kick4Life beruht auf der Annahme, dass Jugendliche in Fußballmannschaften Vertrauen zueinander gewinnen und Freundschaften schließen. So wird ein geschützter Raum geschaffen, in dem sie über sexuelle Gesundheit informiert werden, sich austauschen und in der Entscheidung unterstützen können, sich auf HIV testen zu lassen. Am Rande von Fußballturnieren baut Kick4Life Informationsstände und Testzelte auf, die für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine sichere Anlaufstelle sind. Seit der Gründung von Kick4Life im Jahr 2005 ist die Organisation stark gewachsen: Mittlerweile unterhält sie auch eine Fußballakademie, die talentierte Spielerinnen und Spieler mit Trainings- und Bildungsangeboten fördert, um ihnen über Sportstipendien den Zugang zu Universitäten zu ermöglichen.

Menschenrecht auf Bewegung

Derartig spezifische Bildungsarbeit muss aber nicht immer das Ziel von sozialen Fußballprojekten sein. Denn alle Menschen haben ein Recht darauf, sich zu bewegen und zu spielen – und dieses Recht wird diskriminierten Gruppen vielerorts verwehrt. Insbesondere Frauen und Mädchen haben oft keinen oder nur unzulänglichen Zugang zum Sport oder sind Anfeindungen und Übergriffen durch männliche Mitspieler ausgesetzt.

Fußball fördert auch kreatives und kritisches Denken, Stressresilienz und Empathie

Dabei haben Sportangebote großen Einfluss auf die körperliche, kognitive und psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Einer der am besten messbaren Effekte von Fußballprojekten ist der Einfluss auf die sogenannten „life skills“ – auf die Fähigkeiten, die junge Menschen ausbilden, um sich erfolgreich in unterschiedlichen sozialen Kontexten zurechtzufinden. Nach einer Definition der Weltgesundheitsorganisation gehören zu diesen „life skills“ die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, kreatives und kritisches Denken, Kommunikationsfähigkeit, Stressresilienz und Empathie.

Die indische „Football for Development“-Organisation Dream a Dream entwickelte 2014 eine für den Einsatz in Ländern des globalen Südens konzipierte Skala, mit der sich die „life skills“ der Teilnehmerinnen von sozialen Sportangeboten über längere Zeiträume messen lassen. Die statistischen Ergebnisse von Dream a Dream sind eindeutig: Schon nach wenigen Monaten verbessern sich die sozialen Fähigkeiten der Spielerinnen – selbst wenn sie „nur“ an wöchentlichen Fußballtrainings teilnehmen. Die Tatsache, dass Millionen Frauen und Mädchen kaum Zugang zu Sportangeboten gewährt wird, ist demnach eine Ungerechtigkeit, die auch gesundheitliche und psychosoziale Folgen nach sich ziehen kann.

Wenn also in Nordindien oder in libanesischen Flüchtlingslagern Mädchenfußballmannschaften gegründet werden, deren Spielerinnen sich das Recht erstreiten, im öffentlichen Raum Sport zu betreiben und Spaß zu haben, bedarf es keiner weiteren Bildungsstrategie. Gesellschaftlicher Wandel ist bereits Teil dieses emanzipatorischen Projekts. • •

Julian Niklas Pohl beschäftigte sich in Berlin und Phnom Penh mit der Frage, wie der Fußballsport mehr zu sozialen Initiativen und Bildung beitragen kann.

Zug um Zug zur Verständigung

Im Spiel lässt sich austesten, wie Regeln geändert werden können und sich diese dann in der Praxis auswirken: Ein Plädoyer für den Einsatz von Brettspielen zur Förderung von Entscheidungsprozessen.

Von Céline Dillmann

Brettspiele können nicht nur im Alltag ein geeignetes Instrument sein, um Probleme gemeinsam anzugehen und Kooperation zu fördern. Wenn sie in Dialog- und Entscheidungsprozessen eingesetzt werden, tragen sie dazu bei, Teilhabe am Prozess zu stärken sowie Projekt- und Strategieentwicklungen voranzubringen.

Natürliches Ressourcenmanagement, Klimawandel, Friedensförderung, Post-Konflikt-Prozesse, nachhaltige Landwirtschaftssysteme – all das sind Themen von globaler Tragweite, die dringende Aufmerksamkeit verlangen. Lösungsansätze dafür sind meist weder richtig noch falsch, sondern in den Augen der Beteiligten bestenfalls akzeptabel. Sicher ist, dass jede Entscheidung Folgen hat und Fehler in der Öffentlichkeit kaum geduldet werden. Heutige Probleme verlangen also, mit einem hohen Grad an Unsicherheit und Komplexität sowie zugleich mit einer Vielfalt von Werten und Erwartungen unterschiedlicher Interessensvertreterinnen und Interessensvertretern umzugehen.

Ein ivorischer Experte bei Interpeace, einer NGO, die in der Friedensförderung aktiv ist, sagt über seine langjährige Erfahrung: „Wir haben Instrumente, um eine Diagnose zu stellen und darüber zu reden, was das Problem ist. Uns fehlen aber die Instrumente, um konkret darüber nachzudenken, wie wir die Dinge anders machen können. Oft wird bei der Diagnose aufgehört und nicht darüber nachgedacht, wie Veränderung konkret geschaffen werden kann."

Kurzum: Wir brauchen alternative Arbeitsweisen und eine neue Art des Austauschs zwischen beteiligten Akteurinnen und Akteuren, um Veränderungen zu ermöglichen und nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Angesichts der Komplexität unserer Probleme brauchen wir also Instrumente, die drei Ziele erreichen: Erstens müssen sie Dynamiken visualisieren; zweitens müssen sie zum Dialog anregen, damit gemeinsam Veränderungsstrategien entwickelt werden können. Und drittens müssen sie erlauben, die Auswirkungen dieser Strategien einzuschätzen, um sicherzustellen, dass die Handlungsansätze zielführend sind. Brettspiele können ein solches Instrument sein.

Die Balance halten

Wie kann man konkret Veränderungen schaffen? Ein Beispiel aus Abidjan, einer Großstadt in der Côte d'Ivoire: Eine Gruppe von ivorischen und internationalen Friedensfachkräften steht um einen Tisch. Vor ihnen liegt ein Brettspiel. In der Rolle von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern müssen sie die Ernährung ihrer Familien sicherstellen. Durch ihre Ernten werden ein nachwachsender Rohstoff übernutzt und die Fortpflanzung eines Wildtiers beeinträchtigt.

Es ist nicht einfach, die Balance zwischen Ernährungssicherung, nachhaltiger Ernte und Naturschutz zu finden – weder für die einzelnen Spielerinnen und Spieler noch für die Dorfgemeinschaft. Im Verlauf

des Spieles wird das Überleben immer schwieriger, Meinungen zu geeigneten Strategien gehen auseinander, und Spannungen innerhalb der Gruppe nehmen zu, vereinzelt kommt es zu Konflikten. Dabei fallen Sätze wie „Die Ressourcen werden knapp, das wird bald Krieg geben“ oder „Wir sehen hier das Abbild der ivorischen Politik und des Zustands der Gesellschaft“ oder „Ich teile mit euch, aber dann will ich auch zuerst entscheiden können.“

Diese Aussagen provoziert ein einfaches Brettspiel, in dem es „nur“ um Ressourcennutzung geht. Es ist den Mitspielerinnen und Mitspielern, die um den Tisch stehen, anzusehen, wie beeindruckt sie von den Dynamiken sind, die sie gerade erlebt haben – beeindruckt, dass sie selber repliziert haben, was sie eigentlich dachten, besser zu wissen; und beeindruckt von der Schwierigkeit, unter Druck und bei vielen Unsicherheiten besonnen zu handeln. Statt über Ressourcennutzung hätten sie genauso gut über ivorische Politik oder sozialen Zusammenhalt sprechen können, meinten die Teilnehmenden. Ihr Fazit: Obwohl ihnen bewusst war, dass Zusammenarbeit und Dialog wichtig seien, hatten sie Mühe, gemeinsam Strategien zu finden und diese im Konsens umzusetzen.

Wenn ein Spiel gut moderiert wird, kann es dazu beitragen, konkrete Handlungsweisen zu entwickeln: wie – im Spiel – einem Konflikt um die knapp werdende Ressource vorgebeugt werden kann; wie – im Spiel – Entscheidungsprozesse partizipativ gestaltet werden können; und wie – im Spiel – Machtzugeständnisse nicht ausgenutzt werden. Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse können, übersetzt in die Realität, das Entwickeln von entsprechenden Strategien direkt beeinflussen.

Spiele erlauben etwas, was in der Wirklichkeit nur schwer möglich ist. Regeln können neu definiert werden, wenn sich alle darauf einigen; das Aushandeln neuer Regeln ist an sich schon ein wertvoller Erfahrungsprozess für die Beteiligten. Ein Spiel kann von vorne begonnen werden, um neue Ansätze auszuprobieren und um besser abzuschätzen, ob diese die erhofften Auswirkungen haben.

Auf einmal wird deutlich, wie schwierig es ist, unter Druck und bei vielen Unsicherheiten besonnen zu handeln

Im geschützten Rahmen des Spieles können Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Vorschläge ihrer Mitspielenden eingehen, die sie in ihrer realen Position aus einer Vielzahl von Gründen nicht annehmen könnten. Das kann einerseits das Zuhören erleichtern, weil niemand bindende Zugeständnisse machen muss; andererseits können dadurch neue, kreative Strategien entstehen, an die sonst nicht gedacht worden wäre. Rollen können auch getauscht werden, was erlaubt, das Ganze aus einer anderen Perspektive zu betrachten.

Natürlich ist ein Spiel letztlich keine Simulation der Wirklichkeit. Wohl aber kann es als Teil eines Gesamtprozesses angesehen werden. Reale Fragen werden mithilfe eines Spieles diskutiert, es ermöglicht neue Einblicke und Ideen. Das Spiel wird zu einem Instrument, das Dialog fördert und Überlegungen erleichtert, wie Veränderungen erreicht werden können. Letztendlich können diese Erkenntnisse dazu beitragen, Strategien zu verfeinern, Handlungsansätze zu entwickeln und Entscheidungen besser informiert umzusetzen. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Allen Ernstes. • •

Céline Dillmann beschäftigte sich in Bogotá und Abidjan mit methodischen Ansätzen, um Dialog- und Entscheidungsprozesse zu unterstützen.

Seminarphasen

1 Vorbereitungsseminar

Zu Beginn des Kollegs erhalten die Kollegiatinnen und Kollegiaten eine individuelle Beratung zur Planung und Organisation ihrer einzelnen Stagen. Darüber hinaus umfasst das Seminar u.a. ein Bewerbungstraining, den Austausch mit Ehemaligen sowie einen durch die Gruppe selbst gestalteten Open Space.

2 Einführungsseminar

Im Rahmen des 13-tägigen Einführungsseminars in Essen und Berlin diskutieren die Kollegiatinnen und Kollegiaten Fragen und Herausforderungen der internationalen Politik und Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem stehen u.a. Workshops zum Thema Unconscious Bias und Selbstfürsorge auf dem Programm.

3 Winterseminar

Während des zehntägigen Seminars in der Schweiz geht es um die Entwicklung von Führungs- und Schlüsselkompetenzen. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten werden in internationaler Verhandlungsführung und Rhetorik geschult und belegen einen Schreibworkshop. Gespräche mit internationalen Expertinnen und Experten in Bern und am UN-Standort Genf runden das Programm ab.

4 Sicherheitslehrgang

Im Anschluss an das Winterseminar nehmen die Kollegiatinnen und Kollegiaten an einem fünftägigen Lehrgang zum richtigen Verhalten in Krisengebieten im UN-Ausbildungszentrum in Hammelburg teil und werden so auf einen möglichen Einsatz in Krisenregionen vorbereitet.

5 Zwischentreffen

Das zehntägige Zwischentreffen im Mai wird von den Kollegiatinnen und Kollegiaten selbst organisiert. Es bietet ihnen die Chance, Politik, Gesellschaft und Kultur eines aufstrebenden Schwellenlands oder eines Hotspots europäischer Außenpolitik näher kennenzulernen. Der Jahrgang 2018/2019 reiste im Mai 2019 nach Kambodscha.

6 Abschlussseminar

Nach ihren Stagen kehren die Kollegiatinnen und Kollegiaten im September zu einem einwöchigen Abschlussseminar nach Berlin zurück. Im Fokus stehen die Reflexion des Kollegjahrs, der Erfahrungsaustausch mit dem neuen Jahrgang und die feierliche Abschlusspräsentation der Projekte.

Dr. Klaus Scharioth trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war Politischer Direktor und Leiter der Politischen Abteilung, Staatssekretär und Botschafter in Washington. Seit 2011 ist er Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben, seit Anfang 2012 auch Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Georges Martin ist seit 2016 Vizerektor des Kollegs. Bis September 2017 war er Diplomatischer Berater für besondere Aufgaben des Schweizer Außenministers. Zuvor war er stellv. Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, Chef der Abteilung Internationale Sicherheit im EDA sowie Botschafter in Jakarta und Nairobi.

Wiebke Hamel studierte Politikwissenschaften in Duisburg-Essen und Münster. Sie arbeitet seit 2012 bei der Stiftung Mercator zu den Themen Europa, Integration und Internationale Verständigung. Als Projektmanagerin im Bereich Internationale Programme verantwortet sie das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben und das Carlo-Schmid-Programm.

Dr. Julia Schütze studierte Romanistik, Anglistik und VWL in Gießen und Dijon. Sie arbeitet seit 2008 für die Studienstiftung des deutschen Volkes und leitet dort u.a. das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben und das China-Stipendien-Programm. Zuvor war sie für die Deutsch-Kanadische Industrie- und Handelskammer in Montreal tätig.

Dr. Lydia Tchambaz ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schweizerischen Studienstiftung und leitet dort u.a. das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben. Sie promovierte in Klinischer Pharmakologie und Toxikologie an der Uni Basel und arbeitete zuletzt als stellvertretende Direktorin bei der European League Against Rheumatism (EULAR).

Stephanie Huber ist seit 2013 Projektmanagerin bei der Stiftung Mercator Schweiz, wo sie u.a. die Leitung des Mercator Kollegs innehat. Seit ihrem Geografiestudium und anschließenden Engagements in Umweltschutz- und Entwicklungsprogrammen arbeitet sie vor allem zu den Themen nachhaltige Ressourcennutzung und ökologische Landwirtschaft.

Louisa Barzen arbeitete im Kolleg-Jahr zu innovativen Finanzinstrumenten in der Entwicklungszusammenarbeit und deren Potenzial, neben öffentlichen Geldern auch private Geber einzubeziehen. Die Stagen absolvierte sie bei der Europäischen Kommission, der African Development Bank und der European Bank für Reconstruction and Development.

Dr. Yoran Beldengrün beschäftigte sich als Mercator Kollegiat mit der Frage, wie regionale Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Innovation als friedens- und entwicklungsförderndes Mittel im israelisch-palästinensischen Konflikt eingesetzt werden kann. Er absolvierte sein Doktorat im Bereich der Nanomedizin am IQAC-CSIC in Barcelona.

Alina Bill-Weilandt ist der Frage nachgegangen, wie Klimarisikomanagement effektiv und global gerecht gestaltet werden kann, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihr Fokus lag auf Instrumenten zur Finanzierung und Versicherung von Naturkatastrophen. Mit zwei Masterabschlüssen arbeitet Alina zurzeit bei der Weltbank in Mosambik.

Stefan Brantschen beschäftigte sich in seinem Kolleg-Jahr mit Aspekten der Privatsektorförderung in Nordafrika. Zuvor war er bei der Schweizer Botschaft in Japan in der politischen Sektion tätig und arbeitete in einer NGO in Bern zum Thema nachhaltige Produktionsketten. Aktuell arbeitet Stefan im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO in Bern.

Céline Dillmann beschäftigte sich im Mercator Kolleg mit methodischen Ansätzen, z. B. strategischen Brettspielen, um gemeinsames Verständnis zu schaffen, Dialog anzuregen und Entscheidungsprozesse zu unterstützen – im Umweltschutz und in der Friedensförderung. Sie hat Umweltwissenschaften an der ETH Zürich studiert und Erfahrung mit Moderation.

Nadine Düe beschäftigte sich während des Kolleg-Jahres mit der Einbindung lokalen Personals in internationale Friedenseinsätze. Verlassen internationale Streitkräfte das Konfliktgebiet, ohne es hinreichend stabilisiert zu haben, bleiben die ehemaligen Ortskräfte meist bedroht zurück. Gegenwärtig arbeitet Nadine bei der NATO in Brüssel.

Corinne Duriaux beschäftigte sich im Kolleg-Jahr mit dem Einsatz von Cash Transfers in humanitären Kontexten, vor allem deren Auswirkungen auf Bildung und Gesundheit. Sie erwarb einen Master in Human Rights & Humanitarian Action an der Sciences Po Paris sowie einen Master in internationalen Beziehungen an der Universität St. Gallen.

Paul Fabel hat Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen in Deutschland und Frankreich studiert. Während des Kolleg-Jahres widmete er sich Möglichkeiten, den illegalen Handel mit Kulturgütern vom Herkunfts- bis Marktstaat zu unterbinden. Im Anschluss an das Kolleg arbeitet Paul als Kulturreferent bei der Deutschen UNESCO-Kommission.

Sebastian Franzkowiak suchte während seines Kolleg-Jahres nach Wegen, wie das Potenzial junger Menschen in der MENA-Region gezielter ausgeschöpft werden kann. Gegenwärtig arbeitet er als Junior-Berater zur afrikapolitischen Agenda der Bundesregierung bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Berlin.

Johannes Christian Haas arbeitete während des Kolleg-Jahres zu kulturell inklusiven Ansätzen für Klima- und Naturschutz, unter anderem im tropischen Regenwald. Johannes hat einen MSc in Natural Resource Management sowie einen BA in Politikwissenschaften & Geographie nach Studien an der TU München, in Bremen und im norwegischen Bergen.

Lucie Haupenthal beschäftigte sich mit aktuellen und zukünftigen Szenarien für die EU-NATO-Kooperation und nahm dabei militärische und politische Perspektiven in den Blick. Sie studierte im BA Politik- und Verwaltungswissenschaften und spezialisierte sich während des internationalen Euromasters-Programms auf transatlantische Sicherheitspolitik.

Sebastian Raphael Heinz befasste sich mit Strategien zur Förderung einer klimaresilienteren Nahrungsproduktion. Dabei interessierte es ihn insbesondere, wie im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN benachteiligte Akteure bessergestellt werden können. Aktuell arbeitet er für die Weltbank im Bereich klimaintelligente Landwirtschaft.

Mirko Hohmann arbeitete im Rahmen des Mercator Kollegs an Fragen der sozialen und öffentlichen Innovation auf Stadtebene. Er ist Non-Resident Fellow und ehemaliger Projektleiter am Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Mirko studierte Public Policy und Internationale Beziehungen in Berlin, St. Gallen, Austin und Dunedin.

Jennifer Lehnen beschäftigte sich mit Instrumenten zur Unterstützung von rückkehrenden Migranten. Arbeitserfahrungen sammelte sie u.a. beim UNHCR in Bogotá und bei der GIZ. Jennifer spezialisierte sich während ihres Masters in Public Policy and Human Development an der United Nations University-Merit in Maastricht auf Migration Studies.

Maja Leo beschäftigte sich mit der Entwicklung theaterbasierter Dialogformate für Prozesse der Konflikttransformation. Sie ist Mitbegründerin des Theaterkollektivs Neue Dringlichkeit und studierte Theaterregie in Zürich und Buenos Aires sowie Bildende Kunst in Zürich und Hamburg. Derzeit arbeitet sie für den Zivilen Friedensdienst der GIZ im Libanon.

Marian Liesenfeld beschäftigte sich mit der Frage, wie die enorme Wertschöpfung, die der Tourismus weltweit generiert, zu nachhaltiger Entwicklung beitragen kann. Zuvor sammelte er Arbeitserfahrung als Abgeordnetenmitarbeiter im Deutschen Bundestag, als Kampagnenleiter im Bundestagswahlkampf und im Pekinger Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Igor Mitchnik befasste sich während seines Kolleg-Jahres mit der Frage, wie Jugendliche durch die Realisierung von Umweltprojekten politische und soziale Konflikte im postsowjetischen Raum entschärfen können. Er absolvierte einen Doppelmaster in Politics & Security und leitet gegenwärtig das zivilgesellschaftliche Zentrum Drukarnia in Slowjansk, Ukraine.

Julian Niklas Pohl beschäftigte sich in seinem Kolleg-Jahr mit der Frage, wie der Fußballsport als Werkzeug für soziale und gesellschaftliche Initiativen und Bildungsprojekte besser nutzbar gemacht werden kann. Er studierte Politik in Oxford, Berlin und North Carolina und arbeitet nun als Projektmanager bei der Berliner NGO streetfootballworld.

Andrea Schill beschäftigte sich während des Kolleg-Jahres auf Fabrik-, Unternehmens- und Regierungsebene mit Ansätzen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textil- und Bekleidungssektor. Sie arbeitete bei der Friedrich-Ebert-Stiftung bereits zu diesem Thema als Referentin in Genf sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Asienreferat in Berlin.

Julia Spanier beschäftigte sich im Rahmen ihres Kolleg-Jahres mit dem Konzept der Ernährungssouveränität und dessen Umsetzung auf internationaler bis lokaler Ebene. Julia promoviert gegenwärtig an der Universität Utrecht zur Rolle landwirtschaftlicher Graswurzelbewegungen in der Transformation zu Postwachstumsgesellschaften.

Clara Stinshoff hat sich im Kolleg-Jahr mit Aspekten des Zusammenspiels zwischen Staat und Privatsektor in afrikanischen Ländern beschäftigt. Sie interessierte sich besonders für augenscheinliche Widersprüche zwischen Effizienz und Inklusivität von verschiedenen Exportmärkten im Angesicht von Bestrebungen nach Inclusive Growth.

Marie-Yon Strücker widmete sich im Kolleg-Jahr der Biodiversität und beschäftigte sich mit grenzübergreifendem Naturschutz für einen friedvollen Dialog in Korea. Derzeit arbeitet sie als Consultant für ökosystembasiertes Management bei UNEP in Bangkok. Sie hat einen Bachelor in Bionik und den Master in Biomechanik von der University of Cambridge.

Daniel Weimert beschäftigte sich mit Resilienz und Verteidigungsstrategien gegen Desinformation und Manipulation öffentlicher Meinung. Während des Kolleg-Jahres erarbeitete er hierzu eine Strategie für die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission und analysierte mediale Einflussoperationen bei der NATO und dem Atlantic Council.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:
Dr. Thomas Enders
Prof. Dr. Joachim Krause
Dr. Daniela Schwarzer

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann,
Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Claudia Bothe,
Annabelle Riedesel

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 46
Fax: +49 (0)30 25 42 31 16
ip@dgap.org

Bildnachweis
David Außerhofer

Illustration
bitteschön.tv

Diese IP-Sonderbeilage wurde gefördert durch
die Stiftung Mercator.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben vergibt jährlich 20 Fellowships in Deutschland sowie fünf Fellowships in der Schweiz an junge Führungskräfte und exzellente Hochschulabsolventen aller Fachrichtungen zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben bei internationalen Organisationen und NGOs.

Weitere Informationen sowie das Bewerbungsformular finden Sie auf:
www.mercator-kolleg.de und www.mercator-kolleg.ch

Studienstiftung des deutschen Volkes

STIFTUNG MERCATOR

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fondazion svizra da studis
Swiss Study Foundation

STIFTUNG MERCATOR SCHWEIZ

Studienstiftung
des deutschen Volkes

STIPENDIUM

AUSLANDSFÖRDERUNG

KOLLEGS

AUSTAUSCH

SOMMERAKADEMIEN

VERNETZUNG

SPRACHKURSE

Begabung fördern

Gesellschaft gestalten

PRAXISSEMINARE

SELBSTBEWERBUNG

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben fördert jedes Jahr 20 deutsche sowie fünf schweizerische Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen aller Fachrichtungen und junge Berufstätige, die für unsere Welt von morgen Verantwortung übernehmen wollen. Während des Kolleg-Jahres arbeiten die Kollegiatinnen und Kollegiaten in internationalen Organisationen, global tätigen Nichtregierungsorganisationen, Non-Profit-Organisationen oder Wirtschaftsunternehmen. Ziel des Programms ist es, engagierte junge Menschen für diesen Bereich zu gewinnen sowie international denkende und handelnde Nachwuchskräfte zu qualifizieren.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Projekt der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator, in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, sowie der Schweizerischen Studienstiftung und der Stiftung Mercator Schweiz, in Kooperation mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

MERCATOR KOLLEG
FÜR INTERNATIONALE AUFGABEN